

A Hinweise zum D.A.S. Rechtsschutz

I. Hinweise zu den einzelnen D.A.S. Rechtsschutzangeboten

1. D.A.S. Rechtsschutz für Familien und Singles

1.1 Rechtsschutz für Familien

Premium-Rechtsschutz (Ziffer 2.1 D.A.S. KT 2016 RS N)

Dieser Versicherungsschutz kann abgeschlossen werden, wenn der Versicherungsnehmer und/oder dessen Ehepartner/mitversicherter Lebenspartner eine nichtselbstständige Tätigkeit ausüben.

Wird eine selbstständige Tätigkeit mit einem Umsatz von jährlich mehr als 17.500 Euro oder mit Beschäftigten ausgeübt, gilt der Versicherungsschutz ausschließlich für den privaten Bereich. Sofern dann der Verkehrsbereich mitversichert ist, gilt der Verkehrs-Rechtsschutz nur für privat veranlasste Fahrten.

1.2 Rechtsschutz für Singles

Premium-Rechtsschutz (Ziffern 2.1, 2.3 D.A.S. KT 2016 RS N)

Der Premium-Rechtsschutz kann jeweils auch als Rechtsschutz für Singles vereinbart werden.

Single ist, wer alleinstehend ist und nicht in häuslicher Gemeinschaft mit einem mit Erstwohnsitz bei ihm gemeldeten Ehe- oder Lebenspartner wohnt. Unverheiratete volljährige Kinder in Ausbildung, minderjährige Kinder und ein Elternteil in häuslicher Gemeinschaft sind mitversichert.

Für den Rechtsschutz für Singles gelten die Hinweise zum Rechtsschutz für Familien entsprechend, jedoch ohne die Hinweise zum Lebenspartner.

2. Web-Aktiv

Im Premium-Rechtsschutz Familie und im Premium-Rechtsschutz Single ist Versicherungsschutz für die speziellen Risiken im Zusammenhang mit der privaten Internetnutzung enthalten (Web Aktiv). Web Aktiv beinhaltet z. B. Mediations-Rechtsschutz, Beratungs-Rechtsschutz bei privaten Urheberrechtsverstößen im Internet und Unterstützung bei der Löschung von reputationsschädigenden Inhalten.

3. Spezial-Straf-Rechtsschutz

Im Premium-Rechtsschutz ist der Spezial-Straf-Rechtsschutz im Privatbereich und für die Ausübung nichtselbstständiger und ehrenamtlicher Tätigkeiten (Ziffer 5.1.9.3 D.A.S. KT 2016 RS N) enthalten. Eine entgeltliche Tätigkeit als gesetzlicher Vertreter einer juristischen Person ist dabei nicht versichert.

4. Immobilien-Rechtsschutz

Immobilien-Rechtsschutz als Eigentümer, Vermieter oder Verpächter kann nur abgeschlossen werden, wenn der Versicherungsnehmer alle Wohn- und Gewerbeeinheiten eines Gebäudes oder Grundstücks versichert; auch die als Eigentümer selbst bewohnte Einheit kann nur unter dieser Voraussetzung versichert werden. Wünscht der Versicherungsnehmer als Mietinteressent eine Bonitätsstellbaskunft, genügt eine telefonische Mitteilung an uns. Um Missbrauch zu verhindern, übermitteln wir die Auskunft ausschließlich schriftlich an die uns bekannte Adresse des Versicherungsnehmers.

5. Verkehrs-Rechtsschutz

Für den Verkehrs-Rechtsschutz (Ziffer 2.1.1 D.A.S. KT 2016 RS V) gilt: Alle neu hinzukommenden Motorfahrzeuge zu Lande sowie Anhänger sind vom Zulassungstag an mitversichert; sie sind uns nach Aufforderung zur Beitragsberechnung zu melden. Bei bestimmten Fahrzeugen tritt an Stelle der Zulassung der Tag, an dem sie mit einem Versicherungskennzeichen versehen werden.

II. Allgemeine Hinweise zur Rechtsschutzversicherung

1. **Versicherungssumme** und Strafkautions sind unbegrenzt; außerhalb Europas ist die Versicherungssumme auf 300.000 Euro und die Strafkautions auf 200.000 Euro begrenzt.
2. Eine **Kautions** stellen wir als zinsloses Darlehen zur Verfügung, das vom Versicherungsnehmer zurückgezahlt werden muss.

3. Wenn eine **Selbstbeteiligung** vereinbart ist, zahlt der Versicherungsnehmer diese in jedem Rechtsschutzfall selbst; dies gilt nicht:
 - sofern der Rechtsschutzfall mit einer Erstberatung erledigt ist
 - ein Fall der erweiterten Telefonberatung vorliegt
 - der Versicherungsnehmer den Mediations-Rechtsschutz, den Beratungs-Rechtsschutz für Vorsorgeverfügungen bzw. zur Erstellung eines Testaments oder den Dokumenten-Check in Anspruch nimmt.

Die vereinbarte Selbstbeteiligung halbiert sich nach einer schadenfreien Vertragslaufzeit von drei Jahren und entfällt nach einer schadenfreien Vertragslaufzeit von fünf Jahren. Bei der Berechnung dieses Zeitraums berücksichtigen wir zu Gunsten des Versicherungsnehmers

- die Schadenfreiheit eines Vorvertrages, den der Versicherungsnehmer bei uns hatte,
- die leistungsfreien Jahre aus einem unmittelbar vorangehenden Vorvertrag bei einem anderen Versicherer außerhalb der ERGO.

Für die Anrechnung des leistungsfreien Zeitraums gilt: Bestand der Vorvertrag mindestens drei Jahre und hat der Versicherungsnehmer in den letzten drei Jahren dort keine Leistungen in Anspruch genommen, berücksichtigen wir ab Beginn des Vertrages bei uns drei schadenfreie Jahre. Bestand der Vorvertrag mindestens fünf Jahre und hat der Versicherungsnehmer in den letzten fünf Jahren dort keine Leistungen in Anspruch genommen, berücksichtigen wir ab Beginn des Vertrages bei uns fünf schadenfreie Jahre.

Für den Beginn des leistungsfreien Zeitraums beim Vorvertrag ist der Zeitpunkt der Inanspruchnahme der letzten Leistung maßgeblich.

Die Leistungsfreiheit beginnt frühestens mit dem Beginn-Datum der Rechtsschutzversicherung beim Vorversicherer bzw. ab Inanspruchnahme der letzten Leistung beim Vorversicherer.

Die Schadenfreiheit bleibt in folgenden Fällen erhalten: Sofern der Versicherungsnehmer ausschließlich eine telefonische Erstberatung, den Beratungs-Rechtsschutz für Vorsorgeverfügungen bzw. zur Erstellung eines Testaments, den Mediations-Rechtsschutz oder den Dokumenten-Check in Anspruch nimmt. Oder einen vom Versicherer empfohlenen Rechtsanwalt mit der Wahrnehmung seiner rechtlichen Interessen beauftragt. Einzelheiten entnehmen Sie bitte Ziffer 6.3.3 D.A.S. KT 2016 RS N, Ziffer 4.3.3 D.A.S. KT 2016 RS V bzw. Ziffer 7.3.3 D.A.S. KT 2016 RS SP.

4. Der Versicherungsschutz beginnt grundsätzlich zum vereinbarten Zeitpunkt. Eine **Wartezeit von drei Monaten** gilt lediglich beim: Rechtsschutz im Vertrags- und Sachenrecht, Rechtsschutz für Betreuungsverfahren, Arbeits-, Verwaltungs- sowie Wohnungs- und Grundstücks-Rechtsschutz. Für Rechtsschutzfälle, die vor Versicherungsbeginn oder in der Wartezeit eingetreten sind, besteht kein Versicherungsschutz. Maßgebend ist nicht der Zeitpunkt der Meldung, sondern der Eintritt des Rechtsschutzfalles.
5. Während der Vertragsdauer können nach Ziffer 18.1 D.A.S. KT 2016 RS N einzelne Bedingungen, nach Ziffer 18.2 D.A.S. KT 2016 RS N der Beitrag und nach Ziffer 18.3 D.A.S. KT 2016 RS N die etwaig vereinbarte Selbstbeteiligung angepasst werden. Gleichlautende Regelungen finden sich in Ziffer 16 D.A.S. KT 2016 RS V bzw. Ziffer 19 D.A.S. KT 2016 RS SP.

B Allgemeine Hinweise

1. **Antragstellung:** Sie sind verpflichtet, uns alle Ihnen bekannten Gefahrumstände anzuzeigen, nach denen wir Sie in Textform gefragt haben und die für unseren Entschluss erheblich sind, den Vertrag mit dem vereinbarten Inhalt abzuschließen. Bei Verletzung dieser Pflicht können wir vom Vertrag zurücktreten. In diesem Fall sind wir nicht zur Leistung verpflichtet, es sei denn, Sie weisen uns nach, dass sich die Verletzung der Anzeigepflicht auf einen Umstand bezieht, der weder für den Eintritt oder die Feststellung des Versicherungsfalles noch für die Feststellung oder den Umfang unserer Leistungspflicht ursächlich ist. Das Rücktrittsrecht ist ausgeschlossen, wenn Sie die Anzeigepflicht weder vorsätzlich noch grob fahrlässig verletzt haben. In diesem Fall haben wir das Recht, den

Vertrag unter Einhaltung einer Frist von einem Monat zu kündigen. Das Rücktrittsrecht und das Kündigungsrecht sind ausgeschlossen, wenn wir den Vertrag auch bei Kenntnis der nicht angezeigten Umstände, wenn auch zu anderen Bedingungen, geschlossen hätten. Die anderen Bedingungen werden auf unser Verlangen rückwirkend, bei einer von Ihnen nicht zu vertretenden Pflichtverletzung ab der laufenden Versicherungsperiode Vertragsbestandteil.

- 2. Laufzeit:** Es gilt die vereinbarte Vertragsdauer. Nach deren Ablauf verlängert sich der Vertrag stillschweigend jeweils um ein Jahr, wenn nicht spätestens drei Monate vor Ablauf des jeweiligen Versicherungsjahres eine Kündigung zugegangen ist.
- 3. Beitrag:** Unabhängig von der vereinbarten **Zahlungsweise** (ZW) ist der Beitrag ein Jahresbeitrag, der im Voraus zu entrichten ist. Zuschlag bei unterjähriger ZW: 1/2-jährlich 3 %, 1/4-jährlich 5 %, monatlich 6 %. Monatliche ZW ist nur bei Lastschriftvereinbarung möglich.

C Datenschutzhinweise bei Beantragung des Versicherungsvertrages

Hiermit informieren wir Sie über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten und die Ihnen nach dem Datenschutzrecht zustehenden Rechte.

Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich?

ERGO Versicherung AG
Victoriaplatz 2
40477 Düsseldorf
Tel 0800 3746-333 (gebührenfrei innerhalb Deutschland)
Tel 0049 211 477-7100 (aus dem Ausland)
Fax 01803 123460 (9 ct/Min. aus dem dt. Festnetz)
Mobilfunkhöchstpreis: 42 ct/Min.
E-Mail-Adresse: info@ergo.de

Unseren **Datenschutzbeauftragten** erreichen Sie unter der o.g. Adresse oder unter: datenschutz@ergo.de

Für welche Zwecke und auf welcher Rechtsgrundlage werden Ihre Daten verarbeitet?

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten unter Beachtung der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO), des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG), der datenschutzrechtlich relevanten Bestimmungen des Versicherungsvertragsgesetzes (VVG) sowie aller weiteren maßgeblichen Gesetze. Darüber hinaus hat sich unser Unternehmen auf die „Verhaltensregeln für den Umgang mit personenbezogenen Daten durch die deutsche Versicherungswirtschaft“ verpflichtet, die die oben genannten Gesetze für die Versicherungswirtschaft präzisieren.

Wenn Sie sich bei uns versichern möchten, benötigen wir Ihre Daten für den Abschluss des Vertrages und zur Einschätzung des von uns zu übernehmenden Risikos. Kommt der Versicherungsvertrag zustande, verarbeiten wir diese Daten, um Ihnen den Versicherungsschein auszustellen oder eine Rechnung zu schicken. Angaben in Schadens- und Leistungsfällen benötigen wir um zu prüfen, wie Sie sich im Detail abgesichert haben und welche Leistungen Sie von uns erhalten. Der Abschluss bzw. die Durchführung des Versicherungsvertrages sind ohne die Verarbeitung Ihrer Daten nicht möglich.

Darüber hinaus benötigen wir Ihre personenbezogenen Daten zur Erstellung von versicherungsspezifischen Statistiken, z.B. für die Entwicklung neuer Tarife oder zur Erfüllung aufsichtsrechtlicher Vorgaben. Wir nutzen zudem ausgewählte Daten aller innerhalb der ERGO Gruppe bestehenden Verträge für die Betrachtung der gesamten Kundenbeziehung, beispielsweise, um Sie gezielt bei einer Vertragsanpassung oder -ergänzung zu beraten. Sie sind auch die Grundlage für einen umfassenden Kundenservice.

Rechtsgrundlage für diese Verarbeitungen personenbezogener Daten für vorvertragliche und vertragliche Zwecke ist Art. 6 Abs. 1 b) DSGVO.

Soweit dafür besondere Kategorien personenbezogener Daten, z.B. Ihre Gesundheitsdaten, erforderlich sind, holen wir Ihre Einwilligung nach Art. 9 Abs. 2 a) i. V. m. Art. 7 DSGVO ein. Erstellen wir Statistiken mit diesen Datenkategorien, erfolgt dies auf Grundlage von Art. 9 Abs. 2 j) DSGVO i. V. m. § 27 BDSG.

Ihre Daten verarbeiten wir auch, um berechnete Interessen von uns oder von Dritten zu wahren (Art. 6 Abs. 1 f) DSGVO). Dies kann z. B. erforderlich sein:

- zur Gewährleistung der IT-Sicherheit und des IT-Betriebs,
- zur bedarfsgerechten Werbung für eigene Versicherungsprodukte und für andere Produkte der Unternehmen der ERGO Gruppe und ihrer Kooperationspartner sowie für Markt- und Meinungsumfragen,
- zur Verhinderung und Aufklärung von Straftaten, insbesondere nutzen wir Datenanalysen zur Erkennung von Hinweisen, die auf Versicherungsmisbrauch hindeuten können.

Widerspruchsrecht

Sie haben das Recht, einer Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu Zwecken der Direktwerbung zu widersprechen.

Verarbeiten wir Ihre Daten zur Wahrung berechtigter Interessen, können Sie dieser Verarbeitung widersprechen, wenn sich aus Ihrer besonderen Situation Gründe ergeben, die gegen die Datenverarbeitung sprechen.

Darüber hinaus verarbeiten wir Ihre personenbezogenen Daten zur Erfüllung gesetzlicher Verpflichtungen. Dazu gehören z. B. aufsichtsrechtliche Vorgaben, handels- und steuerrechtliche Aufbewahrungspflichten oder unsere Beratungspflicht. Als Rechtsgrundlage für die Verarbeitung dienen in diesem Fall die jeweiligen gesetzlichen Regelungen i. V. m. Art. 6 Abs. 1 c) DSGVO.

An welche Empfänger leiten wir Ihre personenbezogenen Daten weiter?

Rückversicherer

Von uns übernommene Risiken versichern wir bei spezialisierten Versicherungsunternehmen – den sogenannten Rückversicherern. Dafür kann es erforderlich sein, Ihre Vertrags- und Schadendaten an einen Rückversicherer zu übermitteln, damit dieser sich ein eigenes Bild über das Risiko oder den Versicherungsfall machen kann.

Vermittler

Werden Sie von einem Vermittler betreut, verarbeitet Ihr Vermittler die zum Abschluss und zur Durchführung des Vertrages benötigten Daten. Diese Daten gibt der Vermittler an uns weiter. Wir übermitteln im Gegenzug auch Daten an Ihren Vermittler, soweit der Vermittler diese Informationen zu Ihrer Betreuung und Beratung in Ihren Versicherungs- und Finanzdienstleistungsangelegenheiten benötigt.

Datenverarbeitung in der ERGO Gruppe

Innerhalb der ERGO Gruppe werden bestimmte Aufgaben in der Datenverarbeitung zentral wahrgenommen. Wenn Sie bei einem oder mehreren Unternehmen der ERGO Gruppe versichert sind, können Ihre Daten also durch ein Unternehmen der ERGO Gruppe verarbeitet werden. Beispielsweise aus folgenden Gründen: zur Verwaltung von Adressen, für den Kundenservice, zu Marketingzwecken, zur Vertrags- und Leistungsbearbeitung, für In- und Exkasso oder zur gemeinsamen Postbearbeitung. In der beiliegenden Dienstleisterliste finden Sie die Unternehmen, die an einer zentralisierten Datenverarbeitung teilnehmen. Zusätzlich finden Sie die jeweils aktuelle Liste auf www.ergo.de unter „Datenschutz“. Auf Wunsch schicken wir Ihnen gern einen Ausdruck dieser Dokumente zu. Bitte wenden Sie sich dafür an unseren Kundenservice unter 0800 3746-000 oder an info@ergo.de.

Externe Dienstleister

Wir arbeiten mit ausgewählten externen Dienstleistern zusammen, um unsere vertraglichen und gesetzlichen Pflichten zu erfüllen. In der Dienstleisterliste finden Sie die Unternehmen, zu denen wir dauerhafte Geschäftsbeziehungen haben. Die jeweils aktuelle Version können Sie auf unserer Internetseite einsehen.

Weitere Empfänger

Darüber hinaus können wir verpflichtet sein, Ihre personenbezogenen Daten an weitere Empfänger zu übermitteln, wie etwa an Behörden zur Erfüllung gesetzlicher Mitteilungspflichten (z. B. Sozialversicherungsträger, Finanzbehörden und Zentrale Zulagenstelle für Altersvermögen).

Welche anderen Datenquellen nutzen wir?

Hinweis- und Informationssystem (HIS)

Wir müssen Risiken beurteilen können, Sachverhalte aufklären, Leistungsansprüche prüfen und den Missbrauch von Versicherungen bekämpfen. Dazu nutzen wir ebenso wie die gesamte Versicherungswirtschaft das Hinweis- und Informationssystem (HIS) der informa HIS GmbH. Mit dem HIS tauschen wir also bestimmte personenbezogene Daten aus. Eine detaillierte Beschreibung des HIS finden Sie im Internet unter <http://www.informa-his.de/>

Frühere Versicherer

Es kommt vor, dass wir mit Ihrem früheren Versicherer erforderliche personenbezogene Daten austauschen. Wenn Sie z. B. bei Abschluss des Versicherungsvertrages Ihren bisherigen Schadensfreiheitsrabatt in der Kfz-Haftpflichtversicherung mitnehmen möchten. Oder wenn wir z. B. Ihre Angaben in einem Schadens- oder sonstigen Versicherungsfall prüfen oder ergänzen müssen.

Welche Daten tauschen wir aus?

- Name, Vorname
- Adresse
- Geburtsdatum
- Vorschäden
- Kündigungsdatum
- Versicherungssumme

Bonitätsauskünfte

Wie viele andere Unternehmen auch prüfen wir das allgemeine Zahlungsverhalten z. B. von neuen Kunden, die wir noch nicht so gut kennen. Das ist ein übliches Prozedere in der Geschäftswelt, bei der wir Informationen über die folgende Auskunft einholen:

InFoScore Consumer Data GmbH, Rheinstraße 99, 76532 Baden-Baden.

Adressermittlung

Wir benötigen Ihre Adressdaten für die Durchführung des Versicherungsvertrages. Wenn wir Sie nicht postalisch erreichen können, versuchen wir, Ihre aktuelle Adresse festzustellen. Dazu nutzen wir verschiedene Informationsquellen und befragen Dritte, die Ihre aktuelle Adresse kennen. Das sind z. B. Vermittler, Postdienstleister oder Anbieter von Adressrecherchen. Aktuell arbeiten wir mit der Firma Deutsche Post Adress GmbH & Co KG, Am Anger 33, 33332 Gütersloh, zusammen.

Wie übermitteln wir Daten ins außereuropäische Ausland?

Sollten wir personenbezogene Daten an Dienstleister außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) übermitteln, erfolgt dies nur, soweit dem Drittland durch die EU-Kommission ein angemessenes Datenschutzniveau bestätigt wurde. Daneben ist dies erlaubt, wenn andere angemessene Datenschutzgarantien (z. B. verbindliche unternehmensinterne Datenschutzvorschriften oder EU-Standardvertragsklauseln) vorhanden sind. Detaillierte Informationen dazu sowie über das Datenschutzniveau bei unseren Dienstleistern in Drittländern können Sie unter der oben genannten Adresse anfordern.

Sind auch automatisierte Einzelfallentscheidungen möglich?

Auf Basis Ihrer Angaben zum Risiko, zu denen wir Sie bei Antragstellung befragen, entscheiden wir vollautomatisiert etwa über das Zustandekommen oder die Kündigung des Vertrages, mögliche Risikoausschlüsse oder über die Höhe des von Ihnen zu zahlenden Versicherungsbeitrags.

Im Laufe der Vertragsdurchführung treffen wir in einigen Fällen auch automatisierte Entscheidungen. Dies kann beispielsweise geschehen, wenn wir feststellen, dass die Höhe Ihres Beitrags und die von uns ausbezahlten Leistungen in keinem angemessenen Verhältnis mehr stehen (sog. Sanierung). Fallen in einem bestimmten Zeitraum eine vorgegebene Anzahl an Schäden an, kann dies eine automatische Vertragskündigung nach sich ziehen. Bei diesen automatisierten Entscheidungen verarbeiten wir insbesondere die Daten über Ihre Schadensfälle.

Wie lange speichern wir Ihre Daten?

Wir speichern Ihre Daten während der Laufzeit Ihres Vertrags. Darüber hinaus speichern wir Ihre personenbezogenen Daten zur Erfüllung von gesetzlichen Nachweis- und Aufbewahrungspflichten. Diese ergeben sich unter anderem aus dem Handelsgesetzbuch, der Abgabenordnung und dem Geldwäschegesetz. Die Aufbewahrungsfristen betragen bis zu zehn Jahre.

Falls der Versicherungsvertrag nicht zustande kommt, löschen wir Ihre Antragsdaten drei Jahre nach Antragstellung.

Welche Rechte haben Sie?

Sie haben neben dem Widerspruchsrecht, ein Recht auf Auskunft, Berichtigung und Löschung Ihrer Daten und auf Einschränkung der Verarbeitung. Wir stellen Ihnen die von Ihnen bereitgestellten Daten auf Wunsch in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zur Verfügung. Falls Sie Daten einsehen oder etwas ändern wollen, wenden Sie sich bitte an die oben genannte Adresse.

Möchten Sie sich über den Umgang mit Ihren Daten beschweren?

Sie haben die Möglichkeit, sich an den oben genannten Datenschutzbeauftragten oder an eine Datenschutzaufsichtsbehörde zu wenden. Die für uns zuständige Datenschutzaufsichtsbehörde ist:

Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit
Nordrhein-Westfalen
Kavalleriestraße 2-4
40213 Düsseldorf

ERGO Versicherung AG

Vorsitzende des Aufsichtsrats: Dr. Monika Sebold-Bender
Vorstand: Mathias Scheuber (Vorsitzender), Ralph Eisenhauer,
Dr. Markus Hofmann, Dr. Christoph Jurecka, Christian Molt,
Thomas Rainer Tögel
Sitz: Düsseldorf
Handelsregister: Amtsgericht Düsseldorf, HRB 36466
USt-IdNr. DE812572415

UniCredit Bank
IBAN: DE67 3022 0190 0004 3600 60
BIC: HYVEDEMM414

Sie erhalten in diesem Informationsblatt einen kurzen Überblick über Ihren Versicherungsschutz. Diese Informationen sind nicht abschließend. Der Vertragsinhalt ergibt sich aus folgenden Unterlagen:

- Ihrem Antrag,
- dem Versicherungsschein und ggf. weiteren schriftlichen Vereinbarungen,
- den Allgemeinen Versicherungsbedingungen (AVB).

Damit Sie umfassend informiert sind, lesen Sie bitte alle Unterlagen durch.

Um welche Art von Versicherung handelt es sich?

Es handelt sich um eine Rechtsschutzversicherung. Mit dieser sorgen wir dafür, dass Sie Ihre rechtlichen Interessen in den von Ihnen versicherten Lebensbereichen wahrnehmen können.



Was ist versichert?

- ✓ Die Lebensumstände, aus denen rechtliche Auseinandersetzungen entstehen können, sind vielfältig. Deshalb bieten wir unsere Leistungen für unterschiedliche Bereiche an, zwischen denen Sie, Ihren persönlichen Umständen entsprechend, wählen können:

Premium-/Komfort-Rechtsschutz

- ✓ Privatbereich: zur Absicherung privater Risiken.
- ✓ Berufsbereich: zur Absicherung nichtselbstständiger Tätigkeiten.
- ✓ Verkehrsbereich: zur Absicherung verkehrsrechtlicher Risiken.
- ✓ Immobilienbereich: zur Absicherung rund um die Immobilie/Wohnung als Eigentümer, Mieter oder sonstiger Nutzungsberechtigter.

Studenten-, Schüler- und Azubi-Rechtsschutz

- ✓ Privat-, Berufs- und Verkehrs-Rechtsschutz, zugeschnitten auf die Bedürfnisse von Studierenden, Schülern und Auszubildenden.

Welche Kosten übernehmen wir?

- ✓ Gesetzliche Gebühren Ihres Rechtsanwalts.
- ✓ Kosten für Gerichte und Gerichtsvollzieher.
- ✓ Entschädigung für Zeugen und Sachverständige, die das Gericht heranzieht.
- ✓ Kosten des Prozessgegners, wenn Sie verpflichtet sind, diese zu tragen.
- ✓ Kosten einer Mediation bis zu 2.000 Euro (max. 4.000 Euro je Kalenderjahr).
- ✓ Kosten Ihrer Reisen zu einem ausländischen Gericht, wenn Ihr Erscheinen vorgeschrieben ist.

Wie hoch ist die Versicherungssumme?

- ✓ 2.000.000 Euro je Rechtsschutzfall.
- ✓ 200.000 Euro für Strafkautions (darlehensweise).
- ✓ Im Premium-Rechtsschutz gilt eine unbegrenzte Versicherungssumme und Strafkautions.



Was ist nicht versichert?

- ✗ Eine Streitigkeit kann mehrere Ursachen haben. Versicherungsschutz haben Sie nur, wenn die erste Ursache nach dem Versicherungsbeginn liegt.

Nicht alle denkbaren Streitigkeiten sind versichert. Vom Versicherungsschutz ausgeschlossen sind z. B. die rechtliche Interessenwahrnehmung:

- ✗ in ursächlichem Zusammenhang mit Krieg, feindseligen oder terroristischen Handlungen, Aufruhr, inneren Unruhen, Streik, Aussperrung oder Erdbeben;
- ✗ in ursächlichem Zusammenhang mit dem Kauf oder Verkauf eines
 - Grundstückes, das bebaut werden soll;
 - Gebäudes oder Gebäudeteiles, das nicht von Ihnen oder einer mitversicherten Person bewohnt werden soll;
- ✗ in ursächlichem Zusammenhang mit der Planung oder Errichtung eines Gebäudes oder Gebäudeteiles, das sich in Ihrem Eigentum oder Besitz befindet oder das Sie erwerben oder in Besitz nehmen möchten;
- ✗ im Zusammenhang mit Ordnungswidrigkeiten- und Verwaltungsverfahren wegen eines Halt- oder Parkverstoßes;
- ✗ im Zusammenhang mit der Abwehr von Schadensersatzansprüchen, wenn diese nicht gleichzeitig auf einer Vertragsverletzung beruhen.



Gibt es Deckungsbeschränkungen?

- ! Wir haben eine Wartezeit vereinbart: Versicherungsschutz erhalten Sie nur für Streitigkeiten, deren erste Ursache nach Ablauf der Wartezeit eingetreten ist.
- ! Wenn Sie eine Selbstbeteiligung vereinbart haben, ziehen wir diese bei jedem Versicherungsfall von unserer Leistung ab.



Wo bin ich versichert?

- ✓ Sie sind in Europa, in den Anliegerstaaten des Mittelmeeres, auf den Kanarischen Inseln, auf Madeira und den Azoren versichert.
- ✓ Unter bestimmten Voraussetzungen besteht für Sie bei einem vorübergehenden Auslandsaufenthalt bis zu einem Jahr (bis zu zwei Jahren im Premium-Rechtsschutz und im Studenten-, Schüler- und Azubi-Rechtsschutz) auch weltweit Versicherungsschutz. Die Kosten tragen wir dann nur bis zu einem Betrag von 100.000 Euro (300.000 Euro im Rahmen des Premium-Rechtsschutz).



Welche Verpflichtungen habe ich?

- Sie müssen die im Antrag oder zusätzlich in Textform (z. B. Brief, Fax oder E-Mail) gestellten Fragen wahrheitsgemäß und vollständig beantworten.
- Sprechen Sie uns bitte an, wenn sich Ihre Angaben zum Versicherungsantrag oder -vertrag geändert haben.
- Im Rechtsschutzfall setzen Sie sich schnellstens mit uns in Verbindung, um die Reichweite des Versicherungsschutzes zu klären. Gern empfehlen wir Ihnen einen Rechts- und Fachanwalt.
- Sie müssen uns und Ihren Anwalt vollständig und wahrheitsgemäß über den Sachverhalt informieren.
- Kostenverursachende Maßnahmen müssen Sie mit uns abstimmen, wenn dies für Sie zumutbar ist.
- Sie müssen dafür Sorge tragen, dass die Kosten der Rechtsverfolgung so gering wie möglich gehalten werden.



Wann und wie zahle ich?

Den ersten oder einmaligen Beitrag müssen Sie unverzüglich nach Ablauf von 14 Tagen nach Erhalt des Versicherungsscheins zahlen. Nicht jedoch vor dem im Versicherungsschein genannten Beginn Ihrer Versicherung. Alle weiteren Beiträge sind, je nach Zahlungsweise, zu Beginn des vereinbarten Beitragszeitraums fällig. Sie können uns den Beitrag überweisen oder uns ermächtigen, den Beitrag von Ihrem Konto einzuziehen.



Wann beginnt und wann endet die Deckung?

Ihr Versicherungsschutz beginnt zu dem im Versicherungsschein genannten Zeitpunkt, wenn Sie den ersten oder einmaligen Beitrag rechtzeitig und vollständig zahlen. Die Wartezeit muss abgelaufen sein bzw. entfällt unter bestimmten Voraussetzungen. Die Versicherung gilt für die zunächst vereinbarte Dauer. Wenn nicht etwas anderes vereinbart ist, verlängert sie sich danach automatisch um jeweils ein weiteres Jahr (Verlängerungsjahr). Es sei denn, Sie oder wir kündigen.



Wie kann ich den Vertrag kündigen?

Sie können den Vertrag zum Ablauf der zunächst vereinbarten Vertragsdauer und zum Ablauf eines jeden Verlängerungsjahres kündigen. Bei einer Vertragsdauer von mehr als drei Jahren können Sie den Vertrag bereits zum Ablauf des dritten oder jedes darauf folgenden Jahres kündigen. Eine Kündigung ist fristgerecht, wenn sie uns drei Monate vor dem jeweiligen Ablauf zugeht.

Sie können die Versicherung vorzeitig (außerordentlich) kündigen, wenn mindestens zwei Versicherungsfälle innerhalb von zwölf Monaten eingetreten sind, für die Versicherungsschutz besteht. Die Kündigung muss uns in Textform (z. B. Brief, Fax oder E-Mail) spätestens einen Monat nach Zugang der Anerkennung der Leistungspflicht zugegangen sein. Dies gilt entsprechend, wenn wir den Versicherungsschutz unberechtigt ablehnen.

Sie können auch kündigen, wenn wir den Beitrag erhöhen. Ihre Kündigung muss innerhalb eines Monats erfolgen, nachdem wir Sie über die Erhöhung informiert haben.

Sie erhalten in diesem Informationsblatt einen kurzen Überblick über Ihren Versicherungsschutz. Diese Informationen sind nicht abschließend.

Der Vertragsinhalt ergibt sich aus folgenden Unterlagen:

- Ihrem Antrag,
- dem Versicherungsschein und ggf. weiteren schriftlichen Vereinbarungen,
- den Allgemeinen Versicherungsbedingungen (AVB).

Damit Sie umfassend informiert sind, lesen Sie bitte alle Unterlagen durch.

Um welche Art von Versicherung handelt es sich?

Es handelt sich um eine Rechtsschutzversicherung. Mit dieser sorgen wir dafür, dass Sie Ihre rechtlichen Interessen in den von Ihnen versicherten Lebensbereichen wahrnehmen können.



Was ist versichert?

- ✓ Wir bieten Ihnen im Verkehrsbereich verschiedene Versicherungsformen an, zwischen denen Sie wählen können:

Verkehrs-Rechtsschutz

- ✓ Für alle bzw. alle gleichartigen Landfahrzeuge.

Fahrzeug-Rechtsschutz

- ✓ Für bezeichnete Land-, Wasser oder Luftfahrzeuge.

Fahrer-Rechtsschutz

- ✓ Für Fahrer fremder Fahrzeuge.

Welche Kosten übernehmen wir?

- ✓ Gesetzliche Gebühren Ihres Rechtsanwalts.
- ✓ Kosten für Gerichte und Gerichtsvollzieher.
- ✓ Entschädigung für Zeugen und Sachverständige, die das Gericht heranzieht.
- ✓ Kosten des Prozessgegners, wenn Sie verpflichtet sind, diese zu tragen.
- ✓ Kosten einer Mediation bis zu 2.000 Euro (max. 4.000 Euro je Kalenderjahr).
- ✓ Kosten Ihrer Reisen zu einem ausländischen Gericht, wenn Ihr Erscheinen vorgeschrieben ist.

Wie hoch ist die Versicherungssumme?

- ✓ 2.000.000 Euro je Rechtsschutzfall.
- ✓ 200.000 Euro für Strafkautions (darlehensweise).



Was ist nicht versichert?

- ✗ Eine Streitigkeit kann mehrere Ursachen haben. Versicherungsschutz haben Sie nur, wenn die erste Ursache nach dem Versicherungsbeginn liegt.

Nicht alle denkbaren Streitigkeiten sind versichert. Vom Versicherungsschutz ausgeschlossen sind z. B. die rechtliche Interessenwahrnehmung:

- ✗ in ursächlichem Zusammenhang mit Krieg, feindseligen oder terroristischen Handlungen, Aufruhr, inneren Unruhen, Streik, Aussperrung oder Erdbeben;
- ✗ im Zusammenhang mit Ordnungswidrigkeiten- und Verwaltungsverfahren wegen eines Halt- oder Parkverstoßes;
- ✗ im Zusammenhang mit der Abwehr von Schadensersatzansprüchen, wenn diese nicht gleichzeitig auf einer Vertragsverletzung beruhen.



Gibt es Deckungsbeschränkungen?

- ! Wir haben eine Wartezeit vereinbart: Versicherungsschutz erhalten Sie nur für Streitigkeiten, deren erste Ursache nach Ablauf der Wartezeit eingetreten ist.
- ! Wenn Sie eine Selbstbeteiligung vereinbart haben, ziehen wir diese bei jedem Versicherungsfall von unserer Leistung ab.



Wo bin ich versichert?

- ✓ Sie sind in Europa, in den Anliegerstaaten des Mittelmeeres, auf den Kanarischen Inseln, auf Madeira und den Azoren versichert.
- ✓ Unter bestimmten Voraussetzungen besteht für Sie bei einem vorübergehenden Auslandsaufenthalt bis zu einem Jahr auch weltweit Versicherungsschutz. Die Kosten tragen wir dann nur bis zu einem Betrag von 100.000 Euro.



Welche Verpflichtungen habe ich?

- Sie müssen die im Antrag oder zusätzlich in Textform (z. B. Brief, Fax oder E-Mail) gestellten Fragen wahrheitsgemäß und vollständig beantworten.
- Sprechen Sie uns bitte an, wenn sich Ihre Angaben zum Versicherungsantrag oder -vertrag geändert haben.
- Im Rechtsschutzfall setzen Sie sich schnellstens mit uns in Verbindung, um die Reichweite des Versicherungsschutzes zu klären. Gern empfehlen wir Ihnen einen Rechts- und Fachanwalt.
- Sie müssen uns und Ihren Anwalt vollständig und wahrheitsgemäß über den Sachverhalt informieren.
- Kostenverursachende Maßnahmen müssen Sie mit uns abstimmen, wenn dies für Sie zumutbar ist.
- Sie müssen dafür Sorge tragen, dass die Kosten der Rechtsverfolgung so gering wie möglich gehalten werden.



Wann und wie zahle ich?

Den ersten oder einmaligen Beitrag müssen Sie unverzüglich nach Ablauf von 14 Tagen nach Erhalt des Versicherungsscheins zahlen. Nicht jedoch vor dem im Versicherungsschein genannten Beginn Ihrer Versicherung. Alle weiteren Beiträge sind, je nach Zahlungsweise, zu Beginn des vereinbarten Beitragszeitraums fällig. Sie können uns den Beitrag überweisen oder uns ermächtigen, den Beitrag von Ihrem Konto einzuziehen.



Wann beginnt und wann endet die Deckung?

Ihr Versicherungsschutz beginnt zu dem im Versicherungsschein genannten Zeitpunkt, wenn Sie den ersten oder einmaligen Beitrag rechtzeitig und vollständig zahlen. Die Wartezeit muss abgelaufen sein bzw. entfällt unter bestimmten Voraussetzungen. Die Versicherung gilt für die zunächst vereinbarte Dauer. Wenn nicht etwas anderes vereinbart ist, verlängert sie sich danach automatisch um jeweils ein weiteres Jahr (Verlängerungsjahr). Es sei denn, Sie oder wir kündigen.



Wie kann ich den Vertrag kündigen?

Sie können den Vertrag zum Ablauf der zunächst vereinbarten Vertragsdauer und zum Ablauf eines jeden Verlängerungsjahres kündigen. Bei einer Vertragsdauer von mehr als drei Jahren können Sie den Vertrag bereits zum Ablauf des dritten oder jedes darauf folgenden Jahres kündigen. Eine Kündigung ist fristgerecht, wenn sie uns drei Monate vor dem jeweiligen Ablauf zugeht.

Sie können die Versicherung vorzeitig (außerordentlich) kündigen, wenn mindestens zwei Versicherungsfälle innerhalb von zwölf Monaten eingetreten sind, für die Versicherungsschutz besteht. Die Kündigung muss uns in Textform (z. B. Brief, Fax oder E-Mail) spätestens einen Monat nach Zugang der Anerkennung der Leistungspflicht zugegangen sein. Dies gilt entsprechend, wenn wir den Versicherungsschutz unberechtigt ablehnen.

Sie können auch kündigen, wenn wir den Beitrag erhöhen. Ihre Kündigung muss innerhalb eines Monats erfolgen, nachdem wir Sie über die Erhöhung informiert haben.

Sie erhalten in diesem Informationsblatt einen kurzen Überblick über Ihren Versicherungsschutz. Diese Informationen sind nicht abschließend.

Der Vertragsinhalt ergibt sich aus folgenden Unterlagen:

- Ihrem Antrag,
- dem Versicherungsschein und ggf. weiteren schriftlichen Vereinbarungen,
- den Allgemeinen Versicherungsbedingungen (AVB).

Damit Sie umfassend informiert sind, lesen Sie bitte alle Unterlagen durch.

Um welche Art von Versicherung handelt es sich?

Es handelt sich um eine Rechtsschutzversicherung. Mit dieser sorgen wir dafür, dass Sie Ihre rechtlichen Interessen in den von Ihnen versicherten Lebensbereichen wahrnehmen können.



Was ist versichert?

- ✓ Die Lebensumstände, aus denen rechtliche Auseinandersetzungen entstehen können, sind vielfältig. Deshalb bieten wir unsere Leistungen für unterschiedliche Bereiche an, zwischen denen Sie, Ihren persönlichen Umständen entsprechend, wählen können:

Immobilien-Rechtsschutz

- ✓ für Eigentümer, Mieter, Pächter und Nutzungsberechtigte zur Absicherung der selbst genutzten Immobilie/Wohnung.
- ✓ für Vermieter und Verpächter zur Absicherung der vermieteten/verpachteten Immobilie/Wohnung.

Vermögensschaden-Rechtsschutz

- ✓ für gesetzliche Vertreter juristischer Personen, für die Wahrnehmung rechtlicher Interessen zur Abwehr gesetzlicher Haftpflichtbestimmungen auf Ersatz von Vermögensschäden.

Anstellungsvertrags-Rechtsschutz gesetzlicher Vertreter juristischer Personen

- ✓ für gesetzliche Vertreter juristischer Personen zur Absicherung von Streitigkeiten aus dem Anstellungsvertrag.

Spezial-Straf-Rechtsschutz (SSR)

- ✓ Erweiterter Straf-Rechtsschutz.

Welche Kosten übernehmen wir?

Immobilien-Rechtsschutz

- ✓ Gesetzliche Gebühren Ihres Rechtsanwaltes.
- ✓ Kosten für Gerichte und Gerichtsvollzieher.
- ✓ Entschädigung für Zeugen und Sachverständige, die das Gericht heranzieht.
- ✓ Kosten des Prozessgegners, wenn Sie verpflichtet sind, diese zu tragen.

Vermögensschaden-Rechtsschutz/Anstellungsvertrags-Rechtsschutz/Spezial-Straf-Rechtsschutz

- ✓ Verfahrenskosten.
- ✓ Außergerichtlich: die angemessene Vergütung Ihres Rechtsanwaltes.
- ✓ Gerichtlich: die gesetzliche Vergütung Ihres Rechtsanwaltes. (gilt nicht für den SSR)

Wie hoch ist die Versicherungssumme?

- ✓ Im Immobilien-Rechtsschutz 2.000.000 Euro je Rechtschutzfall.
- ✓ Im Vermögensschaden-Rechtsschutz wahlweise 500.000 Euro bzw. 1.000.000 Euro.
- ✓ Im Anstellungsvertrags-Rechtsschutz wahlweise 250.000 Euro bzw. 500.000 Euro (davon jeweils



Was ist nicht versichert?

- ✗ Eine Streitigkeit kann mehrere Ursachen haben. Versicherungsschutz haben Sie nur, wenn die erste Ursache nach dem Versicherungsbeginn liegt.

Nicht alle denkbaren Streitigkeiten sind versichert. Vom Versicherungsschutz ausgeschlossen sind z. B. die rechtliche Interessenwahrnehmung:

- ✗ in ursächlichem Zusammenhang mit Krieg, feindseligen oder terroristischen Handlungen, Aufruhr, inneren Unruhen, Streik, Aussperrung oder Erdbeben;
- ✗ in ursächlichem Zusammenhang mit dem Kauf oder Verkauf eines
 - Grundstückes, das bebaut werden soll;
 - Gebäudes oder Gebäudeteiles, das nicht von Ihnen oder einer mitversicherten Person bewohnt werden soll;
- ✗ in ursächlichem Zusammenhang mit der Planung oder Errichtung eines Gebäudes oder Gebäudeteiles, das sich in Ihrem Eigentum oder Besitz befindet oder das Sie erwerben oder in Besitz nehmen möchten;
- ✗ im Zusammenhang mit der Abwehr von Schadensersatzansprüchen, wenn diese nicht gleichzeitig auf einer Vertragsverletzung beruhen.
- ✗ Im Vermögensschaden-Rechtsschutz gilt: Es besteht kein Versicherungsschutz, wenn der Vermögensschaden vorsätzlich herbeigeführt wurde. Dies muss aber rechtskräftig festgestellt worden sein. Es besteht auch kein Versicherungsschutz, wenn Sie angeklagt werden, vorsätzlich eine Straftat begangen zu haben. Voraussetzung ist aber, dass der Anspruch auf Schadensersatz zumindest teilweise auf den Vorwurf dieser Straftat gestützt wird. Wenn nicht rechtskräftig festgestellt wird, dass die Straftat vorsätzlich begangen worden ist, entfällt dieser Ausschluss rückwirkend.



Gibt es Deckungsbeschränkungen?

- ! Im Immobilien- und Anstellungsvertrags-Rechtsschutz gilt: Wir haben eine Wartezeit vereinbart: Versicherungsschutz erhalten Sie nur für Streitigkeiten, deren erste Ursache nach Ablauf der Wartezeit eingetreten ist.

- 25.000 Euro für das außergerichtliche Verfahren).
- ✓ Im SSR je nach Vereinbarung 500.000 Euro, 1.000.000 Euro oder 2.000.000 Euro.

! Wenn Sie eine Selbstbeteiligung vereinbart haben, ziehen wir diese bei jedem Versicherungsfall von unserer Leistung ab.

Wo bin ich versichert?

- ✓ Sie sind in Europa, in den Anliegerstaaten des Mittelmeeres, auf den Kanarischen Inseln, auf Madeira und den Azoren versichert. Für den Vermögensschaden-Rechtsschutz und Anstellungsvertrags-Rechtsschutz besteht Versicherungsschutz ausschließlich in Europa.
- ✓ Unter bestimmten Voraussetzungen besteht für Sie bei einem vorübergehenden Auslandsaufenthalt bis zu einem Jahr auch weltweit Versicherungsschutz. Die Kosten tragen wir dann nur bis zu einem Betrag von 100.000 Euro.

Welche Verpflichtungen habe ich?

- Sie müssen die im Antrag oder zusätzlich in Textform (z. B. Brief, Fax oder E-Mail) gestellten Fragen wahrheitsgemäß und vollständig beantworten.
- Sprechen Sie uns bitte an, wenn sich Ihre Angaben zum Versicherungsantrag oder -vertrag geändert haben.
- Im Rechtsschutzfall setzen Sie sich schnellstens mit uns in Verbindung, um die Reichweite des Versicherungsschutzes zu klären. Gern empfehlen wir Ihnen einen Rechts- und Fachanwalt.
- Sie müssen uns und Ihren Anwalt vollständig und wahrheitsgemäß über den Sachverhalt informieren.
- Kostenverursachende Maßnahmen müssen Sie mit uns abstimmen, wenn dies für Sie zumutbar ist.
- Sie müssen dafür Sorge tragen, dass die Kosten der Rechtsverfolgung so gering wie möglich gehalten werden.

Wann und wie zahle ich?

Den ersten oder einmaligen Beitrag müssen Sie unverzüglich nach Ablauf von 14 Tagen nach Erhalt des Versicherungsscheins zahlen. Nicht jedoch vor dem im Versicherungsschein genannten Beginn Ihrer Versicherung. Alle weiteren Beiträge sind, je nach Zahlungsweise, zu Beginn des vereinbarten Beitragszeitraums fällig. Sie können uns den Beitrag überweisen oder uns ermächtigen, den Beitrag von Ihrem Konto einzuziehen.

Wann beginnt und wann endet die Deckung?

Ihr Versicherungsschutz beginnt zu dem im Versicherungsschein genannten Zeitpunkt, wenn Sie den ersten oder einmaligen Beitrag rechtzeitig und vollständig zahlen. Die Wartezeit muss abgelaufen sein bzw. entfällt unter bestimmten Voraussetzungen. Die Versicherung gilt für die zunächst vereinbarte Dauer. Wenn nicht etwas anderes vereinbart ist, verlängert sie sich danach automatisch um jeweils ein weiteres Jahr (Verlängerungsjahr). Es sei denn, Sie oder wir kündigen.

Wie kann ich den Vertrag kündigen?

Sie können den Vertrag zum Ablauf der zunächst vereinbarten Vertragsdauer und zum Ablauf eines jeden Verlängerungsjahres kündigen. Bei einer Vertragsdauer von mehr als drei Jahren können Sie den Vertrag bereits zum Ablauf des dritten oder jedes darauf folgenden Jahres kündigen. Eine Kündigung ist fristgerecht, wenn sie uns drei Monate vor dem jeweiligen Ablauf zugeht.

Sie können die Versicherung vorzeitig (außerordentlich) kündigen, wenn mindestens zwei Versicherungsfälle innerhalb von zwölf Monaten eingetreten sind, für die Versicherungsschutz besteht. Die Kündigung muss uns in Textform (z. B. Brief, Fax oder E-Mail) spätestens einen Monat nach Zugang der Anerkennung der Leistungspflicht zugegangen sein. Dies gilt entsprechend, wenn wir den Versicherungsschutz unberechtigt ablehnen.

Sie können auch kündigen, wenn wir den Beitrag erhöhen. Ihre Kündigung muss innerhalb eines Monats erfolgen, nachdem wir Sie über die Erhöhung informiert haben.

Versicherungsbedingungen 2016

D.A.S. Rechtsschutz



RECHT AN IHRER SEITE

Mit dem Versprechen der ERGO
„Versichern heißt verstehen.“

Ein Produkt der ERGO Versicherung AG

D.A.S. Rechtsschutz

Ein Produkt der ERGO Versicherung AG

Hier geben wir Ihnen einen Überblick über die Ihnen angebotene Versicherung. Diese Informationen sind nicht vollständig. Der Vertragsinhalt ergibt sich aus dem Antrag, dem Versicherungsschein und den Versicherungsbedingungen.

1. Welche Art der Versicherung bieten wir Ihnen an?

Wir bieten Ihnen eine Rechtsschutzversicherung an. Grundlage sind die Bedingungen für die Rechtsschutzversicherung (D.A.S. KT 2016 RS N, KT 2016 RS V und KT 2016 RS SP) sowie alle weiteren im Antrag genannten Vereinbarungen.

2. Welche Risiken sind versichert?

Welche Risiken sind nicht versichert?

Die Lebensumstände, aus denen rechtliche Auseinandersetzungen entstehen können, sind vielfältig. Deshalb bieten wir unsere Leistungen für unterschiedliche Bereiche an, je nach Ihren persönlichen Umständen.

Der Umfang des Versicherungsschutzes ergibt sich aus dem Antrag, dem Versicherungsvorschlag sowie dem Versicherungsschein.

Sie möchten Ihre rechtlichen Interessen wahrnehmen. Wir erbringen und vermitteln die erforderlichen Dienstleistungen. Sie können bereits rein vorsorglich telefonisch eine anwaltliche Rechtsauskunft einholen. Im Rechtsschutzfall können Sie sich persönlich anwaltlich beraten lassen. Wir tragen Ihre Rechtskosten, z. B. Anwalts- und Gerichtsgebühren. Wir erstatten auch Ihre Kosten der außergerichtlichen Streitschlichtung. Dies gilt jeweils im vereinbarten Umfang und bis zur vereinbarten Versicherungssumme. Einzelheiten entnehmen Sie Ihrem Antrag und Ziffer 6 der beigefügten D.A.S. KT 2016 RS N bzw. Ziffer 4 der beigefügten D.A.S. KT 2016 RS V bzw. Ziffer 7 der beigefügten D.A.S. KT 2016 RS SP. Bestimmte Kosten sind nicht im Leistungsumfang enthalten, z. B. eine vereinbarte Selbstbeteiligung. Bei einem Vergleich können Ihnen ebenfalls Kosten entstehen, die wir nicht tragen. Um dies zu vermeiden, nehmen Sie vor Abschluss des Vergleiches Kontakt mit uns auf. Einzelheiten entnehmen Sie Ziffer 6.3 D.A.S. KT 2016 RS N bzw. Ziffer 4.3 D.A.S. KT 2016 RS V bzw. Ziffer 7.3 D.A.S. KT 2016 RS SP. Die weiteren Informationen zur Versicherungssumme und einer Selbstbeteiligung ergeben sich aus Ihrem Antrag.

3. Wie hoch ist Ihr Beitrag, wann müssen Sie ihn bezahlen und was passiert, wenn Sie nicht oder verspätet zahlen?

Der Beitrag ist abhängig von dem von Ihnen gewählten Versicherungsschutz. Die Höhe des Beitrags finden Sie im Antrag/Versicherungsvorschlag. Ändern sich die im Antrag gemachten Angaben, kann sich auch der Beitrag ändern. Der Zeitraum, für den der Beitrag zu zahlen ist, ist im Antrag genannt.

Bezahlen Sie den ersten Beitrag spätestens zwei Wochen nach Erhalt des Versicherungsscheins. Alle weiteren Beiträge sind jeweils zur Beitragsfälligkeit zu zahlen. Falls Sie am Lastschriftverfahren teilnehmen, sorgen Sie rechtzeitig für Deckung auf Ihrem Konto.

Wenn Sie den ersten Beitrag schuldhaft nicht rechtzeitig zahlen, können wir so lange vom Vertrag zurücktreten, wie Sie nicht gezahlt haben. Auch der Versicherungsschutz beginnt erst mit dem Eingang der verspäteten Zahlung bei uns. Wenn Sie einen Folgebeitrag nicht rechtzeitig zahlen, fordern wir Sie auf, den rückständigen Beitrag innerhalb einer Frist von mindestens zwei Wochen zu zahlen. Nach Ablauf dieser Zahlungsfrist entfällt Ihr Versicherungsschutz. Wir können den Vertrag auch kündigen. Einzelheiten entnehmen Sie Ihrem Antrag und Ziffer 17 D.A.S. KT 2016 RS N bzw. Ziffer 15 D.A.S. KT 2016 RS V bzw. Ziffer 18 D.A.S. KT 2016 RS SP.

4. Welche Leistungen sind ausgeschlossen?

Wir können nicht alle denkbaren Fälle versichern. Sonst müssten wir einen erheblich höheren Beitrag verlangen. Deshalb haben wir bestimmte Fälle aus dem Versicherungsschutz herausgenommen. Es besteht z. B. kein Rechtsschutz, um im Zusammenhang mit dem Erwerb oder der Veräußerung eines Baugrundstücks rechtliche Interessen wahrzunehmen. Dies gilt auch hinsichtlich der Planung, Errichtung und Finanzierung eines Baugrundstückes oder Gebäudes. Weitere Beispiele sind Streitigkeiten aus Spiel- oder Wettverträgen und Termin- oder vergleichbaren Spekulationsgeschäften. Ihr Rechtsschutz umfasst auch nicht die Abwehr von Schadensersatzansprüchen. Diese Aufzählung ist nicht vollständig. Einzelheiten und eine vollständige Aufzählung der Ausschlussgründe entnehmen Sie Ziffer 9 D.A.S. KT 2016 RS N bzw. Ziffer 7 D.A.S. KT 2016 RS V bzw. Ziffer 10 D.A.S. KT 2016 RS SP.

5. Welche Pflichten haben Sie bei Vertragsschluss und welche Folgen können Verletzungen dieser Pflichten haben?

Beantworten Sie unsere Antragsfragen vollständig und richtig. Unvollständige oder unrichtige Angaben können zur Anfechtung des Vertrages oder zum Rücktritt führen. Einzelheiten entnehmen Sie Ihrem Antrag.

6. Welche Pflichten haben Sie während der Vertragslaufzeit und welche Folgen können Verletzungen dieser Pflichten haben?

Wenn Ihre im Versicherungsantrag oder später zum Vertrag gemachten Angaben aufgrund geänderter Umstände angepasst werden müssen, sprechen Sie uns an. Für den Verkehrs-Rechtsschutz ist wichtig: Vergewissern Sie sich stets, dass der Fahrer die vorgeschriebene Fahrerlaubnis hat. Eine Verletzung der

Pflichten kann schwerwiegende Konsequenzen für Sie haben. Je nach Schwere der Pflichtverletzung können Sie Ihren Versicherungsschutz ganz oder teilweise verlieren. Unter Umständen können wir uns auch vorzeitig vom Vertrag lösen. Einzelheiten entnehmen Sie Ihrem Antrag sowie Ziffer 11.2 D.A.S. KT 2016 RS N bzw. Ziffern 2.1.3.2, 2.2.1.4, 9.1, 16.2 D.A.S. KT 2016 RS V bzw. Ziffern 12.2 und 19.2 D.A.S. KT 2016 RS SP.

7. Welche Pflichten haben Sie im Rechtsschutzfall und was müssen Sie beachten, wenn Sie rechtliche Hilfe benötigen?

Setzen Sie sich schnellstens mit uns in Verbindung, um die Reichweite des Versicherungsschutzes abzuklären. Gerne empfehlen wir Ihnen einen Rechts- oder Fachanwalt. Informieren Sie uns und Ihren Anwalt vollständig und wahrheitsgemäß. Eine Verletzung der Pflichten kann schwerwiegende Konsequenzen für Sie haben. Je nach Schwere der Pflichtverletzung können Sie Ihren Versicherungsschutz ganz oder teilweise verlieren. Einzelheiten entnehmen Sie Ziffer 11.1 D.A.S. KT 2016 RS N bzw. Ziffer 9.2 D.A.S. KT 2016 RS V bzw. Ziffer 12.1 D.A.S. KT 2016 RS SP.

8. Wann beginnt und wann endet Ihr Versicherungsschutz?

Der Versicherungsschutz beginnt zu dem im Versicherungsschein angegebenen Zeitpunkt. Voraussetzung ist, dass Sie pünktlich zahlen. Die Wartezeit muss abgelaufen sein. Sie kann unter bestimmten Voraussetzungen entfallen. Die Einzelheiten

entnehmen Sie Ziffer 7.2 D.A.S. KT 2016 RS N bzw. Ziffer 5.2 D.A.S. KT 2016 RS V bzw. Ziffer 8.2 D.A.S. KT 2016 RS SP. Der in dieser Information angebotene Zeitpunkt für den Beginn Ihres Versicherungsschutzes ist oben in Ziffer 3 vermerkt. Dies gilt auch für die angebotene Vertragslaufzeit. Einigen wir uns auf eine Dauer von mindestens einem Jahr, verlängert sich der Versicherungsschutz automatisch um jeweils ein weiteres Jahr. Dies gilt nicht, wenn der Vertrag gekündigt wird. Mit Ende des Vertrages besteht kein Versicherungsschutz mehr.

9. Wie können Sie den Vertrag beenden?

Sie können den Vertrag ebenso wie wir zum Ablauf der vereinbarten Vertragsdauer und zum Ablauf jedes Verlängerungsjahres fristgerecht kündigen. Eine Kündigung ist fristgerecht, wenn sie drei Monate vor dem jeweiligen Ablauf zugegangen ist. Einigen wir uns auf eine Laufzeit von mehr als drei Jahren, können Sie bereits zum Ablauf des dritten Jahres fristgerecht kündigen. Näheres entnehmen Sie Ziffer 14 D.A.S. KT 2016 RS N bzw. Ziffer 12 D.A.S. KT 2016 RS V bzw. Ziffer 15 D.A.S. KT 2016 RS SP. Sind mindestens zwei Rechtsschutzfälle innerhalb von zwölf Monaten eingetreten, können Sie oder wir den Vertrag vorzeitig kündigen. Die Einzelheiten ergeben sich aus Ziffer 15 D.A.S. KT 2016 RS N bzw. Ziffer 13 D.A.S. KT 2016 RS V bzw. Ziffer 16 D.A.S. KT 2016 RS SP. Sämtliche weiteren, auch vorzeitigen Kündigungsmöglichkeiten finden Sie in Ziffern 15 bis 18 D.A.S. KT 2016 RS N bzw. Ziffern 2.1.1.5 und 13 bis 16 D.A.S. KT 2016 RS V bzw. Ziffern 16 bis 19 D.A.S. KT 2016 RS SP.

D.A.S. Rechtsschutz

Ein Produkt der ERGO Versicherung AG

1. Informationen zum Versicherer

Versicherer ist die ERGO Versicherung AG, Victoriaplatz 1, 40477 Düsseldorf. Sitz: Düsseldorf. Handelsregister: Amtsgericht Düsseldorf HRB 36466. Sie finden uns im Internet unter www.ergo.de.

Die ERGO hat die Bearbeitung von Rechtsschutzfällen in ein rechtlich selbstständiges Schadensabwicklungsunternehmen i. S. v. § 126 Versicherungsvertragsgesetz (VVG) ausgegliedert. Es handelt sich um die D.A.S. Rechtsschutz Leistungs-GmbH, Thomas-Dehler-Str. 2, 81737 München (ladungsfähige Anschrift), gesetzlich vertreten durch den Geschäftsführer Helmut Plote. Sitz: München. Handelsregister: HRB 213964 Amtsgericht München.

Ladungsfähige Anschrift: ERGO Versicherung AG, Victoriaplatz 1, 40477 Düsseldorf, gesetzlich vertreten durch den Vorstand u. a. Dr. Markus Hofmann (Vorsitzender).

Die Hauptgeschäftstätigkeit der ERGO Versicherung AG ist der Betrieb aller Arten der Schaden- und Unfallversicherung mit Ausnahme der Kreditversicherung. Die zuständige staatliche Aufsichtsbehörde ist die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), Graurheindorfer Straße 108, 53117 Bonn.

2. Informationen zum Vertrag über die Rechtsschutzversicherung

Es gelten die Bedingungen für die Rechtsschutzversicherung (D.A.S. KT 2016 RS N, KT 2016 RS V und KT 2016 RS SP) und der Rechtsschutz-Tarif 10/2016. Maßgebend ist das Recht der Bundesrepublik Deutschland.

Angaben über Art, Umfang, Fälligkeit und Erfüllung der Rechtsschutzleistung finden Sie insbesondere in Ziffer 1 D.A.S. KT 2016 RS N bzw. Ziffer 1 D.A.S. KT 2016 RS V bzw. Ziffer 1 D.A.S. KT 2016 RS SP (Art), Ziffern 5, 6 und 9 D.A.S. KT 2016 RS N bzw. Ziffern 3, 4 und 7 D.A.S. KT 2016 RS V bzw. Ziffern 6, 7 und 10 D.A.S. KT 2016 RS SP (Umfang), Ziffern 6.2 und 7 D.A.S. KT 2016 RS N bzw. Ziffern 4.2 und 5 D.A.S. KT 2016 RS V bzw. Ziffern 7.2 und 8 D.A.S. KT 2016 RS SP (Fälligkeit) und Ziffer 6 D.A.S. KT 2016 RS N bzw. Ziffer 4 D.A.S. KT 2016 RS V bzw. Ziffer 7 D.A.S. KT 2016 RS SP (Erfüllung).

Angaben zu dem Gesamtpreis der Versicherung (Beitrag) einschließlich der gesetzlichen Versicherungssteuer und zur Zahlungsweise entnehmen Sie Ihrem Antrag auf die Rechtsschutzversicherung sowie Ziffer 17 D.A.S. KT 2016 RS N bzw. Ziffer 15 D.A.S. KT 2016 RS V bzw. Ziffer 18 D.A.S. KT 2016 RS SP.

Der Vertrag über die Rechtsschutzversicherung kommt mit der Annahme des Antrags zustande. Der Versicherungsschutz beginnt zu dem in Ziffer 13 D.A.S. KT 2016 RS N bzw. Ziffer 11 D.A.S. KT 2016 RS V bzw. Ziffer 14 D.A.S. KT 2016 RS SP angegebenen Zeitpunkt. Sie sind an Ihren Rechtsschutzantrag einen Monat gebunden.

Widerrufsbelehrung

Widerrufsrecht: Sie können Ihre Vertragserklärung(en) innerhalb von 30 Tagen ohne Angabe von Gründen in Textform (z. B. Brief, Fax, E-Mail) widerrufen. Die Frist beginnt, nachdem Sie den Versicherungsschein, die Vertragsbestimmungen einschließlich der Allgemeinen Versicherungsbedingungen, die weiteren Informationen nach § 7 Absatz 1 und 2 des Versicherungsvertragsgesetzes in Verbindung mit den §§ 1 bis 4 der VVG-Informationspflichtenverordnung und diese Belehrung jeweils in Textform erhalten haben. Zur Wahrung der Widerrufsfrist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Der Widerruf ist zu richten an: ERGO Versicherung AG, Victoriaplatz 1, 40477 Düsseldorf.

Widerrufsfolgen: Im Falle eines wirksamen Widerrufs endet der Versicherungsschutz und wir erstatten Ihnen den auf die Zeit nach Zugang des Widerrufs entfallenden Teil des Beitrags, wenn Sie zugestimmt haben, dass der Versicherungsschutz vor dem Ende der Widerrufsfrist beginnt. Den Teil des Beitrags, der auf die Zeit bis zum Zugang des Widerrufs entfällt, dürfen wir in diesem Fall einbehalten. Dabei handelt es sich in Abhängigkeit der vereinbarten Zahlungsweise (siehe Antrag) um einen Betrag in Höhe von 1/360 des Jahresbeitrags bei jährlicher Zahlungsweise bzw. 1/180 des Halbjahresbeitrags bei halbjährlicher Zahlungsweise, 1/90 des Vierteljahresbeitrags bei vierteljährlicher Zahlungsweise oder 1/30 des Monatsbeitrags bei monatlicher Zahlungsweise, multipliziert mit der Anzahl der Tage, an denen Versicherungsschutz bestanden hat. Die Erstattung zurückzuzahlender Beträge erfolgt unverzüglich, spätestens 30 Tage nach Zugang des Widerrufs. Beginnt der Versicherungsschutz nicht vor dem Ende der Widerrufsfrist, hat der wirksame Widerruf zur Folge, dass empfangene Leistungen zurückzugewähren und gezogene Nutzungen (z. B. Zinsen) herauszugeben sind.

Besondere Hinweise: Ihr Widerrufsrecht erlischt, wenn der Vertrag auf Ihren ausdrücklichen Wunsch sowohl von Ihnen als auch von uns vollständig erfüllt ist, bevor Sie Ihr Widerrufsrecht ausgeübt haben. **(Ende der Widerrufsbelehrung)**

Angaben zur Laufzeit entnehmen Sie bitte Ihrem Antrag auf die Rechtsschutzversicherung.

Die vertraglichen Kündigungsbedingungen finden Sie in Ziffer 14 D.A.S. KT 2016 RS N bzw. Ziffer 12 D.A.S. KT 2016 RS V bzw. Ziffer 15 D.A.S. KT 2016 RS SP (ordentliche Vertragsbeendigung) sowie in Ziffern 15 bis 18 D.A.S. KT 2016 RS N bzw. Ziffern 2.1.1.5 und 13 bis 16 D.A.S. KT 2016 RS V bzw. Ziffern 16 bis 19 D.A.S. KT 2016 RS SP (jeweils vorzeitige Vertragsbeendigung).

3. Informationen zum Rechtsweg/ Beschwerde- und Rechtsbehelfsverfahren

Für Klagen aus dem Versicherungsvertrag gegen die ERGO Versicherung AG bestimmt sich das zuständige Gericht nach Ziffer 20.2 D.A.S. KT 2016 RS N bzw. Ziffer 18.2 D.A.S. KT 2016 RS V bzw. Ziffer 21.2 D.A.S. KT 2016 RS SP. Wenn Sie Ihren Anspruch

auf Rechtsschutz gerichtlich geltend machen wollen, gilt: Sie müssen Ihre Klage gegen die D.A.S. Rechtsschutz Leistungs-GmbH richten, vgl. oben „Informationen zum Versicherer“. Das zuständige Gericht bestimmt sich in diesem Fall nach Ziffer 20.3 D.A.S. KT 2016 RS N bzw. Ziffer 18.3 D.A.S. KT 2016 RS V bzw. Ziffer 21.3 D.A.S. KT 2016 RS SP.

Die Versicherungsbedingungen werden ebenso wie diese Kundeninformation in deutscher Sprache mitgeteilt.

Wir haben uns derzeit zur Teilnahme am Streitbeilegungsverfahren vor dem Versicherungsombudsmann e. V. als allgemeine Schlichtungsstelle verpflichtet. Verbraucher oder Personen in einer verbraucherähnlichen Lage, können Beschwerden an den Versicherungsombudsmann e. V. richten. Zudem besteht die Möglichkeit – auch für Unternehmer – ihre Beschwerde an die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) zu richten.

Die Anschrift des Versicherungsombudsmanns e. V. lautet: Versicherungsombudsmann e. V., Postfach 08 06 32, 10006 Berlin. Er ist online zu erreichen über: www.versicherungsombudsmann.de. Der Versicherungsombudsmann ist als Schlichtungsstelle unabhängig. Das Verfahren ist für Verbraucher oder für Personen in einer verbraucherähnlichen Lage kostenlos.

Sofern der Versicherungsombudsmann die Entscheidung zu Ihren Gunsten trifft, sind wir bis zu einem Betrag in Höhe von 10.000 Euro daran gebunden. Sie müssen sich hingegen nicht an die Entscheidung halten.

Der Ombudsmann behandelt Ihre Beschwerde erst dann, wenn Sie Ihren Anspruch zuvor uns gegenüber geltend gemacht haben. Sie müssen uns sechs Wochen Zeit gegeben haben, um den Anspruch abschließend zu beurteilen. Für die Dauer des Verfahrens verjähren Ihre Ansprüche nicht.

Für Verbraucher gilt: Haben Sie den Vertrag elektronisch geschlossen (z. B. über eine Internetseite oder per E-Mail), können Sie sich bei Beschwerden auch an die Plattform zur Online-Streitbeilegung der Europäischen Union wenden. Diese finden Sie auf dem Portal „Ihr Europa“.

Ihre Beschwerde wird dann über die Plattform für außergerichtliche Online-Streitbeilegung dem Versicherungsombudsmann e. V. weitergeleitet.

Die Anschrift der BaFin lautet: Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Graurheindorfer Straße 108, 53117 Bonn.

Online ist die BaFin zu erreichen unter: www.bafin.de.

Ein Beschwerdeformular finden Sie unter: www.bafin.buergerservice-bund.de/bank.aspx.

Reichen Sie Ihre Beschwerden in Schrift- oder Textform ein. Dabei müssen der Sachverhalt sowie der Beschwerdegund enthalten sein. Die BaFin kann einzelne Streitfälle nicht verbindlich entscheiden und erstellt keine Rechtsgutachten. Sie prüft nur, ob die Entscheidung rechtlich zu beanstanden ist.

Die Möglichkeit, gerichtliche Hilfe in Anspruch zu nehmen, bleibt Ihnen erhalten.

D.A.S. Rechtsschutz

Ein Produkt der ERGO Versicherung AG

1. Datenweitergabe an das Hinweis- und Informationssystem (HIS)

Die informa HIS GmbH betreibt das Hinweis- und Informationssystem der Versicherungswirtschaft (HIS). An das HIS melden wir – ebenso wie andere Versicherungsunternehmen – erhöhte Risiken. Verträge werden gemeldet, wenn ungewöhnlich häufig Rechtsschutzfälle gemeldet werden. Sollten wir Sie an das HIS melden, werden wir Sie darüber benachrichtigen.

Bei der Prüfung Ihres Antrags auf Abschluss eines Versicherungsvertrages richten wir Anfragen zur Ihrer Person an das HIS und speichern die Ergebnisse der Anfragen. Erhalten wir einen Hinweis auf risikoerhöhende Besonderheiten, kann es sein, dass wir von Ihnen zusätzliche Informationen zu dem konkreten Grund der Meldung benötigen.

Eine detaillierte Beschreibung des HIS finden Sie im Internet unter <http://www.informa-his.de/>.

2. Information zur Verwendung Ihrer Daten

Zur Einschätzung des zu versichernden Risikos, zur Abwicklung des Vertrages sowie im Leistungsfall benötigen wir Ihre persönlichen Daten. Wie wir Ihre Daten erheben, verarbeiten oder nutzen, ist gesetzlich geregelt. Es ist selbstverständlich, dass wir die relevanten Bestimmungen des Versicherungsgesetzes, des Bundesdatenschutzgesetzes sowie alle weiteren maßgeblichen Gesetze beachten. Darüber hinaus haben wir uns verpflichtet, die Verhaltensregeln der deutschen Versicherungswirtschaft einzuhalten. Deshalb informieren wir Sie umfassend über die Verwendung Ihrer Daten. Dadurch machen wir die Verarbeitung Ihrer Daten für Sie transparent.

Weitergehende Informationen wie

- Erläuterungen zu den Verhaltensregeln,
 - Listen der Unternehmen unserer Gruppe, die an einer zentralisierten Datenverarbeitung teilnehmen,
 - Liste der Auftragnehmer und Dienstleister, die für uns tätig sind,
 - Öffentliches Verzeichnisse der ERGO Versicherung AG
- finden Sie auf www.das.de unter „Datenschutz“.

Auf Wunsch schicken wir Ihnen gern einen Ausdruck dieser Dokumente zu. Bitte wenden Sie sich dafür an unseren Kundenservice unter 0800 3746-555 oder an kundenservice@das.de.

Ihre Rechte auf Berichtigung, Löschung und Sperrung Ihrer Daten

Sie können Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten erhalten. Sie haben das Recht, falsche oder unvollständige Daten berichtigen zu lassen. Ansprüche auf Löschung oder Sperrung Ihrer Daten können bestehen, wenn deren Erhebung, Verarbeitung oder Nutzung sich als unzulässig erweist. Wir löschen Ihre Daten, wenn ihre Speicherung nicht mehr erforderlich ist. Dabei müssen wir die gesetzlichen Aufbewahrungsfristen beachten.

Ihre Rechte können Sie geltend machen unter der oben genannten Telefonnummer oder Email-Adresse oder beim Datenschutzbeauftragten:

ERGO Versicherung AG

Datenschutzbeauftragter

DATS D

Victoriaplatz 2

40198 Düsseldorf

oder datenschutz@ergo.de

3. Hinweis auf das Werbewiderspruchsrecht

Wir erheben, verarbeiten und nutzen Daten zu Ihrer Person. Das tun wir, um Sie gezielt beraten zu können. Aber auch, damit wir Ihren Vertrag zügig bearbeiten können.

Darüber hinaus nutzen wir sie, um Ihnen aktuelle Informationen und Angebote zu unseren Produkten zukommen zu lassen.

Wenn Sie zukünftig keine Informationen und Angebote von uns erhalten möchten, können Sie der Verwendung Ihrer Daten zu Werbezwecken widersprechen. Schicken Sie hierzu einfach eine kurze Nachricht per Post an ERGO Versicherung AG, Victoriaplatz 1, 40477 Düsseldorf. Sie können uns auch online unter www.ergo.de/info informieren oder uns unter der gebührenfreien Rufnummer 0800 3746-000 anrufen.

Versicherungsbedingungen 2016

D.A.S. Rechtsschutz für Familien und Singles



RECHT AN IHRER SEITE

Mit dem Versprechen der ERGO
„Versichern heißt verstehen.“

Ein Produkt der ERGO Versicherung AG

D.A.S. Rechtsschutz für Familien und Singles

Ein Produkt der ERGO Versicherung AG

Versicherungsbedingungen (KT 2016 RS N)

Inhaltsverzeichnis

1. Was leistet mein D.A.S. Rechtsschutz?	2
2. Was ist im Rechtsschutz für Familien und Singles versichert?	2
2.1 Premium-Rechtsschutz Familie	2
2.2 Komfort-Rechtsschutz Familie (gegenstandslos)	3
2.3 Premium-Rechtsschutz Single	3
3. Was ist im Rechtsschutz für Studenten, Schüler und Azubis versichert? (gegenstandslos)	3
4. Kann ich meinen Versicherungsschutz anpassen, wenn neue Risiken hinzukommen?	3
5. Welche Leistungen bietet mein Versicherungsschutz?	3
5.1 Premium-Rechtsschutz	3
5.2 Komfort-Rechtsschutz (gegenstandslos)	6
5.3 Studenten-, Schüler-, Azubi-Rechtsschutz (gegenstandslos)	6
6. Welchen Umfang haben die Leistungen?	6
7. Was sind die Voraussetzungen für meinen Anspruch auf Rechtsschutz?	9
8. Welche Rechtsstellung haben mitversicherte Personen? Wer ist mitversichert?	10
9. Was ist vom Versicherungsschutz ausgeschlossen?	11
10. Was gilt, wenn der Rechtsschutz wegen mangelnder Erfolgsaussichten oder wegen Mutwilligkeit abgelehnt wird?	12
11. Welche Obliegenheiten (Mitwirkungspflichten) habe ich und welche Folgen hat ihre Verletzung?	12
12. In welchen Ländern bin ich versichert?	13
13. Wann beginnt mein Versicherungsschutz?	13
14. Wie lange läuft mein Vertrag?	13
15. Kann der Vertrag nach einem Rechtsschutzfall gekündigt werden?	14
16. Was geschieht, wenn das versicherte Interesse wegfällt?	14
17. Was muss ich bei der Beitragszahlung beachten?	14
17.1 Beitrag und Versicherungssteuer	14
17.2 Zahlung und Folgen verspäteter Zahlung/erster oder einmaliger Beitrag	14
17.3 Zahlung und Folgen verspäteter Zahlung/Folgebeitrag	14
17.4 Rechtzeitigkeit der Zahlung beim Lastschriftverfahren	15
17.5 Teilzahlung und Folgen bei verspäteter Zahlung	15
17.6 Beitrag bei vorzeitiger Vertragsbeendigung	15
18. Warum können sich die Bedingungen, der Beitrag und die Selbstbeteiligung ändern?	15
18.1 Bedingungsanpassung	15
18.2 Beitragsanpassung	16
18.3 Anpassung der Selbstbeteiligung	17
19. Wann verjähren Ansprüche aus meiner Versicherung?	17
20. Zuständiges Gericht, anzuwendendes Recht	17

1. Was leistet mein D.A.S. Rechtsschutz?

Sie möchten Ihre rechtlichen Interessen wahrnehmen. Wir erbringen die dafür erforderlichen Leistungen. Ihr Umfang ist in diesen Bedingungen beschrieben.

2. Was ist im Rechtsschutz für Familien und Singles versichert?

Für Sie besteht der Premium- oder Komfort-Rechtsschutz. Je nach Vereinbarung beinhaltet Ihr Versicherungsschutz den Privat-, Berufs-, Verkehrs- und Immobilien-Rechtsschutz. Er umfasst auch die telefonische Rechtserstberatung. Im Rechtsschutzfall empfehlen wir Ihnen auf Wunsch einen geeigneten Rechtsanwalt.

2.1 Premium-Rechtsschutz Familie

2.1.1 Premium-Rechtsschutz Familie – Privat-Beruf-Verkehr-Immobilien

2.1.1.1 Ihr Versicherungsschutz bietet den

- Privat-Rechtsschutz.
Sie können ihn im privaten Bereich wahrnehmen;
- Berufs-Rechtsschutz
für Ihre nichtselbstständigen Tätigkeiten. Er besteht auch für Ihre selbstständigen Tätigkeiten. Hierzu gehören insbesondere gewerbliche und freiberufliche Tätigkeiten.
Für den Rechtsschutz für Ihre selbstständigen Tätigkeiten gilt aber: Sie dürfen keine Mitarbeiter beschäftigen. Ihr Gesamtumsatz darf 17.500 Euro nicht übersteigen. Dieser Gesamtumsatz bestimmt sich jeweils nach dem vorangegangenen Kalenderjahr. Zudem gilt: Ihr Versicherungsschutz entfällt, sobald Sie im laufenden Kalenderjahr mehr als 17.500 Euro Gesamtumsatz erzielen. Gesamtumsatz ist die Summe aller Erlöse eines Kalenderjahres. Hierzu zählen alle Erlöse, die Sie und Ihr Lebenspartner (Ziffer 8.2.1) einzeln oder gemeinsam aus diesen selbstständigen Tätigkeiten erzielen. Es gilt aber stets: Rechtsschutz im Vertrags- und Sachenrecht (Ziffer 5.1.4) besteht nicht;
- Verkehrs-Rechtsschutz
für Sie als Eigentümer, Halter, Erwerber, Mieter, Leasingnehmer und Fahrer von Motorfahrzeugen. Er besteht für Sie – wie der Privat-Rechtsschutz – auch als Fahrgast, Radfahrer und Fußgänger für die Teilnahme am öffentlichen Verkehr.
Im Zusammenhang mit Ihren selbstständigen Tätigkeiten gilt: Sie dürfen keine Mitarbeiter beschäftigen. Ihr Gesamtumsatz darf 17.500 Euro nicht übersteigen. Dieser Gesamtumsatz bestimmt sich jeweils nach dem vorangegangenen Kalenderjahr. Zudem gilt: Ihr Versicherungsschutz entfällt, sobald Sie im laufenden Kalenderjahr mehr als 17.500 Euro Gesamtumsatz erzielen. Gesamtumsatz ist die Summe aller Erlöse eines Kalenderjahres. Hierzu zählen alle Erlöse, die Sie und Ihr Lebenspartner (Ziffer 8.2.1) einzeln oder gemeinsam aus diesen selbstständigen Tätigkeiten erzielen;

- Immobilien-Rechtsschutz
für Sie als Eigentümer, Mieter oder sonstiger Nutzungsberechtigter. Er umfasst alle Einheiten im In- und Ausland gemäß Ziffer 12.1, die Sie bewohnen;
- Privat- und Immobilien-Rechtsschutz zusammen für den Betrieb, die Anschaffung und die Installation Ihrer Photovoltaikanlage. Voraussetzung ist, dass sich diese Anlage auf Ihrem selbst bewohnten Ein- oder Zweifamilienhaus befindet.

2.1.1.2 Die Leistungen Ihres Versicherungsschutzes bestimmen sich nach Ziffer 5.1. Er besteht für Sie und die in Ziffer 8.2 genannten Personen.

2.1.1.3 Ihr Versicherungsschutz bietet zudem den Vorsorge-Rechtsschutz. Er ist in Ziffer 4.1 beschrieben.

2.1.2 Premium-Rechtsschutz Familie – Privat-Beruf-Verkehr

Versicherungsschutz besteht nach Ziffer 2.1.1, jedoch ohne Immobilien-Rechtsschutz.

2.1.3 Premium-Rechtsschutz Familie – Privat-Beruf-Immobilien (gegenstandslos)

2.1.4 Premium-Rechtsschutz Familie – Privat-Verkehr-Immobilien

Versicherungsschutz besteht nach Ziffer 2.1.1, jedoch ohne Berufs-Rechtsschutz.

2.1.5 Premium-Rechtsschutz Familie – Beruf-Verkehr-Immobilien (gegenstandslos)

2.1.6 Premium-Rechtsschutz Familie – Privat-Beruf

Versicherungsschutz besteht nach Ziffer 2.1.1, jedoch ohne

- Verkehrs-Rechtsschutz;
- Immobilien-Rechtsschutz.

2.1.7 Premium-Rechtsschutz Familie – Privat-Verkehr

Versicherungsschutz besteht nach Ziffer 2.1.1, jedoch ohne

- Berufs-Rechtsschutz,
- Immobilien-Rechtsschutz.

2.1.8 Premium-Rechtsschutz Familie – Privat-Immobilien (gegenstandslos).

2.1.9 Premium-Rechtsschutz Familie – Beruf-Verkehr (gegenstandslos)

2.1.10 Premium-Rechtsschutz Familie – Beruf-Immobilien (gegenstandslos)

2.1.11 Premium-Rechtsschutz Familie – Verkehr-Immobilien (gegenstandslos)

2.1.12 Premium-Rechtsschutz Familie – Privat

Versicherungsschutz besteht nach Ziffer 2.1.1, jedoch ohne

- Berufs-Rechtsschutz,
- Verkehrs-Rechtsschutz,
- Immobilien-Rechtsschutz.

- 2.1.13 Premium-Rechtsschutz Familie – Beruf**
(gegenstandslos)
- 2.1.14 Premium-Rechtsschutz Familie – Verkehr**
Versicherungsschutz besteht nach Ziffer 2.1.1, jedoch ohne
- Privat-Rechtsschutz,
 - Berufs-Rechtsschutz,
 - Immobilien-Rechtsschutz.
- 2.2 Komfort-Rechtsschutz Familie** (gegenstandslos)
- 2.3 Premium-Rechtsschutz Single**
Für Sie besteht der Premium-Rechtsschutz Single. Der Inhalt Ihres Versicherungsschutzes bestimmt sich nach Ziffer 2.1. Er gilt ausschließlich für Sie und die in Ziffer 8.4 bezeichneten Personen.
Wenn sich Ihre Lebenssituation ändert, weil Sie heiraten, gilt: Sie können verlangen, dass wir Ihren Versicherungsschutz rückwirkend ab Eheschließung in die vereinbarte Form des Versicherungsschutzes für Familien umwandeln. Diese rückwirkende Umwandlung können Sie auch verlangen, wenn Sie eine eingetragene Lebenspartnerschaft eingehen. Gleiches gilt, wenn Sie mit einem nichtehelichen bzw. nichteingetragenen Lebenspartner eine häusliche Gemeinschaft begründen und den selben Erstwohnsitz anmelden.
Ihr Lebenspartner hat dann ohne Wartezeit Versicherungsschutz. Sie müssen die rückwirkende Anpassung des Vertrages aber spätestens sechs Monate nach der Änderung Ihrer Lebenssituation verlangen. Später können Sie die Anpassung des Vertrages nur noch mit Wirkung für die Zukunft verlangen. Dies gilt nicht, wenn Sie die Verzögerung nicht verschuldet haben.
- 3. Was ist im Rechtsschutz für Studenten, Schüler und Azubis versichert?**
(gegenstandslos)
- 4. Kann ich meinen Versicherungsschutz anpassen, wenn neue Risiken hinzukommen?**
- 4.1** Wenn für Sie der Premium-Rechtsschutz (Ziffer 2.1) oder der Komfort-Rechtsschutz (Ziffer 2.2) besteht und ein neues Risiko hinzukommt, gilt: Sie können verlangen, dass wir Ihren Versicherungsschutz anpassen (Vorsorge-Rechtsschutz). Voraussetzung ist, dass das Risiko erstmalig neu hinzukommt. Es muss nach unserem Tarif versicherbar sein. Sie können verlangen, dass wir Ihren Versicherungsschutz rückwirkend anpassen. Er besteht dann ab Entstehung des Risikos. Die weiteren Einzelheiten bestimmen sich nach Ziffer 4.3.
- 4.2** Wenn für Sie der Studenten-, Schüler- oder Azubi-Rechtsschutz (Ziffer 3) besteht und Sie eine berufliche Tätigkeit aufnehmen, gilt: Sie können verlangen, dass wir Ihren Versicherungsschutz rückwirkend anpassen. Ihre berufliche Tätigkeit muss nach unserem Tarif versicherbar sein. Die weiteren Einzelheiten bestimmen sich nach Ziffer 4.3.
- 4.3** Ihr Versicherungsschutz besteht ohne Wartezeit, wenn Sie ihn rückwirkend anpassen lassen. Er umfasst auch vorbereitende Tätigkeiten, die dem neuen Risiko unmittelbar vorausgehen.
Sie müssen die rückwirkende Anpassung des Vertrages aber spätestens sechs Monate nach der Änderung Ihrer Lebenssituation verlangen. Später können Sie die Anpassung des Vertrages nur noch mit Wirkung für die Zukunft verlangen. Dies gilt nicht, wenn Sie die Verzögerung nicht verschuldet haben. Ihr Beitrag richtet sich nach dem zum Zeitpunkt der Anpassung gültigen Tarif.
- 5. Welche Leistungen bietet mein Versicherungsschutz?**
- 5.1 Premium-Rechtsschutz**
Für Sie bestehen die im Folgenden bezeichneten Leistungen. Sie erstrecken sich auf den Privat-, Berufs- und Verkehrs-Rechtsschutz, soweit er nach Ziffer 2.1 vereinbart ist. Der Immobilien-Rechtsschutz umfasst die Leistungen der Ziffern 5.1.3 und 5.1.5.
- 5.1.1 Schadensersatz-Rechtsschutz**
um Schadensersatzansprüche geltend zu machen. Diese dürfen nicht auch auf einer Vertragsverletzung oder einer Verletzung eines dinglichen Rechtes (ein gegen jedermann wirkendes Recht, z. B. das Eigentum) an Grundstücken, Gebäuden oder Gebäudeteilen beruhen. Ziffern 5.1.3 und 5.1.4 bleiben unberührt;
- 5.1.2 Arbeits-Rechtsschutz**
- 5.1.2.1** um rechtliche Interessen aus Arbeitsverhältnissen sowie aus öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnissen hinsichtlich dienst- und versorgungsrechtlicher Ansprüche wahrzunehmen;
- 5.1.2.2** um rechtliche Interessen aus Anstellungsverhältnissen gesetzlicher Vertreter juristischer Personen gerichtlich wahrzunehmen. Dies gilt bis zu einem Streitwert von 50.000 Euro. Liegt der Streitwert höher, besteht anteilig Versicherungsschutz; Kosten erstatten wir nach dem Verhältnis des versicherten Streitwertes zum Gesamtstreitwert. Ziffer 9.3.3 gilt insoweit also nicht.
- 5.1.2.3** Benötigen Sie juristische Hilfe, weil Ihr Arbeitgeber ein auf Sie lautendes Angebot zur einvernehmlichen Aufhebung des Arbeitsverhältnisses vorlegt, gilt: Wenn Sie keinen Anspruch auf Rechtsschutz gemäß Ziffer 7.1.4 haben, vermitteln wir einen Rechtsanwalt. Wir übernehmen die Vergütung dieses Rechtsanwaltes bis zu einer Höhe von 1.000 Euro. Dies gilt auch, wenn Sie juristische Hilfe benötigen, weil beantragt wurde, über das Vermögen Ihres Arbeitgebers ein Insolvenzverfahren zu eröffnen.
Wird diese Leistung in einem Kalenderjahr mehrmals in Anspruch genommen, übernehmen wir die Kosten des Rechtsanwaltes bis zu insgesamt 1.000 Euro;
- 5.1.3 Wohnungs- und Grundstücks-Rechtsschutz**
um rechtliche Interessen aus Miet- und Pachtverhältnissen, sonstigen Nutzungsverhältnissen und dingli-

chen Rechten (ein gegen jedermann wirkendes Recht, z. B. das Eigentum) im Immobilien-Rechtsschutz wahrzunehmen. Voraussetzung ist, dass sie Grundstücke, Gebäude oder Gebäudeteile zum Gegenstand haben;

5.1.4 Rechtsschutz im Vertrags- und Sachenrecht

5.1.4.1 um rechtliche Interessen aus privatrechtlichen Schuldverhältnissen und dinglichen Rechten (ein gegen jedermann wirkendes Recht, z. B. das Eigentum) wahrzunehmen. Dies gilt, soweit der Versicherungsschutz nicht in den Leistungen der Ziffern 5.1.1 bis 5.1.3 enthalten ist;

5.1.4.2 um – abweichend von Ziffer 9.3.6.2 – rechtliche Interessen aus den dort aufgeführten Kapitalanlagegeschäften wahrzunehmen. Der Anlagebetrag darf die Summe von 50.000 Euro aber nicht übersteigen. Für einen höheren Anlagebetrag besteht kein – auch nicht anteilig – Versicherungsschutz;

5.1.5 Steuer-Rechtsschutz

um rechtliche Interessen in steuer- und abgaberechtlichen Angelegenheiten wahrzunehmen. Dies gilt auch im Zusammenhang mit Erschließungs- und sonstigen Anliegerabgaben für versicherte selbst bewohnte Einheiten. Dieser Steuer-Rechtsschutz besteht vor deutschen Finanz- und Verwaltungsgerichten. Er besteht auch vor deutschen Finanz- und Verwaltungsbehörden, insbesondere im Einspruchsverfahren. Für versicherte selbstständige Tätigkeiten (Ziffer 2.1.1.1) besteht der Steuer-Rechtsschutz ausschließlich vor deutschen Finanz- und Verwaltungsgerichten. Für versicherte selbst bewohnte Einheiten im Ausland (Ziffer 12.1) besteht er auch dort;

5.1.6 Sozial-Rechtsschutz

um rechtliche Interessen vor deutschen Sozialgerichten wahrzunehmen. Er besteht bereits für vorgeschaltete Widerspruchsverfahren;

5.1.7 Verwaltungs-Rechtsschutz

um rechtliche Interessen bereits vor Verwaltungsbehörden wahrzunehmen. Er besteht auch vor Verwaltungsgerichten;

5.1.8 Disziplinar- und Standes-Rechtsschutz

um sich in Disziplinar- und Standesrechtsverfahren zu verteidigen;

5.1.9 Straf-Rechtsschutz

um sich gegen den Vorwurf

5.1.9.1 eines verkehrsrechtlichen Vergehens zu verteidigen. Wird rechtskräftig festgestellt, dass Sie das Vergehen vorsätzlich begangen haben, gilt: Sie haben sich gegen den Vorwurf eines vorsätzlichen Verhaltens verteidigt. Wir haben hierfür Kosten getragen. Diese müssen Sie uns erstatten;

5.1.9.2 eines sonstigen Vergehens zu verteidigen. Es muss die vorsätzliche und fahrlässige Begehung dieses Vergehens strafbar sein. Ihnen muss fahrlässiges Verhalten vorgeworfen werden. Wenn Ihnen vorsätzliches Verhalten vorgeworfen wird, gilt: Sie haben rückwirkend Versicherungsschutz. Dieser Versicherungsschutz be-

steht aber nicht, wenn rechtskräftig festgestellt wird, dass Sie vorsätzlich gehandelt haben.

Es besteht bei dem Vorwurf eines Verbrechens kein Versicherungsschutz. Es besteht auch kein Versicherungsschutz bei dem Vorwurf eines Vergehens, das nur vorsätzlich begangen werden kann (z. B. Diebstahl, Betrug). Dabei kommt es weder auf die Berechtigung des Vorwurfes noch auf den Ausgang des Strafverfahrens an. Wenn Ihnen Hausfriedensbruch (§ 123 StGB), Beleidigung (§ 185 StGB), Sachbeschädigung (§ 303 StGB) oder Steuerhinterziehung (§ 370 AO) vorgeworfen wird, gilt: Sie haben rückwirkend für das Ermittlungsverfahren Versicherungsschutz, wenn es nach § 153 Absatz 1 StPO oder § 170 Absatz 2 StPO eingestellt wird.

5.1.9.3 Abweichend von Ziffer 5.1.9.2 besteht für Sie der Spezial-Straf-Rechtsschutz. Sein Leistungsumfang ist in Ziffer 6.7 beschrieben. Er schützt Sie in Verfahren, in denen Ihnen ein Vergehen vorgeworfen wird. Bei diesem Vergehen müssen vorsätzliches und fahrlässiges Handeln strafbar sein. Wenn nur vorsätzliches Handeln strafbar ist, gilt: Der Spezial-Straf-Rechtsschutz besteht, soweit Sie selbst betroffen sind oder dem Rechtsschutz zustimmen. Es besteht aber keinesfalls Rechtsschutz bei dem Vorwurf eines Verbrechens.

Wird rechtskräftig festgestellt, dass Sie die Straftat vorsätzlich begangen haben, gilt: Sie haben sich gegen den Vorwurf eines vorsätzlichen Verhaltens verteidigt. Wir haben hierfür Kosten getragen. Diese müssen Sie uns erstatten.

Ihr Spezial-Straf-Rechtsschutz erstreckt sich nicht auf das Führen eines Motorfahrzeuges. Dies gilt jedoch nur, wenn Ihnen ausschließlich die Verletzung einer verkehrsrechtlichen Vorschrift des Straf- oder Ordnungswidrigkeitenrechtes vorgeworfen wird. Er besteht ebenfalls nicht für Ihre Verteidigung wegen des Vorwurfes einer Steuerstraftat. Dies gilt aber nur, wenn das Ermittlungsverfahren durch Ihre Selbstanzeige ausgelöst wird. Der Spezial-Straf-Rechtsschutz erstreckt sich auch nicht auf Ihre selbstständigen Tätigkeiten. Er erstreckt sich zudem nicht auf Ihre entgeltliche Tätigkeit als gesetzlicher Vertreter einer juristischen Person;

5.1.10 Ordnungswidrigkeiten-Rechtsschutz

um sich gegen den Vorwurf einer Ordnungswidrigkeit zu verteidigen;

5.1.11 Beratungs-Rechtsschutz im Familien-, Lebenspartnerschafts- und Erbrecht

für das erste Beratungsgespräch eines Rechtsanwaltes. Es muss sich um eine familien-, lebenspartnerschafts- oder erbrechtliche Angelegenheit handeln. Wenn die Beratung durch einen ausländischen Rechtsanwalt erfolgt, gilt: Wir übernehmen die Vergütung bis zur Höhe des Betrages, der entstehen würde, wenn diese nach dem Rechtsanwaltsvergütungsgesetz (RVG) ermittelt würde.

Versicherungsschutz besteht auch für eine anwaltliche Tätigkeit, die über das erste Beratungsgespräch hinausgeht; Kosten übernehmen wir bis zu 1.000 Euro;

- 5.1.12 Rechtsschutz für Opfer von Gewaltstraftaten um rechtliche Interessen als Opfer wahrzunehmen. Es muss sich um Straftaten handeln, die in § 395 Absatz 1 Ziffern 1 bis 5 StPO genannt sind. Rechtsschutz besteht
- für die Kosten der Nebenklage;
 - für die Vergütung eines Rechtsanwaltes als Beistand des Opfers. Der Beistand kann im Ermittlungs- und im Nebenklageverfahren erfolgen. Der Beistand kann auch den Antrag nach § 1 Gewaltschutzgesetz umfassen;
 - um rechtliche Interessen im Rahmen des sogenannten Täter-Opfer-Ausgleiches nach § 46 a Ziffer 1 StGB wahrzunehmen;
 - um Ansprüche nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) und dem Opferentschädigungsgesetz (OEG) geltend zu machen. Voraussetzung ist, dass die Gewaltstraftat einen dauerhaften Körperschaden zur Folge hat;
- 5.1.13 Rechtsschutz für Betreuungsverfahren um rechtliche Interessen in unmittelbarem Zusammenhang mit Betreuungsanordnungen nach §§ 1896 ff. BGB wahrzunehmen;
- 5.1.14 Beratungs-Rechtsschutz für Vorsorgeverfügungen
Wir vermitteln einen Rechtsanwalt oder Notar, wenn Sie bei der Erstellung einer Vorsorgevollmacht, Betreuungs- oder Patientenverfügung juristische Hilfe benötigen. Sie und die mitversicherten Personen können diese Leistung einmal während der Dauer des Vertrages in Anspruch nehmen. Wir tragen die Vergütung für sämtliche Beratungsleistungen des von uns vermittelten Rechtsanwaltes oder Notars insgesamt bis zu einer Höhe von 500 Euro. Ziffern 7.1 und 15.2 gelten nicht;
- 5.1.15 Erweiterte Telefonberatung
Die erweiterte Telefonberatung beinhaltet die vorsorgliche telefonische Erstberatung. Diese Leistung können Sie also ohne Eintritt eines Rechtsschutzfalles (Ziffer 7.1) in Anspruch nehmen. Die Ausschlüsse vom Versicherungsschutz (Ziffer 9) gelten nicht. Wir vermitteln die Anwaltskanzlei, die Sie telefonisch berät. Diese Leistung besteht bereits, sobald Ihnen der Versicherungsschein zugegangen ist. Voraussetzung hierfür ist aber, dass unser Vertrag für das betroffene Risiko ohne zeitliche Unterbrechung an den Vertrag eines Vorversicherers anschließt. Ziffer 15.2 gilt nicht;
- 5.1.16 Beratungs-Rechtsschutz zur Errichtung eines Testamentes
Wir vermitteln einen Rechtsanwalt oder Notar, wenn Sie bei der Errichtung eines Testamentes juristische Hilfe benötigen. Sie und die mitversicherten Personen können diese Leistung einmal während der Dauer des Vertrages in Anspruch nehmen. Wir tragen die Vergütung für sämtliche Beratungsleistungen des von uns vermittelten Rechtsanwaltes oder Notars insgesamt bis zu einer Höhe von 500 Euro. Ziffern 7.1 und 15.2 gelten nicht;
- 5.1.17 Dokumenten-Check
Der Dokumenten-Check erweitert die Leistungen der Ziffern 5.1.2 bis 5.1.4. Er beinhaltet die Prüfung eines Vertragsentwurfes. Voraussetzung ist, dass deutsches Recht anwendbar ist. Die Prüfung erfolgt durch einen von uns vermittelten Rechtsanwalt nach Übersendung des Vertragsentwurfes. Dieser Rechtsanwalt prüft, ob der Inhalt des Entwurfes zum Zeitpunkt der Prüfung mit geltendem Recht vereinbar ist. Den Dokumenten-Check können entweder Sie oder eine mitversicherte Person einmal je Kalenderjahr in Anspruch nehmen. Wir übernehmen die Vergütung des von uns vermittelten Rechtsanwaltes bis zu einer Höhe von jeweils 500 Euro. Ziffern 7.1 und 15.2 gelten nicht;
- 5.1.18 Beratungs-Rechtsschutz im Urheberrecht für das erste Beratungsgespräch eines Rechtsanwaltes. Voraussetzung ist, dass Sie bei der privaten Nutzung des Internets das Urheberrecht verletzt haben sollen. Dieser Vorwurf kann z. B. in Form einer Abmahnung erfolgen. Versicherungsschutz besteht auch für eine anwaltliche Tätigkeit, die über das erste Beratungsgespräch hinausgeht. Wir übernehmen hierfür Kosten bis zu 1.000 Euro. Diesen Beratungs-Rechtsschutz können entweder Sie oder eine mitversicherte Person wegen einer behaupteten Urheberrechtsverletzung je Kalenderjahr in Anspruch nehmen. Ziffer 9.3.4 gilt insoweit nicht;
- 5.1.19 Mediations-Rechtsschutz
Mediation eröffnet Ihnen die Möglichkeit der freiwilligen, außergerichtlichen Streitbeilegung. Mit Hilfe der Moderation einer neutralen Person (Mediator), die wir vermitteln, erarbeiten die Parteien eigenverantwortlich eine Problemlösung. Wir übernehmen gemäß Ziffer 6.1.3 die Vergütung des von uns vermittelten Mediators. Voraussetzung ist, dass das Mediationsverfahren in Deutschland durchgeführt wird. Der Mediations-Rechtsschutz erweitert die Leistungen der Ziffer 5.1 entsprechend. Die Ausschlüsse vom Versicherungsschutz (Ziffer 9) gelten nicht;
- 5.1.20 Reise-Dokumentenservice
- Dokumentendepot
Wir bewahren auf Wunsch Kopien von Ihren wichtigen Unterlagen und Dokumenten sicher auf. So können Sie im Notfall schnell Ersatz beschaffen. Sie müssen uns die Kopien aber rechtzeitig (mindestens 14 Tage) vor Ihrer Reise zusenden.
 - Service bei Verlust von Dokumenten im Ausland
Wir helfen Ihnen, wenn Sie während einer Auslandsreise ein Dokument verlieren, das Sie für die Reise benötigen: Wir nennen Ihnen bei Bedarf Botschaften oder Konsulate. Wir übernehmen die anfallenden Gebühren für im Ausland erstellte Ersatzdokumente. Reise ist jede Abwesenheit vom ständigen Wohnsitz bis zu der nach Ziffer 12.2 vereinbarten Höchstdauer.
- 5.2 **Komfort-Rechtsschutz** (gegenstandslos)
- 5.3 **Studenten-, Schüler-, Azubi-Rechtsschutz** (gegenstandslos)
6. **Welchen Umfang haben die Leistungen?**
- 6.1 Wir übernehmen

- 6.1.1 bei Eintritt des Rechtsschutzfalles im Inland die Vergütung eines für Sie tätigen Rechtsanwaltes. Wir tragen diese Vergütung bis zur Höhe der gesetzlichen Vergütung eines am Ort des zuständigen Gerichtes ansässigen Rechtsanwaltes. Wir tragen zudem die Fahrtkosten Ihres Rechtsanwaltes zu Ihnen bis zu einer Entfernung von 50 km (Mobiler Anwalt). Voraussetzung ist, dass Sie Ihren Rechtsanwalt wegen Erkrankung oder Unfall nicht aufsuchen können. Diese Fahrtkosten tragen wir einschließlich Tage- und Abwesenheitsgeld bis zur Höhe der Sätze, die für Geschäftsreisen deutscher Rechtsanwälte gelten. Wohnen Sie mehr als 100 km Luftlinie vom zuständigen Gericht entfernt und nehmen Sie vor diesem Gericht Ihre Interessen wahr, gilt: Wir tragen entweder weitere Kosten für einen in Ihrem Landgerichtsbezirk ansässigen Rechtsanwalt oder Reisekosten Ihres Anwaltes zum Ort des zuständigen Gerichtes. Diese weiteren Kosten tragen wir bis zur Höhe der gesetzlichen Vergütung eines Rechtsanwaltes, der nur den Schriftverkehr mit Ihrem Anwalt am Ort des zuständigen Gerichtes führt. Im Disziplinar- und Standes-Rechtsschutz tragen wir diese weiteren Kosten nicht. Im Straf- und Ordnungswidrigkeiten-Rechtsschutz sowie im Rechtsschutz für Opfer von Gewaltstraftaten tragen wir diese weiteren Kosten ebenfalls nicht. Im Premium-Rechtsschutz gilt zu diesen Leistungen aber: Wir tragen auch die Kosten für notwendige Reisen Ihres Rechtsanwaltes zum zuständigen Gericht oder zur zuständigen Behörde. Wir übernehmen diese Kosten bis zur Höhe der Sätze, die für Geschäftsreisen deutscher Rechtsanwälte gelten. Dies gilt auch, wenn der Rechtsanwalt für die in Ziffern 8.2.1 bis 8.2.4 genannten Personen tätig ist.
Wenn Ihr Rechtsanwalt eine Gebühr für eine Beratung berechnet, tragen wir die gesetzliche Vergütung bis zu einer Höhe von 250 Euro. Dies gilt auch für den Beratungs-Rechtsschutz im Familien-, Lebenspartnerschafts- und Erbrecht. Die gesetzlichen Bestimmungen über die Anrechnung der Gebühr bleiben unberührt;
- 6.1.2 bei Eintritt eines Rechtsschutzfalles im Ausland die Vergütung eines für Sie tätigen Rechtsanwaltes. Voraussetzung ist, dass dieser Rechtsanwalt am Ort des zuständigen Gerichtes ansässig oder im Inland zugelassen ist. Wenn er im Inland zugelassen ist, gilt: Wir tragen die Vergütung bis zur Höhe der gesetzlichen Vergütung, die entstanden wäre, wenn das Gericht, an dessen Ort Ihr Rechtsanwalt ansässig ist, zuständig wäre. Wir tragen zudem die Fahrtkosten Ihres Rechtsanwaltes zu Ihnen bis zu einer Entfernung von 50 km (Mobiler Anwalt). Voraussetzung ist, dass Sie Ihren Rechtsanwalt wegen Erkrankung oder Unfall nicht aufsuchen können. Diese Fahrtkosten tragen wir einschließlich Tage- und Abwesenheitsgeld bis zur Höhe der Sätze, die für Geschäftsreisen deutscher Rechtsanwälte gelten. Wohnen Sie mehr als 100 km Luftlinie vom zuständigen Gericht entfernt und ist ein ausländischer Rechtsanwalt für Sie tätig, gilt: Wir tragen weitere Kosten für einen in Ihrem Landgerichtsbezirk ansässigen Rechtsanwalt. Wir tragen diese weiteren Kosten bis zur Höhe der gesetzlichen Vergütung eines Rechtsanwaltes, der lediglich den Verkehr mit dem ausländischen Rechtsanwalt führt. Ist der Rechtsschutzfall durch einen Kraftfahrzeugunfall im europäischen Ausland eingetreten, gilt: Wir tragen auch eine entstandene Geschäftsgebühr des inländischen Rechtsanwaltes. Voraussetzung ist, dass eine Rechtsverfolgung im Ausland notwendig wurde. Eine Regulierung vor dem Regulierungsbeauftragten bzw. vor der Einigungsstelle im Inland muss also ergebnislos geblieben sein;
- 6.1.3 Ihren Anteil der Vergütung des von uns vermittelten Mediators bis zu einer Höhe von 2.000 Euro je Mediationsverfahren. Wir übernehmen jedoch nicht mehr als 4.000 Euro für alle in einem Kalenderjahr eingeleiteten Mediationsverfahren;
- 6.1.4 die Gerichtskosten. Dies gilt einschließlich der Entschädigung für Zeugen und Sachverständige, die vom Gericht herangezogen werden. Wir übernehmen zudem die Kosten des Gerichtsvollziehers;
- 6.1.5 die Gebühren eines Schieds- oder Schlichtungsverfahrens. Wir übernehmen diese Gebühren bis zur Höhe der Gebühren, die im Falle der Anrufung eines zuständigen staatlichen Gerichtes erster Instanz entstehen;
- 6.1.6 die Kosten in Verfahren vor Verwaltungsbehörden. Dies gilt einschließlich der Entschädigung für Zeugen und Sachverständige, die von der Verwaltungsbehörde herangezogen werden. Wir übernehmen zudem die Kosten der Vollstreckung im Verwaltungswege;
- 6.1.7 die übliche Vergütung
- 6.1.7.1 eines Sachverständigen. Dieser Sachverständige muss über die erforderliche technische Sachkunde verfügen. Als technisch sachkundig gelten Sachverständige, die von einer staatlichen oder staatlich anerkannten Stelle bestellt oder von einer nach den jeweils gültigen DIN/ISO-Normen zugelassenen Stelle zertifiziert worden sind. Dies gilt, wenn Sie
- sich in verkehrsrechtlichen Straf- und Ordnungswidrigkeitenverfahren verteidigen;
 - Ihre rechtlichen Interessen aus Kauf- und Reparaturverträgen über Motorfahrzeuge zu Lande und Anhänger wahrnehmen;
- 6.1.7.2 eines im Ausland ansässigen Sachverständigen. Dies gilt, wenn Sie Ersatzansprüche wegen der im Ausland eingetretenen Beschädigung eines Motorfahrzeuges zu Lande oder Anhängers geltend machen;
- 6.1.8 die Kosten Ihrer Reisen zu einem ausländischen Gericht. Voraussetzung ist, dass Ihr Erscheinen als Beschuldigter oder Partei vorgeschrieben ist. Ihr Erscheinen muss zur Vermeidung von Rechtsnachteilen erforderlich sein. Wir übernehmen diese Kosten bis zur Höhe der Sätze, die für Geschäftsreisen deutscher Rechtsanwälte gelten;
- 6.1.9 die Kosten, die Ihrem Gegner entstanden sind, um seine rechtlichen Interessen wahrzunehmen. Voraussetzung ist, dass Sie diese erstatten müssen.

- 6.2 Sie können die Übernahme der von uns zu tragenden Kosten verlangen, sobald Sie nachweisen, dass Sie zu deren Zahlung verpflichtet sind. Gleiches gilt, sobald Sie nachweisen, dass Sie diese Verpflichtung bereits erfüllt haben.
Kosten, die Sie in fremder Währung aufgewandt haben, erstatten wir in Euro. Grundlage ist der Wechselkurs des Tages, an dem Sie diese Kosten gezahlt haben.
- 6.3 Wir übernehmen nicht
- 6.3.1 Kosten, die Sie ohne Rechtspflicht übernommen haben;
- 6.3.2 Kosten, die im Zusammenhang mit einer gütlichen Einigung (Vergleich) entstanden sind. Wir übernehmen diese Kosten aber, wenn sie dem Verhältnis zwischen dem von Ihnen angestrebten Ergebnis und dem tatsächlich erreichten Ergebnis entsprechen. Dabei ist ausschließlich das wirtschaftliche Ergebnis maßgeblich; andere Überlegungen, wie z. B. die Vermeidung einer Beweisaufnahme oder das Prozesskostenrisiko, sind nicht zu berücksichtigen. Wenn eine hiervon abweichende Kostenverteilung gesetzlich vorgeschrieben ist, tragen wir auch diese Kosten;
- 6.3.3 Ihre im Versicherungsschein vereinbarte Selbstbeteiligung je Rechtsschutzfall.
Wir übernehmen Ihre Selbstbeteiligung aber, wenn der Rechtsschutzfall mit einer Erstberatung erledigt ist oder ein Fall der erweiterten Telefonberatung vorliegt. Wir übernehmen Ihre Selbstbeteiligung auch, soweit Sie den Beratungs-Rechtsschutz für Vorsorgeverfügungen/Testamente, den Dokumenten-Check oder den Mediations-Rechtsschutz in Anspruch nehmen.
Ihre Selbstbeteiligung kann ganz oder teilweise entfallen. Voraussetzung ist, dass die Höhe der Selbstbeteiligung nicht prozentual vereinbart ist und 1.000 Euro je Rechtsschutzfall nicht übersteigt. Dann gilt: Die Selbstbeteiligung entfällt, sobald der Vertrag fünf Jahre schadenfrei ist. Sie fällt lediglich hälftig an, sobald der Vertrag drei Jahre schadenfrei ist.
Bei der Berechnung dieses Zeitraums berücksichtigen wir zu Ihren Gunsten
- die Schadenfreiheit eines Vorvertrages, den Sie bei uns hatten;
 - die leistungsfreien Jahre aus einem unmittelbar vorangehenden Vorvertrag bei einem anderen Versicherer außerhalb der ERGO. Für die Anrechnung des leistungsfreien Zeitraums gilt: Bestand der Vorvertrag mindestens drei Jahre und haben Sie in den letzten drei Jahren dort keine Leistungen in Anspruch genommen, berücksichtigen wir ab Beginn Ihres Vertrages bei uns drei leistungsfreie Jahre. Bestand der Vorvertrag mindestens fünf Jahre und haben Sie in den letzten fünf Jahren dort keine Leistungen in Anspruch genommen, berücksichtigen wir ab Beginn Ihres Vertrages bei uns fünf leistungsfreie Jahre. Für den Beginn des leistungsfreien Zeitraums beim Vorvertrag gilt: Maßgeblich ist der Zeitpunkt, an dem Sie zum letzten Mal eine Leistung vom Vorversicherer erhalten haben.
Die Leistungsfreiheit beginnt frühestens mit dem Beginn-Datum der Rechtsschutzversicherung beim Vorversicherer bzw. ab Inanspruchnahme der letzten Leistung beim Vorversicherer.
Dies gilt aber nur für den schadenfreien bzw. leistungsfreien Zeitraum des Vorvertrages, der diesem Vertrag unmittelbar vorausgeht.
Der Vertrag bei uns ist schadenfrei, bis Sie Rechtsschutz beanspruchen, den wir bestätigen. Die Schadenfreiheit endet auch, wenn wir zu Ihren Gunsten Kosten, Gebühren oder Auslagen tragen. Die Schadenfreiheit bleibt jedoch bestehen, wenn Sie ausschließlich die telefonische Erstberatung in Anspruch nehmen. Sie bleibt auch bestehen, wenn Sie einen von uns empfohlenen Rechtsanwalt beauftragen. Die Schadenfreiheit bleibt zudem bestehen, wenn ein Fall der erweiterten Telefonberatung oder des Beratungs-Rechtsschutzes für Vorsorgeverfügungen/Testamente vorliegt. Sie bleibt auch bestehen, wenn Sie den Dokumenten-Check oder den Mediations-Rechtsschutz in Anspruch nehmen. Ziffer 15.2 bleibt unberührt.
In dem Rechtsschutzfall, der die Schadenfreiheit beendet, tragen Sie keine bzw. lediglich die hälftige Selbstbeteiligung. Für weitere Rechtsschutzfälle fällt die Selbstbeteiligung aber in voller Höhe an, es sei denn, es ist im Anschluss an den Schadensfall, der die Schadenfreiheit beendete, ein neuer schadenfreier Zeitraum von drei oder fünf Jahren unter den genannten Bedingungen entstanden.
- 6.3.4 Kosten, die aufgrund der vierten oder jeder weiteren Zwangsvollstreckungsmaßnahme je Vollstreckungstitel (z. B. Urteil, Vollstreckungsbescheid) entstehen;
- 6.3.5 Kosten aufgrund von Zwangsvollstreckungsmaßnahmen, die später als fünf Jahre nach Rechtskraft des Vollstreckungstitels (z. B. Urteil, Vollstreckungsbescheid) eingeleitet werden;
- 6.3.6 Kosten für Strafvollstreckungsverfahren jeder Art nach Rechtskraft einer Geldstrafe oder -buße unter 250 Euro;
- 6.3.7 Kosten, zu deren Übernahme ein anderer verpflichtet wäre, wenn unser Rechtsschutzversicherungsvertrag nicht bestünde;
- 6.3.8 Kosten, die im Rahmen von Zwangsvollstreckungsmaßnahmen bei gewerblich genutzten Grundstücken, Gebäuden oder Gebäudeteilen entstehen. Dies gilt für Kosten, die für eine erforderliche umweltbedingte Beseitigung und Entsorgung von Schadstoffen und Abfällen entstehen;
- 6.3.9 Kosten, die bei Teileintrittspflicht auf den nicht gedeckten Teil entfallen. Treffen Ansprüche zusammen, für die teils Versicherungsschutz besteht, teils nicht, gilt: Wir tragen nur den Teil der angefallenen Kosten, der dem Verhältnis des Wertes des gedeckten Teiles zum Gesamtstreitwert (Quote) entspricht. Im Straf- und Ordnungswidrigkeiten-Rechtsschutz richtet sich unser

- Kostenanteil nach Gewichtung und Bedeutung der einzelnen Vorwürfe im Gesamtzusammenhang. Dies gilt auch im Disziplinar- und Standes-Rechtsschutz.
- 6.4 Wir zahlen in jedem Rechtsschutzfall höchstens die jeweils vereinbarte Versicherungssumme. Zahlungen für Sie und mitversicherte Personen aufgrund desselben Rechtsschutzfalles werden hierbei zusammengerechnet. Dies gilt auch für Zahlungen aufgrund mehrerer Rechtsschutzfälle, die zeitlich und ursächlich zusammenhängen.
- 6.5 Wir sorgen für
- 6.5.1 die Übersetzung der schriftlichen Unterlagen, die Sie benötigen, um im Ausland Ihre rechtlichen Interessen wahrzunehmen. Wir tragen auch die Kosten der Übersetzung.
Im Premium-Rechtsschutz gilt: Wir unterstützen Sie im Straf- und Ordnungswidrigkeiten-Rechtsschutz bei der Auswahl und Beauftragung eines Dolmetschers. Wir tragen zudem die Kosten des Dolmetschers. Voraussetzung ist aber, dass Sie im Ausland verhaftet oder dort mit Haft bedroht werden. Bei Bedarf schalten wir die Botschaft oder das Konsulat ein. Auf Wunsch benachrichtigen wir Ihre Angehörigen. Diese Leistungen können auch die in Ziffern 8.2.1 bis 8.2.4 genannten Personen in Anspruch nehmen;
- 6.5.2 die Zahlung eines zinslosen Darlehens für eine Kautions. Voraussetzung ist, dass diese Kautions notwendig ist, um Sie einstweilen von Strafverfolgungsmaßnahmen zu verschonen. Wir zahlen dieses Darlehen bis zu der in unserem Vertrag vereinbarten Höhe;
- 6.5.3 Ihre schriftlichen Eigenauskünfte als Miet- oder Pachtinteressent bei einer geeigneten Auskunft. Voraussetzung ist, dass der Immobilien-Rechtsschutz vereinbart ist. Ziffer 15.2 gilt nicht. Diese Leistung besteht nicht für mitversicherte Personen.
- 6.6 Alle Bestimmungen, die den Rechtsanwalt betreffen, gelten entsprechend
- 6.6.1 in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit für Notare. Im Beratungs-Rechtsschutz im Familien-, Lebenspartnerschafts- und Erbrecht sowie für Vorsorgeverfügungen gelten Sie ebenfalls für Notare entsprechend;
- 6.6.2 im Steuer-Rechtsschutz für Angehörige der steuerberatenden Berufe;
- 6.6.3 für im Ausland ansässige rechts- und sachkundige Bevollmächtigte, wenn Sie dort Ihre rechtlichen Interessen wahrnehmen.
- 6.7 Besteht der Spezial-Straf-Rechtsschutz (Ziffer 5.1.9.3), tragen wir im Disziplinar- und Standes-Rechtsschutz und im Straf- und Ordnungswidrigkeiten-Rechtsschutz
- 6.7.1 Verfahrenskosten einschließlich Strafvollstreckungsverfahren, die Ihnen auferlegt werden. In Verfahren außerhalb Europas tragen wir die Kosten bis zu dem Betrag, der entstände, wenn die Verfahren in Deutschland stattfänden;
- 6.7.2 Rechtsanwaltskosten
- die Ihnen bzw. Ihrem Lebenspartner (Ziffer 8.2.1) entstanden sind. Wir tragen die angemessene Vergütung sowie die üblichen Auslagen Ihres Rechtsanwaltes für
 - Ihre Verteidigung einschließlich der Strafvollstreckungsverfahren;
 - die Beistandsleistung in Straf- und Ordnungswidrigkeitenverfahren. Voraussetzung ist, dass Sie als Zeuge vernommen werden und die Gefahr einer Selbstbelastung annehmen müssen (Zeugenbeistand);
 - die Tätigkeit in Verwaltungsverfahren. Voraussetzung ist, dass sie Ihre Verteidigung in eingeleiteten und versicherten Straf- und Ordnungswidrigkeitenverfahren unterstützen soll.
Wir prüfen, ob Ihre Vergütungsvereinbarung mit Ihrem Rechtsanwalt angemessen ist. Maßstab ist § 4 Absatz 3 Rechtsanwaltsvergütungsgesetz (RVG). Danach können wir eine vereinbarte Vergütung auf den angemessenen Betrag herabsetzen, wenn sie unter Berücksichtigung aller Umstände unangemessen hoch ist;
 - der weiteren mitversicherten Personen (Ziffer 8.2). Wir tragen die gesetzliche Vergütung des Rechtsanwaltes für die Verteidigung einschließlich Strafvollstreckungsverfahren gemäß RVG;
- 6.7.3 Reisekosten des Rechtsanwaltes für notwendige Reisen zum zuständigen Gericht. Dies gilt auch für notwendige Reisen zu Behörden, die für versicherte Verfahren zuständig sind. Wir tragen die Kosten bis zur Höhe der Sätze, die für Geschäftsreisen deutscher Rechtsanwälte gelten;
- 6.7.4 Sachverständigenkosten für Gutachten, die für die Verteidigung in Straf- und Ordnungswidrigkeitenverfahren erforderlich sind. Wir tragen die angemessenen Kosten;
- 6.7.5 Nebenklagekosten des für den gegnerischen Nebenkläger tätigen Rechtsanwaltes. Voraussetzung ist, dass durch deren Übernahme eine Einstellung des Strafverfahrens erreicht wurde, obwohl ein hinreichender Tatverdacht fortbestand. Wir tragen die gesetzliche Vergütung;
- 6.7.6 weitere Reisekosten für Ihre Reisen zum zuständigen ausländischen Gericht. Voraussetzung ist, dass Ihr Erscheinen als Beschuldigter angeordnet ist. Wir tragen die Kosten bis zur Höhe der Sätze, die für Geschäftsreisen deutscher Rechtsanwälte gelten.
- 6.7.7 Wir unterstützen Sie bei der Auswahl und Beauftragung eines Dolmetschers. Wir tragen zudem die Kosten des Dolmetschers. Voraussetzung ist aber, dass Sie im Ausland verhaftet oder dort mit Haft bedroht werden.
- 6.7.8 Wenn wir eine Kautions an eine beschuldigte mitversicherte Person gezahlt haben, gilt: Sie sind ebenfalls zur Rückzahlung verpflichtet. Voraussetzung ist aber, dass Sie mit der Kautionszahlung einverstanden waren.

7. Was sind die Voraussetzungen für meinen Anspruch auf Rechtsschutz?

- 7.1 Anspruch auf Rechtsschutz besteht für Sie nach Eintritt eines Rechtsschutzfalles. Der Rechtsschutzfall ist
- 7.1.1 im Schadensersatz-Rechtsschutz das Schadenereignis, das dem Anspruch zugrunde liegt;
- 7.1.2 im Beratungs-Rechtsschutz für Familien-, Lebenspartnerschafts- und Erbrecht das Ereignis, das Ihre Rechtslage ändert.
- 7.1.3 Besteht der Spezial-Straf-Rechtsschutz (Ziffer 5.1.9.3) ist der Rechtsschutzfall
- für Straf- und Ordnungswidrigkeitenverfahren die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gegen Sie. Ein Ermittlungsverfahren ist eingeleitet, wenn es bei der zuständigen Behörde als solches verfügt ist;
 - für disziplinar- und standesrechtliche Verfahren die Einleitung eines disziplinar- oder standesrechtlichen Verfahrens gegen Sie;
 - für den Zeugenbeistand die Aufforderung an Sie zur Zeugenaussage.
- 7.1.4 In allen anderen Fällen ist der Rechtsschutzfall der (behauptete) Verstoß gegen Rechtspflichten oder Rechtsvorschriften.
- 7.2 Der Rechtsschutzfall muss nach Beginn Ihres Versicherungsschutzes gemäß Ziffer 13 und vor dessen Beendigung eingetreten sein. Für bestimmte Leistungen besteht Versicherungsschutz erst nach einer Wartezeit. Diese Wartezeit läuft drei Monate nach Versicherungsbeginn ab. Sie besteht für folgende Leistungen: Rechtsschutz im Vertrags- und Sachenrecht; Rechtsschutz für Betreuungsverfahren; Arbeits-, Verwaltungs- sowie Wohnungs- und Grundstücks-Rechtsschutz. Diese Wartezeit besteht aber nicht, soweit Sie Ihre rechtlichen Interessen aufgrund eines Kauf- oder Leasingvertrages über ein fabrikneues Kraftfahrzeug wahrnehmen.
- 7.3 Ist ein Rechtsschutzfall vor Beginn des Versicherungsschutzes gemäß Ziffer 13 oder während der Wartezeit (Ziffer 7.2) eingetreten, gilt: Es besteht dennoch Rechtsschutz, wenn das betroffene Risiko seit mindestens fünf Jahren ununterbrochen bei uns versichert ist. Maßgebend für diese Frist ist der Zeitpunkt, an dem Sie Kenntnis vom Eintritt des Rechtsschutzfalles erlangt haben. Ihr Versicherungsschutz richtet sich nach dem Rechtsschutzvertrag, der zu dem Zeitpunkt gültig war, an dem Sie Kenntnis vom Eintritt des Rechtsschutzfalles erlangt haben.
- 7.4 Differenzdeckung
Wenn Sie den Premium-Rechtsschutz beantragt haben, gilt: Es besteht bereits ab dem auf Ihren Antrag folgenden Tag die Differenzdeckung (Sofortschutz für die Mehrleistungen im Vergleich zu einem bestehenden Vorvertrag). Eine Wartezeit besteht nicht. Die Differenzdeckung setzt voraus, dass
- Ihr Antrag auf den Premium-Rechtsschutz von uns angenommen und von Ihnen nicht widerrufen wird;
 - der Vertrag über den Premium-Rechtsschutz zustande kommt. Er darf auch nicht mit Wirkung vor dem

im Versicherungsschein genannten Beginn wieder beendet werden;

- Sie bereits bei einem anderen Versicherungsunternehmen (Vorversicherer) eine Rechtsschutzversicherung unterhalten, wenn Sie den Premium-Rechtsschutz beantragen. Diese Vorversicherung muss mindestens den Privat-, Berufs- und Verkehrs-Rechtsschutz umfassen, sofern er jeweils auch Inhalt Ihres Premium-Rechtsschutzes ist. Der Verkehrs-Rechtsschutz Ihres Vorversicherers muss sich auf alle Motorfahrzeuge zu Lande erstrecken.
- Der Umfang der Differenzdeckung bestimmt sich nach den Bedingungen, die Ihrem Premium-Rechtsschutz zugrunde liegen. Sie erstreckt sich ausschließlich auf die Leistungen des Premium-Rechtsschutzes, die über die Leistungen Ihrer Vorversicherung hinausgehen. Maßgeblich ist der Zeitpunkt, an dem Sie den Premium-Rechtsschutz beantragen. Eine nachträgliche Verringerung der Vorversicherung erhöht nicht den Umfang der Differenzdeckung. Dies gilt auch, wenn Ihre Vorversicherung wegfällt. Wir erstatten keine Selbstbeteiligung bei Ihrem Vorversicherer.
- Die Differenzdeckung besteht nicht
- für Rechtsschutzfälle, die vor Ihrem Antrag auf den Premium-Rechtsschutz eingetreten sind;
 - für Streitigkeiten aus Ihrem Vertrag mit dem Vorversicherer oder das für diesen tätige Schadenabwicklungsunternehmen;
 - soweit Ihr Vorversicherer wegen Verletzung einer Obliegenheit (Mitwirkungspflicht) nicht eintrittspflichtig ist. Dies gilt auch, wenn er wegen Verzuges mit der Beitragszahlung nicht leisten muss.
- Die Differenzdeckung endet mit Beginn Ihres Premium-Rechtsschutzes.
- 7.5 Erstreckt sich der Rechtsschutzfall über einen Zeitraum, ist dessen Beginn maßgeblich. Wenn Sie Ihre rechtlichen Interessen wahrnehmen und hierfür mehrere Rechtsschutzfälle ursächlich sind, ist der erste Rechtsschutzfall entscheidend. Hierzu gilt: Jeder Rechtsschutzfall, der länger als ein Jahr vor Beginn des Versicherungsschutzes für den betroffenen Gegenstand der Versicherung eingetreten ist, bleibt außer Betracht. Soweit sich der Rechtsschutzfall über einen Zeitraum erstreckt, bleibt er außer Betracht, wenn er länger als ein Jahr vor Beginn des Versicherungsschutzes für den betroffenen Gegenstand der Versicherung beendet ist.
- 7.6 Sie haben keinen Rechtsschutz, wenn
- 7.6.1 eine Willenserklärung oder Rechtshandlung vor Beginn des Versicherungsschutzes den Verstoß nach Ziffer 7.1.4 ausgelöst hat;
- 7.6.2 Sie Ihren Anspruch auf Rechtsschutz erstmals später als drei Jahre nach Beendigung des Versicherungsschutzes für den betroffenen Gegenstand der Versicherung geltend machen.
- 7.7 Sie haben keinen Steuer-Rechtsschutz, wenn die Voraussetzungen für die Festsetzung Ihrer Steuern oder Abgaben vor Versicherungsbeginn liegen.

- 7.8 Abweichend von Ziffern 7.6 und 7.7 haben Sie Anspruch auf Rechtsschutz, wenn
- 7.8.1 eine Willenserklärung oder Rechtshandlung vor Beginn des Versicherungsschutzes in die Vertragslaufzeit Ihres Vorversicherers fällt. Der Verstoß gemäß Ziffer 7.1.4 darf erst während der Laufzeit unseres Versicherungsvertrages eintreten. Ihr Anspruch auf Rechtsschutz besteht allerdings nur dann, wenn bezüglich des betroffenen Risikos ohne zeitliche Unterbrechung Versicherungsschutz besteht;
- 7.8.2 der Versicherungsfall in die Vertragslaufzeit Ihres Vorversicherers fällt. Voraussetzung ist, dass Sie Ihren Anspruch auf Rechtsschutz später als drei Jahre nach Ende der Vertragslaufzeit Ihres Vorversicherers uns gegenüber geltend machen. Sie haben allerdings nur dann Anspruch auf Rechtsschutz, wenn Sie die Meldung bei Ihrem Vorversicherer nicht vorsätzlich oder grob fahrlässig versäumt haben. Voraussetzung ist zudem, dass bezüglich des betroffenen Risikos ohne zeitliche Unterbrechung Versicherungsschutz besteht;
- 7.8.3 die Voraussetzungen für die Festsetzung Ihrer Steuern oder Abgaben während der Vertragslaufzeit Ihres Vorversicherers eingetreten sind oder eingetreten sein sollen. Der Verstoß gemäß Ziffer 7.1.4 darf erst während der Laufzeit unseres Versicherungsvertrages eintreten. Sie haben allerdings nur dann Anspruch auf Rechtsschutz, wenn bezüglich des betroffenen Risikos ohne zeitliche Unterbrechung Versicherungsschutz besteht.
- 7.9 Rechtsschutz nach Ziffer 7.8 besteht in dem Umfang, der zum Zeitpunkt des Eintrittes des Rechtsschutzfalles bestanden hat. Dieser Rechtsschutz besteht höchstens jedoch im Umfang unserer Vereinbarungen.
- 8. Welche Rechtsstellung haben mitversicherte Personen? Wer ist mitversichert?**
- 8.1 Für mitversicherte Personen gelten die Sie betreffenden Bestimmungen sinngemäß. Sie können jedoch widersprechen, wenn eine andere mitversicherte Person als Ihr ehelicher bzw. eingetragener Lebenspartner Rechtsschutz verlangt.
Für die im Folgenden bezeichneten Personen, mit Ausnahme Ihres Lebenspartners, gilt: Sobald eine dieser Personen aus gewerblichen, freiberuflichen oder sonstigen selbstständigen Tätigkeiten einen Umsatz von insgesamt mehr als 17.500 Euro im Kalenderjahr erläßt, endet ihr Versicherungsschutz aus den vorgeannten selbstständigen Tätigkeiten.
- 8.2 Mitversichert sind im Premium-Rechtsschutz Familie (Ziffer 2.1)
- 8.2.1 Ihr Lebenspartner, also entweder
- Ihr Ehepartner;
 - Ihr eingetragener Lebenspartner oder
 - Ihr nichtehelicher bzw. nichteingetragener Lebenspartner. Voraussetzung ist, dass er mit Ihnen in häuslicher Gemeinschaft lebt. Er muss dort mit Erst-
- wohnsitz gemeldet oder im Versicherungsschein benannt sein;
- 8.2.2 die minderjährigen Kinder;
- 8.2.3 die unverheirateten bzw. nicht in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft lebenden, volljährigen Kinder. Dies gilt jedoch maximal so lange, bis sie erstmalig eine auf Dauer angelegte berufliche Tätigkeit mit leistungsbezogener Vergütung ausüben. Die Mitversicherung endet auch, wenn sie eine auf Dauer angelegte selbstständige Tätigkeit aufnehmen;
- 8.2.4 Ihre Verwandten sowie die Ihres Lebenspartners. Mitversichert sind auch die Lebenspartner dieser Verwandten. Voraussetzung ist aber stets, dass diese Personen mit Ihnen in häuslicher Gemeinschaft leben. Sie müssen zudem bei Ihnen mit ihrem Erstwohnsitz gemeldet sein. Diese Voraussetzungen gelten auch für die Mitversicherung der volljährigen Kinder, sofern sie nicht bereits nach Ziffer 8.2.3 mitversichert sind;
- 8.2.5 im Verkehrs-Rechtsschutz folgende Personen: Berechtigte Fahrer aller Motorfahrzeuge. Sie müssen aber bei Abschluss oder während des Vertrages auf Sie oder die in Ziffern 8.2.1 bis 8.2.4 genannten Personen zugelassen sein. Es reicht auch aus, dass sie auf Ihren Namen oder den einer der genannten Personen mit einem Versicherungskennzeichen versehen sind. Das Motorfahrzeug kann auch ein Selbstfahrer-Vermietfahrzeug sein. Sie oder eine der genannten Personen dürfen es aber nur zum vorübergehenden Gebrauch gemietet haben. Mitversichert sind auch die berechtigten Insassen sämtlicher vorgenannter Fahrzeuge;
- 8.2.6 natürliche Personen, die aufgrund Ihrer Verletzung oder Tötung gesetzliche Ansprüche haben. Dies gilt auch, wenn eine mitversicherte Person verletzt oder getötet wird.
- 8.2.7 Wenn eine versicherte Person durch eine in § 395 Absatz 1 Ziffern 1 bis 5 StPO genannte Straftat getötet worden ist, gilt: Der eheliche bzw. eingetragene Lebenspartner der getöteten Person ist als Nebenkläger mitversichert. Stattdessen kann aber auch eine andere Person aus dem Kreis der Eltern, Kinder und Geschwister der getöteten Person die rechtlichen Interessen als Nebenkläger wahrnehmen.
- 8.3 (gegenstandslos)
- 8.4 Im Premium- und Komfort-Rechtsschutz Single (Ziffer 2.3) sind die in Ziffern 8.3.2 bis 8.3.6 genannten Personen mitversichert.
- 8.5 (gegenstandslos)
- 9. Was ist vom Versicherungsschutz ausgeschlossen?**
- 9.1 Rechtsschutz besteht nicht, wenn Sie Ihre rechtlichen Interessen wahrnehmen in ursächlichem Zusammenhang mit
- 9.1.1 Krieg, feindseligen oder terroristischen Handlungen; Aufruhr oder inneren Unruhen; Streik oder Aussperrung; Erdbeben;

- 9.1.2 Nuklear- und genetischen Schäden, soweit diese nicht auf eine medizinische Behandlung zurückzuführen sind;
- 9.1.3 Bergbauschäden an Grundstücken und Gebäuden.
- 9.2 Rechtsschutz besteht nicht, wenn Sie Ihre rechtlichen Interessen wahrnehmen in ursächlichem Zusammenhang mit
- dem Kauf oder Verkauf eines
 - Grundstückes, das bebaut werden soll;
 - Gebäudes oder Gebäudeteiles, das nicht von Ihnen oder einer mitversicherten Person bewohnt wird oder bewohnt werden soll;
 - der Planung oder Errichtung eines Gebäudes oder Gebäudeteiles, das sich in Ihrem Eigentum oder Besitz befindet oder das Sie erwerben oder in Besitz nehmen möchten;
 - der anzeige- bzw. genehmigungspflichtigen baulichen Veränderung eines Grundstückes, Gebäudes oder Gebäudeteiles. Dieses Grundstück, Gebäude oder Gebäudeteil befindet sich in Ihrem Eigentum oder Besitz oder Sie möchten es erwerben oder in Besitz nehmen;
 - der Finanzierung eines der in Ziffer 9.2 genannten Vorhaben.
- 9.3 Rechtsschutz besteht nicht, wenn Sie rechtliche Interessen wahrnehmen
- 9.3.1 um Schadensersatzansprüche abzuwehren. Der Ausschluss gilt nicht, wenn die Ansprüche auf einer Vertragsverletzung beruhen;
- 9.3.2 aus kollektivem Arbeits- oder Dienstrecht;
- 9.3.3 aus dem Recht der Handelsgesellschaften, der Gesellschaft bürgerlichen Rechts, der stillen Gesellschaft oder aus Anstellungsverhältnissen gesetzlicher Vertreter juristischer Personen;
- 9.3.4 in ursächlichem Zusammenhang mit Patent-, Urheber-, Marken-, Geschmacksmuster-, Gebrauchsmusterrechten oder sonstigen Rechten aus geistigem Eigentum;
- 9.3.5 aus dem Kartell- oder sonstigen Wettbewerbsrecht;
- 9.3.6 in ursächlichem Zusammenhang mit
- 9.3.6.1 Spiel- oder Wettverträgen (einschließlich Schenkkreisen und ähnlichen Schneeballsystemen), Gewinnzusagen sowie Termin- oder vergleichbaren Spekulationsgeschäften;
- 9.3.6.2 dem Erwerb einschließlich Finanzierung, der Verwaltung oder der Veräußerung von
- Wertpapieren im Sinne des § 2 Absatz 1 Wertpapierhandelsgesetz, z. B. Aktien, Rentenwerte, Fondsanteile;
 - Staatsanleihen;
 - Beteiligungen, z. B. an Kapitalanlagemodellen, stillen Gesellschaften, Genossenschaften.
- Der Ausschluss gilt nicht für die Anlage von vermögenswirksamen Leistungen und steuerlich geförderte Altersvorsorgeprodukte. Der Ausschluss gilt im Wohnungs- und Grundstücks-Rechtsschutz nicht für die Anschaffung und Veräußerung von Genossenschafts-
- anteilen. Anschaffung und Veräußerung müssen aber mit der selbst bewohnten Genossenschaftswohnung in Zusammenhang stehen;
- 9.3.6.3 Teilzeitnutzungsrechten (Time-Sharing) an Grundstücken, Gebäuden oder Gebäudeteilen;
- 9.3.7 aus dem Bereich des Familien-, Lebenspartnerschafts- und Erbrechtes. Ihr Anspruch auf Beratungs-Rechtsschutz und Rechtsschutz für Betreuungsverfahren bleibt unberührt;
- 9.3.8 aus dem Rechtsschutzversicherungsvertrag gegen uns oder das für uns tätige Schadenabwicklungsunternehmen;
- 9.3.9 wegen der steuerlichen Bewertung von Grundstücken, Gebäuden oder Gebäudeteilen;
- 9.3.10 aus dem Bereich des Asyl- und Ausländerrechtes und in Verfahren über die Vergabe von Studienplätzen.
- 9.4 Rechtsschutz besteht nicht um rechtliche Interessen wahrzunehmen
- 9.4.1 in Verfahren vor Verfassungsgerichten;
- 9.4.2 in Verfahren vor internationalen oder supranationalen Gerichtshöfen. Der Ausschluss gilt nicht, soweit Bedienstete internationaler oder supranationaler Organisationen rechtliche Interessen aus Arbeitsverhältnissen oder öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnissen wahrnehmen;
- 9.4.3 in ursächlichem Zusammenhang mit einem Insolvenzverfahren, das über Ihr Vermögen eröffnet wurde oder eröffnet werden soll;
- 9.4.4 in Enteignungs-, Planfeststellungs-, Flurbereinigungs- und im Baugesetzbuch geregelten Angelegenheiten;
- 9.4.5 in Ordnungswidrigkeiten- und Verwaltungsverfahren wegen eines Halt- oder Parkverstoßes;
- 9.4.6 mehrerer Versicherungsnehmer desselben Rechtsschutzversicherungsvertrages untereinander. Rechtsschutz besteht zudem nicht, wenn mitversicherte Personen untereinander und mitversicherte Personen gegen Sie ihre rechtlichen Interessen wahrnehmen;
- 9.4.7 nichtehelicher bzw. nichteingetragener Lebenspartner untereinander in ursächlichem Zusammenhang mit der Partnerschaft. Dies gilt auch nach Beendigung der Partnerschaft;
- 9.4.8 aus Ansprüchen oder Verbindlichkeiten, die nach Eintritt des Rechtsschutzfalles auf Sie übertragen worden oder übergegangen sind;
- 9.4.9 aus von Ihnen in eigenem Namen geltend gemachten Ansprüchen anderer Personen oder aus einer Haftung für Verbindlichkeiten anderer Personen;
- 9.4.10 soweit in den Fällen des Schadensersatz-, Arbeits-, Wohnungs- und Grundstücks-, Steuer-, Sozial-, Verwaltungs-, Disziplinar- und Standes-Rechtsschutzes, Rechtsschutzes im Vertrags- und Sachenrecht und Rechtsschutzes für Betreuungsverfahren ein ursächlicher Zusammenhang mit einer von Ihnen vorsätzlich begangenen Straftat besteht. Stellt sich ein solcher

Zusammenhang im Nachhinein heraus, müssen Sie uns die Leistungen zurückzahlen, die wir für Sie erbracht haben.

10. Was gilt, wenn der Rechtsschutz wegen mangelnder Erfolgsaussichten oder wegen Mutwilligkeit abgelehnt wird?

- 10.1 Wir können den Rechtsschutz ablehnen, wenn Sie unserer Auffassung nach Ihre rechtlichen Interessen ohne hinreichende Aussicht auf Erfolg wahrnehmen. Dies gilt im Schadensersatz-, Arbeits-, Wohnungs- und Grundstücks-, Steuer-, Sozial-, Verwaltungs-Rechtsschutz und im Rechtsschutz im Vertrags- und Sachenrecht.
- 10.2 Wir können den Rechtsschutz auch ablehnen, wenn Sie Ihre rechtlichen Interessen mutwillig wahrnehmen. Mutwilligkeit liegt vor, wenn der voraussichtliche Kostenaufwand in einem groben Missverhältnis zum angestrebten Erfolg steht. Die berechtigten Belange der Versichertengemeinschaft sind hierbei zu berücksichtigen.
- 10.3 Wir teilen Ihnen die Ablehnung unverzüglich unter Angabe der Gründe schriftlich mit.
- 10.4 Wenn wir unsere Leistungspflicht laut Ziffer 10.1 oder 10.2 verneinen und Sie unserer Auffassung nicht zustimmen, gilt: Sie können den für Sie tätigen oder noch zu beauftragenden Rechtsanwalt auf unsere Kosten veranlassen, uns gegenüber eine Stellungnahme abzugeben. Darin ist zu begründen, ob Sie Ihre rechtlichen Interessen in einem angemessenen Verhältnis zum angestrebten Erfolg wahrnehmen und dies hinreichende Aussicht auf Erfolg verspricht. Die Entscheidung des Rechtsanwaltes ist für beide Teile bindend. Dies gilt nicht, wenn sie offenbar von der wirklichen Sach- und Rechtslage erheblich abweicht.
- 10.5 Wir können Ihnen eine Frist von mindestens einem Monat setzen. Binnen dieser Frist müssen Sie den Rechtsanwalt vollständig und wahrheitsgemäß über die Sachlage unterrichten und die Beweismittel angeben, damit dieser die Stellungnahme gemäß Ziffer 10.4 abgeben kann. Wenn Sie dieser Verpflichtung nicht innerhalb der von uns gesetzten Frist nachkommen, entfällt Ihr Versicherungsschutz. Wir werden Sie ausdrücklich auf diese Rechtsfolge hinweisen.

11. Welche Obliegenheiten (Mitwirkungspflichten) habe ich und welche Folgen hat ihre Verletzung?

- 11.1 Obliegenheiten (Mitwirkungspflichten) nach Eintritt des Versicherungsfalles
- 11.1.1 Wenn der Rechtsschutzfall eintritt und Sie Versicherungsschutz benötigen, gilt:
- 11.1.1.1 Sie müssen uns den Rechtsschutzfall unverzüglich anzeigen, gegebenenfalls auch telefonisch.
- 11.1.1.2 Sie müssen uns vollständig und wahrheitsgemäß über sämtliche Umstände des Rechtsschutzfalles unterrichten. Sie müssen uns die Beweismittel angeben und Unterlagen auf Verlangen zur Verfügung stellen.

11.1.1.3 Sie müssen kostenauslösende Maßnahmen mit uns abstimmen, soweit dies für Sie zumutbar ist (z. B. wenn Sie einen Rechtsanwalt beauftragen wollen; Klage erheben wollen; sich gegen eine Klage verteidigen wollen; Rechtsmittel einlegen wollen).

11.1.1.4 Sie müssen den Schaden abwenden oder mindern, soweit Ihnen dies möglich ist. Dies gilt entsprechend § 82 Versicherungsvertragsgesetz (VVG). § 82 Absatz 1 VVG bestimmt: „Der Versicherungsnehmer hat bei Eintritt des Versicherungsfalles nach Möglichkeit für die Abwendung und Minderung des Schadens zu sorgen.“. Sie müssen also die Kosten für die Rechtsverfolgung (z. B. Rechtsanwalts-, Gerichtskosten, Kosten der Gegenseite) so gering wie möglich halten. Hierzu sollten Sie uns oder Ihren Rechtsanwalt fragen. Sie müssen Weisungen von uns befolgen, soweit das für Sie zumutbar ist. Außerdem müssen Sie Weisungen von uns einholen, wenn die Umstände dies gestatten.

11.1.2 Wir bestätigen den Umfang des für den Rechtsschutzfall bestehenden Versicherungsschutzes. Wenn Sie bereits vorher Maßnahmen ergreifen, um Ihre rechtlichen Interessen wahrzunehmen und dadurch Kosten entstehen, gilt: Wir tragen nur die Kosten, die wir bei einer Rechtsschutzbestätigung vor Einleitung dieser Maßnahmen zu tragen hätten.

11.1.3 Sie können den Rechtsanwalt auswählen. Wir wählen den Rechtsanwalt aus,

- wenn Sie dies wünschen;
- wenn Sie keinen Rechtsanwalt benennen und es uns notwendig erscheint, umgehend einen Rechtsanwalt zu beauftragen.

Wenn wir den Rechtsanwalt auswählen, beauftragen wir ihn in Ihrem Namen. Für die Tätigkeit des Rechtsanwaltes sind wir nicht verantwortlich.

11.1.4 Sie müssen Ihren Rechtsanwalt vollständig und wahrheitsgemäß unterrichten. Sie müssen ihm die Beweismittel angeben und die möglichen Auskünfte erteilen. Sie müssen Ihrem Rechtsanwalt auch die notwendigen Unterlagen beschaffen. Sie müssen uns auf Verlangen Auskunft über den Stand der Angelegenheit geben.

11.1.5 Wenn Sie eine der in den Ziffern 11.1.1 oder 11.1.4 genannten Obliegenheiten (Mitwirkungspflichten) vorsätzlich verletzen, verlieren Sie Ihren Versicherungsschutz. Wenn Sie sie grob fahrlässig verletzen, gilt: Wir können unsere Leistung kürzen. Maßstab ist die Schwere Ihres Verschuldens. Wenn Sie Ihre Auskunft- oder Aufklärungspflicht verletzen, gilt zudem: Wir müssen Sie durch gesonderte Mitteilung in Textform auf diese Rechtsfolge hingewiesen haben. Ansonsten bleibt Ihr Versicherungsschutz erhalten. Wenn Sie nachweisen, dass Sie die Obliegenheit (Mitwirkungspflicht) nicht grob fahrlässig verletzt haben, bleibt Ihr Versicherungsschutz bestehen. Ihr Versicherungsschutz bleibt auch bestehen, wenn Sie nachweisen, dass die Obliegenheitsverletzung nicht ursächlich war für

- Eintritt oder Feststellung des Versicherungsfalles;
- Feststellung oder Umfang unserer Leistungspflicht.

- Ihr Versicherungsschutz bleibt aber nicht bestehen, wenn Sie die Obliegenheit (Mitwirkungspflicht) arglistig verletzt haben.
- 11.1.6 Sie müssen sich bei der Erfüllung Ihrer Obliegenheiten (Mitwirkungspflichten) die Kenntnis und das Verhalten des von Ihnen beauftragten Rechtsanwaltes zurechnen lassen. Voraussetzung ist, dass Ihr Rechtsanwalt die Abwicklung des Rechtsschutzfalles uns gegenüber übernimmt.
- 11.1.7 Ansprüche auf Rechtsschutzleistungen können nur mit unserem schriftlichen Einverständnis abgetreten werden.
- 11.1.8 Wir haben Kosten für Sie getragen. Wenn es Ansprüche gegenüber Anderen auf Erstattung dieser Kosten gibt, gehen diese auf uns über. Sie müssen uns die notwendigen Unterlagen aushändigen, damit wir die Ansprüche geltend machen können. Zudem müssen Sie bei unseren Maßnahmen gegen die anderen mitwirken, wenn wir dies verlangen. Sie müssen uns bereits erstattete Kosten zurückzahlen. Wenn Sie diese Obliegenheit (Mitwirkungspflicht) vorsätzlich verletzen, gilt: Wir sind zur Leistung insoweit nicht verpflichtet, als wir infolgedessen keinen Ersatz von dem Dritten erlangen können. Im Fall einer grob fahrlässigen Verletzung der Obliegenheit (Mitwirkungspflicht), können wir unsere Leistung kürzen. Maßstab ist die Schwere Ihres Verschuldens. Sie müssen beweisen, dass Sie nicht grob fahrlässig gehandelt haben.
- 11.2 Obliegenheiten (Mitwirkungspflichten) bei Eintritt des Versicherungsfalles im Verkehrs-Rechtsschutz
Der Fahrer muss bei Eintritt des Rechtsschutzfalles die vorgeschriebene Fahrerlaubnis haben. Er muss zum Fahren des Fahrzeuges berechtigt sein. Das Fahrzeug muss zugelassen oder mit einem Versicherungskennzeichen versehen sein. Bei Verstoß gegen diese Obliegenheiten (Mitwirkungspflichten) gilt: Es besteht Rechtsschutz nur für diejenigen versicherten Personen, die von diesem Verstoß ohne Verschulden oder leicht fahrlässig keine Kenntnis hatten. Bei grob fahrlässiger Unkenntnis des Verstoßes gegen diese Obliegenheiten (Mitwirkungspflichten) gilt: Wir können unsere Leistung kürzen. Maßstab ist die Schwere des Verschuldens der versicherten Person. Weist die versicherte Person nach, dass ihre Unkenntnis nicht grob fahrlässig war, bleibt der Versicherungsschutz bestehen. Dies gilt auch, wenn die versicherte Person oder der Fahrer nachweist, dass die Obliegenheitsverletzung nicht ursächlich war für
- Eintritt oder Feststellung des Versicherungsfalles;
 - Feststellung oder Umfang unserer Leistungspflicht.
- 12. In welchen Ländern bin ich versichert?**
- 12.1 Sie sind in Europa, den Anliegerstaaten des Mittelmeeres, auf den Kanarischen Inseln, auf Madeira und den Azoren versichert. Voraussetzung ist, dass Sie dort Ihre rechtlichen Interessen wahrnehmen. Voraussetzung ist zudem, dass dort ein Gericht oder eine Behörde gesetzlich zuständig ist oder wäre.
- 12.2 Außerhalb des Geltungsbereiches nach Ziffer 12.1 tragen wir die Kosten nach Ziffer 6.1 bis zu einem Höchstbetrag von 100.000 Euro. Im Premium-Rechtsschutz tragen wir bis zu 300.000 Euro. Voraussetzung ist, dass
- der Rechtsschutzfall während eines maximal ein Jahr dauernden Aufenthaltes eintritt. Im Premium-Rechtsschutz kann er während eines maximal zwei Jahre dauernden Aufenthaltes eintreten. Dies gilt auch im Studenten-, Schüler- und Azubi-Rechtsschutz, oder
 - Sie Ihre rechtlichen Interessen aus Verträgen wahrnehmen, die Sie über das Internet abgeschlossen haben.
- Es besteht kein Rechtsschutz, wenn Sie Ihre rechtlichen Interessen im Zusammenhang mit dem Erwerb (einschließlich Finanzierung) oder der Veräußerung von Grundstücken, Gebäuden oder Gebäudeteilen wahrnehmen.
- 13. Wann beginnt mein Versicherungsschutz?**
- Ihr Versicherungsschutz beginnt zu dem im Versicherungsschein angegebenen Zeitpunkt. Voraussetzung ist, dass Sie den ersten oder einmaligen Beitrag rechtzeitig im Sinne von Ziffer 17.2.1 zahlen. Eine vereinbarte Wartezeit bleibt unberührt.
- 14. Wie lange läuft mein Vertrag?**
- 14.1 Der Vertrag ist für die im Versicherungsschein angegebene Zeit abgeschlossen.
- 14.2 Bei einer Vertragsdauer von mindestens einem Jahr verlängert sich der Vertrag um jeweils ein Jahr. Er verlängert sich nicht, wenn dem Vertragspartner spätestens drei Monate vor Ablauf des jeweiligen Versicherungsjahres eine Kündigung zugegangen ist.
- 14.3 Bei einer Vertragsdauer von weniger als einem Jahr endet der Vertrag, ohne dass es einer Kündigung bedarf, zum vorgesehenen Zeitpunkt.
- 14.4 Bei einer Vertragsdauer von mehr als drei Jahren können Sie den Vertrag zum Ablauf des dritten Jahres oder jedes darauf folgenden Jahres kündigen. Die Kündigung muss uns spätestens drei Monate vor Ablauf des jeweiligen Versicherungsjahres zugegangen sein.
- 15. Kann der Vertrag nach einem Rechtsschutzfall gekündigt werden?**
- 15.1 Sie können den Vertrag vorzeitig kündigen, wenn wir den Rechtsschutz ablehnen, obwohl wir zur Leistung verpflichtet sind. Ihre Kündigung muss uns in Textform spätestens einen Monat nach Zugang der Ablehnung des Rechtsschutzes bei Ihnen zugegangen sein. Ihre Kündigung wird sofort nach ihrem Zugang bei uns wirksam. Sie können jedoch bestimmen, dass sie zu einem späteren Zeitpunkt wirksam wird, spätestens jedoch zum Ende des laufenden Versicherungsjahres.
- 15.2 Wenn wir unsere Leistungspflicht für mindestens zwei Rechtsschutzfälle, die innerhalb von zwölf Monaten

eingetreten sind, bejahen, gilt: Nach Anerkennung der Leistungspflicht für den zweiten oder jeden weiteren Rechtsschutzfall sind Sie ebenso wie wir berechtigt, den Vertrag vorzeitig zu kündigen. Die Kündigung muss dem Vertragspartner in Textform spätestens einen Monat nach Zugang der Anerkennung der Leistungspflicht zugegangen sein. Ihre Kündigung wird sofort nach ihrem Zugang bei uns wirksam. Sie können jedoch bestimmen, dass sie zu einem späteren Zeitpunkt wirksam wird, spätestens jedoch zum Ende des laufenden Versicherungsjahres. Unsere Kündigung wird einen Monat nach Zugang bei Ihnen wirksam.

16. Was geschieht, wenn das versicherte Interesse wegfällt?

- 16.1 Der Vertrag endet zu dem Zeitpunkt, an dem wir davon Kenntnis erhalten, dass das versicherte Interesse nach dem Beginn der Versicherung weggefallen ist. In diesem Fall steht uns der Beitrag zu, den wir hätten erheben können, wenn Sie die Versicherung nur bis zum Zeitpunkt unserer Kenntnisnahme beantragt hätten.
- 16.2 Für den Premium- bzw. Komfort-Rechtsschutz gilt: Sie können die Beendigung Ihres Verkehrs-Rechtsschutzes verlangen. Voraussetzung ist, dass seit mindestens sechs Monaten kein Motorfahrzeug mehr auf Sie zugelassen ist. Es darf auch seit mindestens sechs Monaten kein Motorfahrzeug mehr auf die nach Ziffern 8.2.1 bis 8.2.3 bzw. 8.3.1 bis 8.3.3 mitversicherten Personen zugelassen sein. Wenn Sie uns dies innerhalb von zwei Monaten nach Ablauf der Sechsmonatsfrist anzeigen, endet Ihr Verkehrs-Rechtsschutz mit Ablauf dieser Frist. Wenn die Anzeige später bei uns eingeht, endet Ihr Verkehrs-Rechtsschutz erst mit Eingang der Anzeige.
- 16.3 Für den Immobilien-Rechtsschutz gilt: Wenn Sie Ihre im Versicherungsschein bezeichnete selbst bewohnte Einheit wechseln, geht Ihr Versicherungsschutz auf Ihr neues Objekt über. Für Ihr bisheriges Objekt gilt: Ihr Versicherungsschutz erstreckt sich auch auf Rechtsschutzfälle, die erst nach Ihrem Auszug eintreten. Sie müssen aber mit der Eigennutzung im Zusammenhang stehen. Für Ihr neues Objekt gilt: Ihr Versicherungsschutz besteht bereits für Rechtsschutzfälle, die vor dem geplanten oder tatsächlichen Bezug eintreten.
- 16.4 Im Falle Ihres Todes besteht der Versicherungsschutz bis zum Ende der laufenden Beitragsperiode fort. Dies gilt, soweit der Beitrag am Todestag gezahlt war. Voraussetzung ist aber, dass das versicherte Interesse nicht aus sonstigen Gründen wegfiel. Wird der nach dem Todestag nächstfällige Beitrag bezahlt, gilt: Der Versicherungsschutz bleibt in dem am Todestag bestehenden Umfang aufrechterhalten. Derjenige, der den Beitrag gezahlt hat oder für den gezahlt wurde, wird an Ihrer Stelle Versicherungsnehmer. Wir können diesem Versicherungsnehmer das Versicherungsverhältnis unter Einhaltung einer Frist von einem Monat kündigen. Unser Kündigungsrecht erlischt, wenn wir es nicht innerhalb eines Monats ausüben. Diese Frist

beginnt mit dem Zeitpunkt, an dem wir von dem Versicherungsnehmer Kenntnis erlangen. Der Versicherungsnehmer kann innerhalb eines Jahres nach Ihrem Todestag rückwirkend zum Todestag die Aufhebung des Versicherungsvertrages verlangen.

17. Was muss ich bei der Beitragszahlung beachten?

17.1 Beitrag und Versicherungssteuer

Der in Rechnung gestellte Beitrag enthält die Versicherungssteuer, die Sie in der jeweils vom Gesetz bestimmten Höhe zu entrichten haben.

17.2 Zahlung und Folgen verspäteter Zahlung/erster oder einmaliger Beitrag

17.2.1 Fälligkeit und Rechtzeitigkeit der Zahlung

Sie müssen einen einmaligen Beitrag oder, wenn laufende Beiträge vereinbart sind, den ersten Beitrag unverzüglich nach Ablauf von zwei Wochen nach Zugang des Versicherungsscheines zahlen.

17.2.2 Späterer Beginn des Versicherungsschutzes

Wenn Sie den ersten oder einmaligen Beitrag nicht rechtzeitig, sondern zu einem späteren Zeitpunkt zahlen, beginnt der Versicherungsschutz erst ab diesem Zeitpunkt. Das gilt nicht, wenn Sie nachweisen, dass Sie die verspätete Zahlung nicht verschuldet haben.

17.2.3 Rücktritt

Wenn Sie den ersten oder einmaligen Beitrag nicht rechtzeitig zahlen, können wir vom Vertrag zurücktreten, solange der Beitrag nicht gezahlt ist. Wir können nicht zurücktreten, wenn Sie nachweisen, dass Sie die Nichtzahlung nicht zu vertreten haben.

17.3 Zahlung und Folgen verspäteter Zahlung/Folgebeitrag

17.3.1 Fälligkeit und Rechtzeitigkeit der Zahlung

Die Folgebeiträge sind, soweit nicht etwas anderes bestimmt ist, am Monatsersten des vereinbarten Beitragszeitraumes fällig. Die Zahlung gilt als rechtzeitig, wenn sie zu dem im Versicherungsschein oder in der Beitragsrechnung angegebenen Zeitpunkt erfolgt.

17.3.2 Verzug

Wird der Folgebeitrag nicht rechtzeitig gezahlt, geraten Sie ohne Mahnung in Verzug. Dies gilt nicht, wenn Sie die verspätete Zahlung nicht verschuldet haben. Wir werden Sie in Textform zur Zahlung auffordern und Ihnen eine Zahlungsfrist von mindestens zwei Wochen setzen. Wir sind berechtigt, Ersatz des uns durch den Verzug entstandenen Schadens zu verlangen.

17.3.3 Kein Versicherungsschutz

Sind Sie nach Ablauf dieser Zahlungsfrist noch mit der Zahlung in Verzug, besteht ab diesem Zeitpunkt bis zur Zahlung kein Versicherungsschutz. Voraussetzung ist, dass wir Sie mit unserer Zahlungsaufforderung nach Ziffer 17.3.2 darauf hingewiesen haben.

17.3.4 Kündigung

Wenn Sie nach Ablauf dieser Zahlungsfrist noch mit der Zahlung in Verzug sind, können wir den Vertrag

ohne Einhaltung einer Frist kündigen. Voraussetzung ist, dass wir Sie mit unserer Zahlungsaufforderung nach Ziffer 17.3.2 darauf hingewiesen haben.

Wenn wir gekündigt haben und Sie danach innerhalb eines Monats den angemahnten Betrag bezahlen, besteht der Vertrag fort. Für Versicherungsfälle, die zwischen dem Ablauf der Zahlungsfrist und der Zahlung eingetreten sind, besteht jedoch kein Versicherungsschutz.

17.4 Rechtzeitigkeit der Zahlung beim Lastschriftverfahren

Wenn wir die Abbuchung des Beitrages von einem Konto vereinbart haben, gilt die Zahlung als rechtzeitig, wenn der Beitrag zu dem Fälligkeitstag abgebucht werden kann. Voraussetzung ist zudem, dass Sie einer berechtigten Abbuchung nicht widersprechen. Konnte der fällige Beitrag ohne Ihr Verschulden nicht abgebucht werden, gilt: Die Zahlung ist auch dann noch rechtzeitig, wenn sie unverzüglich nach einer von uns in Textform abgegebenen Zahlungsaufforderung erfolgt.

Wenn wir den fälligen Beitrag nicht abbuchen können, weil Sie das Lastschriftmandat widerrufen haben, gilt: Wir können künftig Zahlung außerhalb des Lastschriftverfahrens verlangen. Dies gilt auch, wenn Sie aus anderen Gründen zu vertreten haben, dass wir den Beitrag nicht abbuchen können. Sie müssen den Beitrag allerdings erst bezahlen, wenn wir Sie in Textform hierzu aufgefordert haben.

17.5 Teilzahlung und Folgen bei verspäteter Zahlung

Wenn wir die Zahlung des Jahresbeitrages in Raten vereinbart haben, gilt: Wenn Sie mit der Zahlung einer Rate im Verzug sind, sind die noch ausstehenden Raten sofort fällig. Wir können für die Zukunft jährliche Beitragszahlung verlangen.

17.6 Beitrag bei vorzeitiger Vertragsbeendigung

Bei vorzeitiger Beendigung des Vertrages gilt, soweit nicht etwas anderes bestimmt ist: Wir können nur den Teil des Beitrages beanspruchen, der der abgelaufenen Vertragszeit entspricht.

18. Warum können sich die Bedingungen, der Beitrag und die Selbstbeteiligung ändern?

18.1 Bedingungsanpassung

- 18.1.1 Wir sind berechtigt, betroffene Bedingungen zu ändern, zu ergänzen oder zu ersetzen (Anpassung). Dies gilt bei
- Änderung bestehender oder Inkrafttreten neuer Rechtsvorschriften, die sich unmittelbar auf einzelne Bestimmungen des Versicherungsvertrages auswirken;
 - den Versicherungsvertrag betreffender Änderung der höchstrichterlichen Rechtsprechung;
 - rechtskräftiger Feststellung der Unwirksamkeit einzelner Bedingungen durch ein Gericht;
 - Beanstandung einzelner Bedingungen als mit geltendem Recht nicht vereinbar durch die Versicherungsaufsichtsbehörde oder Kartellbehörde im Wege eines bestandskräftigen Verwaltungsaktes;

- Verstoß einzelner Bedingungen gegen Leitlinien oder Rundschreiben der Versicherungsaufsichtsbehörde oder Kartellbehörde.

- 18.1.2 Unsere Anpassungsbefugnis besteht für Bedingungen über
- Gegenstand, Umfang und Ausschlüsse der Versicherung;
 - Ihre Obliegenheiten (Mitwirkungspflichten) nach Vertragsschluss;
 - Beitragsanpassung;
 - Vertragsdauer und Kündigung.

- 18.1.3 Für unsere Anpassungsbefugnis gilt: Ein Änderungsanlass (Ziffer 18.1.1) muss das Verhältnis zwischen Leistung und Gegenleistung erheblich stören. Maßgeblich ist das Verhältnis, das bei Vertragsschluss zugrunde gelegt wurde. Bei Unwirksamkeit oder Beanstandung einzelner Bedingungen gilt darüber hinaus: Die Anpassung ist nur zulässig, wenn keine gesetzliche Regelung an die Stelle der unwirksamen oder beanstandeten Bedingungen treten kann.

- 18.1.4 Die Anpassung darf bei ihrer Gesamtbetrachtung das Verhältnis zwischen Leistung und Gegenleistung nicht zu Ihrem Nachteil ändern. Maßgeblich ist das Verhältnis, das bei Vertragsschluss zugrunde gelegt wurde (Verschlechterungsverbot). Die Anpassung muss nach den Grundsätzen einer ergänzenden Vertragsauslegung unter Wahrung der beiderseitigen Interessen erfolgen.

- 18.1.5 Wenn sich die gerichtlichen und behördlichen Entscheidungen gegen Bedingungen anderer Versicherer richten, gilt: Unsere Anpassungsbefugnis besteht unter den oben genannten Voraussetzungen für im Wesentlichen inhaltsgleiche Bedingungen.

- 18.1.6 Die Zulässigkeit und Angemessenheit der Anpassung muss von einem unabhängigen Treuhänder überprüft und bestätigt werden. Die Bestimmungen des Versicherungsaufsichtsgesetzes für die Bestellung eines Treuhänders gelten entsprechend.

- 18.1.7 Wir werden Ihnen die angepassten Bedingungen schriftlich mitteilen und erläutern. Sie gelten als genehmigt, wenn Sie nicht innerhalb von sechs Wochen nach der Mitteilung widersprechen. Hierauf werden wir Sie in der Mitteilung ausdrücklich hinweisen.

- 18.1.8 Bei fristgemäßem Widerspruch tritt die Anpassung nicht in Kraft. Wir können den Versicherungsvertrag dann aber kündigen. Voraussetzung ist, dass uns das Festhalten an dem Vertrag ohne die Anpassung unzumutbar ist. Unsere Kündigung muss Ihnen innerhalb von vier Wochen nach Zugang Ihres Widerspruchs zugehen. Sie muss mit einer Frist von acht Wochen zum jeweiligen Monatsende erfolgen.

18.2 Beitragsanpassung

- 18.2.1 Warum nehmen wir eine Beitragsanpassung vor? Die Beiträge sind Ihre Gegenleistung für unser Leistungsversprechen. Wir benötigen die Beiträge, damit wir unsere Leistungsverpflichtungen in allen versicherten Schadensfällen erfüllen können. Wir prüfen des-

halb jährlich, ob der Beitrag wegen einer Veränderung des Schadensbedarfes anzupassen ist.

Die Ermittlung des Veränderungswertes (Ziffer 18.2.2) kann dazu führen, dass der Beitrag erhöht oder gesenkt wird oder in der bisherigen Höhe bestehen bleibt.

18.2.2 Ermittlung des Veränderungswertes als Grundlage der Beitragsanpassung

Der ermittelte Veränderungswert ist maßgeblich für die Frage, ob der Beitrag in der bisherigen Höhe bestehen bleibt.

18.2.2.1 Statistische Ermittlung durch einen unabhängigen Treuhänder

Ein unabhängiger Treuhänder ermittelt bis zum 1. Juli eines jeden Jahres einen Veränderungswert für die Beitragsanpassung. Der Treuhänder legt bei seiner Ermittlung die Daten einer möglichst großen Zahl von Unternehmen, die die Rechtsschutzversicherung anbieten, zugrunde, so dass der von ihm ermittelte Wert den gesamten Markt der Rechtsschutzversicherung bestmöglich widerspiegelt.

Der Ermittlung des Veränderungswertes liegt folgende Fragestellung (Berechnungsmethode) zugrunde:

Um wie viel Prozent hat sich im letzten Kalenderjahr der Bedarf für Zahlungen (das heißt: das Produkt von Schadenhäufigkeit und Durchschnitt der Schadenzahlungen) gegenüber dem vorletzten Kalenderjahr (Bezugsjahre) erhöht oder vermindert?

(Als Schadenhäufigkeit eines Kalenderjahres gilt die Anzahl der in diesem Jahr gemeldeten Versicherungsfälle, geteilt durch die Anzahl der im Jahresmittel versicherten Risiken. Die Schadenhäufigkeit gibt an, für wie viel Prozent der versicherten Verträge ein Schaden gemeldet worden ist. Um den Durchschnitt der Schadenzahlungen eines Kalenderjahres zu berechnen, werden alle in diesem Jahr erledigten Versicherungsfälle betrachtet. Die Summe der insgesamt geleisteten Zahlungen für diese Versicherungsfälle wird durch deren Anzahl geteilt.)

Veränderungen, die aus Leistungsverbesserungen (zum Beispiel: Einschluss einer neuen Leistungsart) herrühren, berücksichtigt der Treuhänder nur, wenn die Leistungsverbesserungen in beiden Vergleichsjahren zum Leistungsinhalt gehörten.

Der Treuhänder ermittelt den Veränderungswert getrennt für folgende Vertragsgruppen:

- Verkehrs-, Fahrzeug- und Fahrer-Rechtsschutz,
- Privat- und Berufs-Rechtsschutz, Rechtsschutz für Selbstständige oder Firmen, Vereins-, sowie Immobilien-Rechtsschutz,
- Privat-, Berufs- und Verkehrs-Rechtsschutz sowie Rechtsschutz für Landwirte,
- Rechtsschutz für Selbstständige oder Firmen mit Privat-, Berufs-, Verkehrs- sowie Immobilien-Rechtsschutz.

Innerhalb jeder Vertragsgruppe wird der Veränderungswert getrennt für Verträge mit und ohne Selbstbeteiligung ermittelt. Die so ermittelten Veränderungswerte gelten jeweils einheitlich für alle in der Gruppe zusammengefassten Verträge mit bzw. ohne Selbstbeteiligung.

Der Treuhänder rundet einen nicht durch 2,5 teilbaren Veränderungswert auf die nächst geringere positive durch 2,5 teilbare Zahl ab (Beispielsweise wird 8,4 % auf 7,5 % abgerundet.) bzw. auf die nächst größere negative durch 2,5 teilbare Zahl auf (Beispielsweise wird -8,4 % auf -7,5 % aufgerundet.). Veränderungswerte im Bereich von -5 % bis +5 % werden nicht gerundet.

18.2.2.2 Ermittlung aufgrund unternehmenseigener Zahlen

Auf der Grundlage unserer unternehmenseigenen Zahlen ermitteln wir bis zum 1. Juli eines jeden Jahres den für unser Unternehmen individuellen Veränderungswert. Dabei wenden wir die für die Ermittlung durch den unabhängigen Treuhänder geltenden Regeln (Ziffer 18.2.2.1) entsprechend an.

18.2.3 Welches ist der für die Anpassung des Beitrages maßgebliche Veränderungswert?

Grundsatz: Für die Beitragsanpassung (Erhöhung oder Senkung) ist grundsätzlich der Veränderungswert maßgeblich, den der unabhängige Treuhänder ermittelt hat (Ziffer 18.2.2.1).

Ausnahme: Wir vergleichen unseren unternehmensindividuellen Veränderungswert mit dem vom Treuhänder nach Ziffer 18.2.2.1 ermittelten Wert. Unser unternehmensindividueller Wert ist dann für die Beitragsanpassung maßgeblich, wenn dieser Vergleich ergibt,

- dass unser Wert unter dem vom Treuhänder ermittelten Wert liegt und
- dies auch in den zwei letzten Kalenderjahren der Fall ist, in denen eine Beitragsanpassung zulässig war.

Die zu betrachtenden Kalenderjahre müssen nicht notwendig unmittelbar aufeinander folgen.

18.2.4 Unterbleiben einer Beitragsanpassung

Eine Beitragsanpassung unterbleibt, wenn der vom unabhängigen Treuhänder ermittelte Veränderungswert (Ziffer 18.2.2.1) geringer +5 % und größer -5 % ist. Dieser Veränderungswert wird bei der Ermittlung der Voraussetzungen für die nächste Beitragsanpassung mit berücksichtigt (Dies geschieht, indem das Bezugsjahr solange beibehalten wird, bis die 5 %-Grenze erreicht wird. Es wird immer der Bedarf für Zahlungen aus dem jeweiligen Vorjahr mit dem Bedarf für Zahlungen aus dem „festgehaltenen“ Bezugsjahr verglichen.)

Unabhängig von der Höhe des Veränderungswerts unterbleibt eine Beitragsanpassung bei Verträgen, bei denen seit dem Versicherungsbeginn noch nicht 12 Monate abgelaufen sind.

18.2.5 Erhöhung oder Senkung des Beitrags

Wenn der maßgebliche Veränderungswert +5 % oder mehr beträgt, sind wir berechtigt, den Beitrag entsprechend zu erhöhen. Der angepasste Beitrag darf nicht höher sein als der für Neuverträge geltende Tarifbeitrag. Wenn der maßgebliche Veränderungswert -5 % oder weniger beträgt, sind wir verpflichtet, den Beitrag entsprechend zu senken.

18.2.6 Wann wird die Beitragsanpassung wirksam?

Die Beitragsanpassung wird zu Beginn des zweiten Monats wirksam, der auf unsere Mitteilung über die

Beitragsanpassung folgt. Sie gilt für alle Beiträge, die nach unserer Mitteilung ab einschließlich 1. Oktober fällig werden.

In der Mitteilung weisen wir Sie auf Ihr außerordentliches Kündigungsrecht hin (Ziffer 18.2.7).

- 18.2.7 Ihr außerordentliches Kündigungsrecht
Wenn sich der Beitrag erhöht (Ziffer 18.2.5), können Sie den Versicherungsvertrag mit sofortiger Wirkung kündigen. Sie können frühestens jedoch zu dem Zeitpunkt kündigen, an dem die Beitragserhöhung wirksam wird. Ihre Kündigung muss uns innerhalb eines Monats zugehen, nachdem Ihnen unsere Mitteilung über die Beitragsanpassung zugegangen ist.
Wenn sich der Beitrag ausschließlich wegen einer Erhöhung der Versicherungssteuer erhöht, steht Ihnen das Recht zur außerordentlichen Kündigung nicht zu.

18.3 Anpassung der Selbstbeteiligung

Wenn wir berechtigt sind, den Folgejahresbeitrag zu erhöhen (Ziffer 18.2) gilt: Wir können auch eine vereinbarte Selbstbeteiligung erhöhen. Dann mindert sich die Anpassung des Folgejahresbeitrages (Ziffer 18.2) entsprechend. Grundlage sind die Feststellungen des unabhängigen Treuhänders (Ziffer 18.2). Die Erhöhung erfolgt unter Wahrung versicherungsmathematischer Grundsätze. Sie gilt für Versicherungsfälle, die eintreten, nachdem der Folgejahresbeitrag fällig wurde (Ziffer 18.2.6). Ihr Kündigungsrecht gemäß Ziffer 18.2.7 gilt auch im Falle dieser Anpassung der Selbstbeteiligung.

19. Wann verjähren Ansprüche aus meiner Versicherung?

- 19.1 Die Ansprüche verjähren in drei Jahren. Die Fristberechnung richtet sich nach den allgemeinen Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB).
- 19.2 Ist ein Anspruch aus dem Versicherungsvertrag bei uns angemeldet worden, gilt: Die Verjährung ist von

der Anmeldung bis zu dem Zeitpunkt gehemmt, zu dem Ihnen unsere Entscheidung in Textform zugeht.

20. Zuständiges Gericht, anzuwendendes Recht

- 20.1 Für diesen Versicherungsvertrag gilt deutsches Recht.
- 20.2 Klagen gegen das Versicherungsunternehmen
Wenn Sie uns verklagen wollen, können Sie die Klage an folgenden Orten einreichen:
- An unserem Sitz oder am Sitz unserer für Ihren Vertrag zuständigen Niederlassung,
 - Am Gericht Ihres Wohnsitzes. Wenn Sie keinen Wohnsitz haben, können Sie die Klage am Gericht Ihres gewöhnlichen Aufenthaltes einreichen.
- 20.3 Klagen gegen das Schadensabwicklungsunternehmen (kurz: Unternehmen)
Wenn Sie Ihren Anspruch auf Rechtsschutz gerichtlich geltend machen wollen, gilt: Sie müssen Ihre Klage gegen das Unternehmen richten, das wir mit der Leistungsbearbeitung beauftragt haben, vgl. § 126 Versicherungsvertragsgesetz (VVG).
Es ist für Sie im Versicherungsschein bezeichnet. Sie können Ihre Klage an folgenden Orten einreichen:
- Am Sitz des Unternehmens,
 - Am Gericht Ihres Wohnsitzes. Wenn Sie keinen Wohnsitz haben, können Sie die Klage am Gericht Ihres gewöhnlichen Aufenthaltes einreichen.
- 20.4 Klagen gegen den Versicherungsnehmer
Wenn wir Sie verklagen müssen, können wir die Klage an folgenden Orten einreichen:
- Am Gericht Ihres Wohnsitzes. Wenn Sie keinen Wohnsitz haben, können wir die Klage am Gericht Ihres gewöhnlichen Aufenthaltes einreichen.
 - Wenn Ihr Wohnsitz oder Ihr gewöhnlicher Aufenthalt zum Zeitpunkt der Klageerhebung nicht bekannt ist, an unserem Sitz oder am Sitz unserer für Ihren Vertrag zuständigen Niederlassung.

Versicherungsbedingungen 2016

D.A.S. Rechtsschutz im Verkehrsbereich



RECHT AN IHRER SEITE

Mit dem Versprechen der ERGO
„Versichern heißt verstehen.“

Ein Produkt der ERGO Versicherung AG

D.A.S. Rechtsschutz im Verkehrsbereich

Ein Produkt der ERGO Versicherung AG

Versicherungsbedingungen (KT 2016 RS V)

Inhaltsverzeichnis

1. Was leistet mein D.A.S. Rechtsschutz?	2
2. Was ist versichert?	2
2.1 Verkehrs-Rechtsschutz	2
2.2 Fahrer-Rechtsschutz (gegenstandslos)	2
3. Welche Leistungen bietet mein Versicherungsschutz?	2
4. Welchen Umfang haben die Leistungen?	3
5. Was sind die Voraussetzungen für meinen Anspruch auf Rechtsschutz?	5
6. Welche Rechtsstellung haben mitversicherte Personen?	6
7. Was ist vom Versicherungsschutz ausgeschlossen?	6
8. Was gilt, wenn der Rechtsschutz wegen mangelnder Erfolgsaussichten oder wegen Mutwilligkeit abgelehnt wird?	6
9. Welche Obliegenheiten (Mitwirkungspflichten) habe ich und welche Folgen hat ihre Verletzung?	7
10. In welchen Ländern bin ich versichert?	8
11. Wann beginnt mein Versicherungsschutz?	8
12. Wie lange läuft mein Vertrag?	8
13. Kann der Vertrag nach einem Rechtsschutzfall gekündigt werden?	8
14. Was geschieht, wenn das versicherte Interesse wegfällt?	8
15. Was muss ich bei der Beitragszahlung beachten?	8
15.1 Beitrag und Versicherungssteuer	8
15.2 Zahlung und Folgen verspäteter Zahlung/erster oder einmaliger Beitrag	8
15.3 Zahlung und Folgen verspäteter Zahlung/Folgebeitrag	9
15.4 Rechtzeitigkeit der Zahlung beim Lastschriftverfahren	9
15.5 Teilzahlung und Folgen bei verspäteter Zahlung	9
15.6 Beitrag bei vorzeitiger Vertragsbeendigung	9
16. Warum können sich die Bedingungen, der Beitrag und die Selbstbeteiligung ändern?	9
16.1 Bedingungsanpassung	9
16.2 Änderung der für die Beitragsberechnung wesentlichen Umstände	10
16.3 Beitragsanpassung	10
16.4 Anpassung der Selbstbeteiligung	12
17. Wann verjähren Ansprüche aus meiner Versicherung?	12
18. Zuständiges Gericht, anzuwendendes Recht	12

1. Was leistet mein D.A.S. Rechtsschutz?

Sie möchten Ihre rechtlichen Interessen wahrnehmen. Wir erbringen die dafür erforderlichen Leistungen. Ihr Umfang ist in diesen Bedingungen beschrieben.

2. Was ist versichert?

Für Sie besteht, je nach Vereinbarung, der Verkehrs- oder Fahrer-Rechtsschutz. Er beinhaltet auch die telefonische Rechtserstberatung. Im Rechtsschutzfall empfehlen wir Ihnen auf Wunsch einen geeigneten Rechtsanwalt.

2.1 Verkehrs-Rechtsschutz

2.1.1 Verkehrs-Rechtsschutz für alle Landfahrzeuge

2.1.1.1 Versicherungsschutz besteht für Sie als Eigentümer von Motorfahrzeugen zu Lande einschließlich Anhängern. Sie können auch nur ihr Halter sein. Die Fahrzeuge müssen bei Abschluss oder während des Vertrages auf Sie zugelassen sein. Es reicht aber auch aus, dass sie auf Ihren Namen mit einem Versicherungskennzeichen versehen sind. Der Versicherungsschutz besteht für Sie auch als Mieter jedes von Ihnen als Selbstfahrer-Vermietfahrzeug gemieteten Motorfahrzeuges zu Lande. Sie dürfen es aber nur zum vorübergehenden Gebrauch gemietet haben. Mitversichert sind alle Personen in Ihrer Eigenschaft als berechtigte Fahrer oder berechtigte Insassen sämtlicher vorgenannter Fahrzeuge.

2.1.1.2 Der Versicherungsschutz umfasst die Leistungen der Ziffer 3.

2.1.1.3 Der Rechtsschutz im Vertrags- und Sachenrecht (Ziffer 3.2) besteht auch für Verträge, mit denen Sie Motorfahrzeuge zu Lande oder Anhänger erwerben wollen. Voraussetzung ist aber, dass diese Fahrzeuge nicht nur Ihrem vorübergehenden Eigengebrauch dienen sollen. Die Fahrzeuge müssen nicht auf Sie zugelassen und auch nicht auf Ihren Namen mit einem Versicherungskennzeichen versehen sein.

2.1.1.4 Versicherungsschutz haben Sie auch für Ihre Teilnahme am öffentlichen Verkehr als

- Fahrer jedes fremden Fahrzeuges. Es darf Ihnen also nicht gehören. Es darf auch nicht auf Sie zugelassen oder auf Ihren Namen mit einem Versicherungskennzeichen versehen sein;
- Fahrgast, Fußgänger und Radfahrer.

Dieser Versicherungsschutz besteht nicht im Vertrags- und Sachenrecht nach Ziffer 3.2.

2.1.1.5 Sie können die Aufhebung des Versicherungsvertrages mit sofortiger Wirkung verlangen, wenn seit mindestens sechs Monaten kein Fahrzeug mehr auf Sie zugelassen ist. Dies gilt auch, wenn seit dieser Zeit kein Fahrzeug mehr auf Ihren Namen mit einem Versicherungskennzeichen versehen ist. Ihr Recht auf Herabsetzung des Beitrages gemäß Ziffer 16.2.2 bleibt unberührt.

2.1.2 Verkehrs-Rechtsschutz für alle gleichartigen Landfahrzeuge (gegenstandslos)

2.1.3 Fahrzeug-Rechtsschutz (gegenstandslos)

2.2 Fahrer-Rechtsschutz (gegenstandslos)

3. Welche Leistungen bietet mein Versicherungsschutz?

Je nach Vereinbarung gemäß Ziffer 2 bestehen für Sie folgende Leistungen:

- 3.1 Schadensersatz-Rechtsschutz um Schadensersatzansprüche geltend zu machen. Diese dürfen nicht auch auf einer Vertragsverletzung beruhen;
- 3.2 Rechtsschutz im Vertrags- und Sachenrecht um rechtliche Interessen aus privatrechtlichen Schuldverhältnissen und dinglichen Rechten wahrzunehmen. Dies gilt, soweit der Versicherungsschutz nicht in Ziffer 3.1 enthalten ist;
- 3.3 Steuer-Rechtsschutz um rechtliche Interessen in steuer- und abgaberechtlichen Angelegenheiten wahrzunehmen. Dieser Steuer-Rechtsschutz besteht vor deutschen Finanz- und Verwaltungsgerichten;
- 3.4 Sozial-Rechtsschutz um rechtliche Interessen vor deutschen Sozialgerichten wahrzunehmen;
- 3.5 Verwaltungs-Rechtsschutz um rechtliche Interessen vor Verwaltungsbehörden und Verwaltungsgerichten wahrzunehmen;
- 3.6 Straf-Rechtsschutz um sich gegen den Vorwurf
- 3.6.1 eines verkehrsrechtlichen Vergehens zu verteidigen. Wird rechtskräftig festgestellt, dass Sie das Vergehen vorsätzlich begangen haben, gilt: Sie haben sich gegen den Vorwurf eines vorsätzlichen Verhaltens verteidigt. Wir haben hierfür Kosten getragen. Diese müssen Sie uns erstatten;
- 3.6.2 eines sonstigen Vergehens zu verteidigen. Es muss die vorsätzliche und fahrlässige Begehung dieses Vergehens strafbar sein. Ihnen muss fahrlässiges Verhalten vorgeworfen werden. Wenn Ihnen vorsätzliches Verhalten vorgeworfen wird, gilt: Sie haben rückwirkend Versicherungsschutz. Dieser Versicherungsschutz besteht aber nicht, wenn rechtskräftig festgestellt wird, dass Sie vorsätzlich gehandelt haben. Es besteht bei dem Vorwurf eines Verbrechens kein Versicherungsschutz. Es besteht auch kein Versicherungsschutz bei dem Vorwurf eines Vergehens, das nur vorsätzlich begangen werden kann (z. B. Diebstahl). Dabei kommt es weder auf die Berechtigung des Vorwurfes noch auf den Ausgang des Strafverfahrens an. Wenn Ihnen Hausfriedensbruch (§ 123 StGB), Beleidigung (§ 185 StGB), Sachbeschädigung (§ 303 StGB) oder Steuerhinterziehung (§ 370 AO) vorgeworfen wird, gilt: Sie haben rückwirkend für das Ermittlungsverfahren Versicherungsschutz, wenn es nach § 153 Absatz 1 StPO oder § 170 Absatz 2 StPO eingestellt wird;

- 3.7 Ordnungswidrigkeiten-Rechtsschutz um sich gegen den Vorwurf einer Ordnungswidrigkeit zu verteidigen;
- 3.8 **Erweiterte Telefonberatung**
Die erweiterte Telefonberatung beinhaltet die vorsorgliche telefonische Erstberatung. Diese Leistung können Sie also ohne Eintritt eines Rechtsschutzfalles (Ziffer 5.1) in Anspruch nehmen. Die Ausschlüsse vom Versicherungsschutz (Ziffer 7) gelten nicht. Wir vermitteln die Anwaltskanzlei, die Sie telefonisch berät. Diese Leistung besteht bereits, sobald Ihnen der Versicherungsschein zugegangen ist. Voraussetzung hierfür ist aber, dass Ihr Rechtsschutz im Verkehrsbereich ohne zeitliche Unterbrechung an den eines Vorversicherers anschließt. Ziffer 13.2 gilt nicht;
- 3.9 **Mediations-Rechtsschutz**
Mediation eröffnet Ihnen die Möglichkeit der freiwilligen, außergerichtlichen Streitbeilegung. Mit Hilfe der Moderation einer neutralen Person (Mediator), die wir vermitteln, erarbeiten die Parteien eigenverantwortlich eine Problemlösung. Wir übernehmen gemäß Ziffer 4.1.3 die Vergütung des von uns vermittelten Mediators. Voraussetzung ist, dass das Mediationsverfahren in Deutschland durchgeführt wird.
Der Mediations-Rechtsschutz erweitert die Leistungen der Ziffer 3.1 entsprechend. Die Ausschlüsse vom Versicherungsschutz (Ziffer 7) gelten nicht.

4. Welchen Umfang haben die Leistungen?

- 4.1 Wir übernehmen
- 4.1.1 bei Eintritt des Rechtsschutzfalles im Inland die Vergütung eines für Sie tätigen Rechtsanwaltes. Wir tragen diese Vergütung bis zur Höhe der gesetzlichen Vergütung eines am Ort des zuständigen Gerichtes ansässigen Rechtsanwaltes. Wir tragen zudem die Fahrtkosten Ihres Rechtsanwaltes zu Ihnen bis zu einer Entfernung von 50 km (Mobiler Anwalt). Voraussetzung ist, dass Sie Ihren Rechtsanwalt wegen Erkrankung oder Unfall nicht aufsuchen können. Diese Fahrtkosten tragen wir einschließlich Tage- und Abwesenheitsgeld bis zur Höhe der Sätze, die für Geschäftsreisen deutscher Rechtsanwälte gelten. Wohnen Sie mehr als 100 km Luftlinie vom zuständigen Gericht entfernt und nehmen Sie vor diesem Gericht Ihre Interessen wahr, gilt: Wir tragen entweder weitere Kosten für einen in Ihrem Landgerichtsbezirk ansässigen Rechtsanwalt oder Reisekosten Ihres Anwaltes zum Ort des zuständigen Gerichtes. Diese weiteren Kosten tragen wir bis zur Höhe der gesetzlichen Vergütung eines Rechtsanwaltes, der nur den Schriftverkehr mit Ihrem Anwalt am Ort des zuständigen Gerichtes führt. Bei den Leistungen Straf- und Ordnungswidrigkeiten-Rechtsschutz tragen wir diese weiteren Kosten nicht.
Wenn Ihr Rechtsanwalt eine Gebühr für eine Beratung berechnet, tragen wir die gesetzliche Vergütung bis zu einer Höhe von 250 Euro. Die gesetzlichen Bestimmungen über die Anrechnung der Gebühr bleiben unberührt;

- 4.1.2 bei Eintritt eines Rechtsschutzfalles im Ausland die Vergütung eines für Sie tätigen Rechtsanwaltes. Voraussetzung ist, dass dieser Rechtsanwalt am Ort des zuständigen Gerichtes ansässig oder im Inland zugelassen ist. Wenn er im Inland zugelassen ist, gilt: Wir tragen die Vergütung bis zur Höhe der gesetzlichen Vergütung, die entstanden wäre, wenn das Gericht, an dessen Ort Ihr Rechtsanwalt ansässig ist, zuständig wäre. Wir tragen zudem die Fahrtkosten Ihres Rechtsanwaltes zu Ihnen bis zu einer Entfernung von 50 km (Mobiler Anwalt). Voraussetzung ist, dass Sie Ihren Rechtsanwalt wegen Erkrankung oder Unfall nicht aufsuchen können. Diese Fahrtkosten tragen wir einschließlich Tage- und Abwesenheitsgeld bis zur Höhe der Sätze, die für Geschäftsreisen deutscher Rechtsanwälte gelten. Wohnen Sie mehr als 100 km Luftlinie vom zuständigen Gericht entfernt und ist ein ausländischer Rechtsanwalt für Sie tätig, gilt: Wir tragen weitere Kosten für einen in Ihrem Landgerichtsbezirk ansässigen Rechtsanwalt. Wir tragen diese weiteren Kosten bis zur Höhe der gesetzlichen Vergütung eines Rechtsanwaltes, der lediglich den Verkehr mit dem ausländischen Rechtsanwalt führt. Ist der Rechtsschutzfall durch einen Kraftfahrzeugunfall im europäischen Ausland eingetreten, gilt: Wir tragen auch eine entstandene Geschäftsgebühr des inländischen Rechtsanwaltes. Voraussetzung ist, dass eine Rechtsverfolgung im Ausland notwendig wurde. Eine Regulierung vor dem Regulierungsbeauftragten bzw. vor der Einigungsstelle im Inland muss also ergebnislos geblieben sein;
- 4.1.3 Ihren Anteil der Vergütung des von uns vermittelten Mediators bis zu einer Höhe von 2.000 Euro je Mediationsverfahren gemäß Ziffer 3.9. Wir übernehmen jedoch nicht mehr als 4.000 Euro für alle in einem Kalenderjahr eingeleiteten Mediationsverfahren;
- 4.1.4 die Gerichtskosten. Dies gilt einschließlich der Entschädigung für Zeugen und Sachverständige, die vom Gericht herangezogen werden. Wir übernehmen zudem die Kosten des Gerichtsvollziehers;
- 4.1.5 die Gebühren eines Schieds- oder Schlichtungsverfahrens. Wir übernehmen diese Gebühren bis zur Höhe der Gebühren, die im Falle der Anrufung eines zuständigen staatlichen Gerichtes erster Instanz entstehen;
- 4.1.6 die Kosten in Verfahren vor Verwaltungsbehörden. Dies gilt einschließlich der Entschädigung für Zeugen und Sachverständige, die von der Verwaltungsbehörde herangezogen werden. Wir übernehmen zudem die Kosten der Vollstreckung im Verwaltungswege;
- 4.1.7 die übliche Vergütung
- 4.1.7.1 eines Sachverständigen. Dieser Sachverständige muss über die erforderliche technische Sachkunde verfügen. Als technisch sachkundig gelten Sachverständige, die von einer staatlichen oder staatlich anerkannten Stelle bestellt oder von einer nach den jeweils gültigen DIN/ISO-Normen akkreditierten Stelle zertifiziert worden sind. Dies gilt, wenn Sie
- sich in verkehrsrechtlichen Straf- und Ordnungswidrigkeitenverfahren verteidigen;

- Ihre rechtlichen Interessen aus Kauf- und Reparaturverträgen über Motorfahrzeuge zu Lande und Anhänger wahrnehmen;
- 4.1.7.2 eines im Ausland ansässigen Sachverständigen. Dies gilt, wenn Sie Ersatzansprüche wegen der im Ausland eingetretenen Beschädigung eines Motorfahrzeuges zu Lande oder Anhängers geltend machen;
- 4.1.8 die Kosten Ihrer Reisen zu einem ausländischen Gericht. Voraussetzung ist, dass Ihr Erscheinen als Beschuldigter oder Partei vorgeschrieben ist. Ihr Erscheinen muss zur Vermeidung von Rechtsnachteilen erforderlich sein. Wir übernehmen diese Kosten bis zur Höhe der Sätze, die für Geschäftsreisen deutscher Rechtsanwälte gelten;
- 4.1.9 die Kosten, die Ihrem Gegner entstanden sind, um seine rechtlichen Interessen wahrzunehmen. Voraussetzung ist, dass Sie diese erstatten müssen.
- 4.2 Sie können die Übernahme der von uns zu tragenden Kosten verlangen, sobald Sie nachweisen, dass Sie zu deren Zahlung verpflichtet sind. Gleiches gilt, sobald Sie nachweisen, dass Sie diese Verpflichtung bereits erfüllt haben.
Kosten, die Sie in fremder Währung aufgewandt haben, erstatten wir in Euro. Grundlage ist der Wechselkurs des Tages, an dem Sie diese Kosten gezahlt haben.
- 4.3 Wir übernehmen nicht
- 4.3.1 Kosten, die Sie ohne Rechtspflicht übernommen haben;
- 4.3.2 Kosten, die im Zusammenhang mit einer gütlichen Einigung (Vergleich) entstanden sind. Wir übernehmen diese Kosten aber, wenn sie dem Verhältnis zwischen dem von Ihnen angestrebten Ergebnis und dem tatsächlich erreichtem Ergebnis entsprechen. Dabei ist ausschließlich das wirtschaftliche Ergebnis maßgeblich; andere Überlegungen, wie z. B. die Vermeidung einer Beweisaufnahme oder das Prozesskostenrisiko, sind nicht zu berücksichtigen. Wenn eine hiervon abweichende Kostenverteilung gesetzlich vorgeschrieben ist, tragen wir auch diese Kosten;
- 4.3.3 Ihre im Versicherungsschein vereinbarte Selbstbeteiligung je Rechtsschutzfall.
Wir übernehmen Ihre Selbstbeteiligung aber, wenn der Rechtsschutzfall mit einer Erstberatung erledigt ist. Wir übernehmen Ihre Selbstbeteiligung auch, sofern ein Fall der erweiterten Telefonberatung (Ziffer 3.8) oder des Mediations-Rechtsschutzes (Ziffer 3.9) vorliegt.
Ihre Selbstbeteiligung kann ganz oder teilweise entfallen. Voraussetzung ist, dass die Höhe der Selbstbeteiligung nicht prozentual vereinbart ist und 1.000 Euro je Rechtsschutzfall nicht übersteigt. Dann gilt: Die Selbstbeteiligung entfällt, sobald der Vertrag fünf Jahre schadenfrei ist. Sie fällt lediglich hälftig an, sobald der Vertrag drei Jahre schadenfrei ist.
Bei der Berechnung dieses Zeitraums berücksichtigen wir zu Ihren Gunsten
- die Schadenfreiheit eines Vorvertrages, den Sie bei uns hatten;
 - die leistungsfreien Jahre aus einem unmittelbar vorangehenden Vorvertrag bei einem anderen Versicherer außerhalb der ERGO. Für die Anrechnung des leistungsfreien Zeitraums gilt: Bestand der Vorvertrag mindestens drei Jahre und haben Sie in den letzten drei Jahren dort keine Leistungen in Anspruch genommen, berücksichtigen wir ab Beginn Ihres Vertrages bei uns drei leistungsfreie Jahre. Bestand der Vorvertrag mindestens fünf Jahre und haben Sie in den letzten fünf Jahren dort keine Leistungen in Anspruch genommen, berücksichtigen wir ab Beginn Ihres Vertrages bei uns fünf leistungsfreie Jahre. Für den Beginn des leistungsfreien Zeitraums beim Vorvertrag ist der Zeitpunkt der Inanspruchnahme der letzten Leistung maßgeblich.
Die Leistungsfreiheit beginnt frühestens mit dem Beginn-Datum der Rechtsschutzversicherung beim Vorversicherer bzw. ab Inanspruchnahme der letzten Leistung beim Vorversicherer.
- Dies gilt aber nur für den schadenfreien bzw. leistungsfreien Zeitraum des Vorvertrages, der diesem Vertrag unmittelbar vorausgeht.
Der Vertrag bei uns ist schadenfrei, bis Sie Rechtsschutz beanspruchen, den wir bestätigen. Die Schadenfreiheit endet auch, wenn wir zu Ihren Gunsten Kosten, Gebühren oder Auslagen tragen. Die Schadenfreiheit bleibt jedoch bestehen, wenn Sie ausschließlich die telefonische Erstberatung in Anspruch nehmen. Sie bleibt auch bestehen, wenn Sie einen von uns empfohlenen Rechtsanwalt beauftragen. Die Schadenfreiheit bleibt zudem bestehen, wenn ein Fall der Ziffer 3.8 oder 3.9 vorliegt. Ziffer 13.2 bleibt unberührt.
In dem Rechtsschutzfall, der die Schadenfreiheit beendet, tragen Sie keine bzw. lediglich die hälftige Selbstbeteiligung. Für weitere Rechtsschutzfälle fällt die Selbstbeteiligung aber unvermindert an, es sei denn, es ist im Anschluss an den Schadenfall, der die Schadenfreiheit beendete, ein neuer schadenfreier Zeitraum von drei oder fünf Jahren unter den genannten Bedingungen entstanden.
- 4.3.4 Kosten, die aufgrund der vierten oder jeder weiteren Zwangsvollstreckungsmaßnahme je Vollstreckungstitel (z. B. Urteil, Vollstreckungsbescheid) entstehen;
- 4.3.5 Kosten aufgrund von Zwangsvollstreckungsmaßnahmen, die später als fünf Jahre nach Rechtskraft des Vollstreckungstitels (z. B. Urteil, Vollstreckungsbescheid) eingeleitet werden;
- 4.3.6 Kosten für Strafvollstreckungsverfahren jeder Art nach Rechtskraft einer Geldstrafe oder -buße unter 250 Euro;
- 4.3.7 Kosten, zu deren Übernahme ein anderer verpflichtet wäre, wenn unser Rechtsschutzversicherungsvertrag nicht bestünde;
- 4.3.8 Kosten, die im Rahmen von Zwangsvollstreckungsmaßnahmen bei gewerblich genutzten Grundstücken, Gebäuden oder Gebäudeteilen entstehen. Dies gilt für Kosten, die für eine erforderliche umweltbedingte

- Beseitigung und Entsorgung von Schadstoffen und Abfällen entstehen;
- 4.3.9 Kosten, die bei Teileintrittspflicht auf den nicht gedeckten Teil entfallen. Treffen Ansprüche zusammen, für die teils Versicherungsschutz besteht, teils nicht, gilt: Wir tragen nur den Teil der angefallenen Kosten, der dem Verhältnis des Wertes des gedeckten Teiles zum Gesamtstreitwert (Quote) entspricht. In den Fällen der Ziffern 3.6 und 3.7 richtet sich unser Kostenanteil nach Gewichtung und Bedeutung der einzelnen Vorwürfe im Gesamtzusammenhang.
- 4.4 Wir zahlen in jedem Rechtsschutzfall höchstens die jeweils vereinbarte Versicherungssumme. Zahlungen für Sie und mitversicherte Personen aufgrund desselben Rechtsschutzfalles werden hierbei zusammengerechnet. Dies gilt auch für Zahlungen aufgrund mehrerer Rechtsschutzfälle, die zeitlich und ursächlich zusammenhängen.
- 4.5 Wir sorgen für
- 4.5.1 die Übersetzung der schriftlichen Unterlagen, die Sie benötigen, um im Ausland Ihre rechtlichen Interessen wahrzunehmen. Wir tragen auch die Kosten der Übersetzung;
- 4.5.2 die Zahlung eines zinslosen Darlehens für eine Kautions. Voraussetzung ist, dass diese Kautions notwendig ist, um Sie einstweilen von Strafverfolgungsmaßnahmen zu verschonen. Wir zahlen dieses Darlehen bis zu der in unserem Vertrag vereinbarten Höhe.
- 4.6 Alle Bestimmungen, die den Rechtsanwalt betreffen, gelten entsprechend
- 4.6.1 im Steuer-Rechtsschutz (Ziffer 3.3) für Angehörige der steuerberatenden Berufe;
- 4.6.2 für im Ausland ansässige rechts- und sachkundige Bevollmächtigte, wenn Sie dort Ihre rechtlichen Interessen wahrnehmen.
- 5. Was sind die Voraussetzungen für meinen Anspruch auf Rechtsschutz?**
- 5.1 Anspruch auf Rechtsschutz besteht für Sie nach Eintritt eines Rechtsschutzfalles. Der Rechtsschutzfall ist
- 5.1.1 im Schadensersatz-Rechtsschutz (Ziffer 3.1) das Schadenereignis, das dem Anspruch zugrunde liegt;
- 5.1.2 in allen anderen Fällen der (behauptete) Verstoß gegen Rechtspflichten oder Rechtsvorschriften.
- 5.2 Der Rechtsschutzfall muss nach Beginn Ihres Versicherungsschutzes gemäß Ziffer 11 und vor dessen Beendigung eingetreten sein. Für den Rechtsschutz im Vertrags- und Sachenrecht (Ziffer 3.2) sowie den Verwaltungs-Rechtsschutz (Ziffer 3.5) besteht Versicherungsschutz erst nach einer Wartezeit. Diese Wartezeit läuft drei Monate nach Versicherungsbeginn ab. Sie besteht nicht, soweit Sie Ihre rechtlichen Interessen aufgrund eines Kauf- oder Leasingvertrages über ein fabrikneues Kraftfahrzeug wahrnehmen.
- 5.3 Ist ein Rechtsschutzfall vor Beginn des Versicherungsschutzes gemäß Ziffer 11 oder während der Wartezeit (Ziffer 5.2) eingetreten, gilt: Es besteht dennoch Rechtsschutz, wenn das betroffene Risiko seit mindestens fünf Jahren ununterbrochen bei uns versichert ist. Maßgebend für diese Frist ist der Zeitpunkt, an dem Sie Kenntnis vom Eintritt des Rechtsschutzfalles erlangt haben. Ihr Versicherungsschutz richtet sich nach dem Rechtsschutzvertrag, der zu dem Zeitpunkt gültig war, an dem Sie Kenntnis vom Eintritt des Rechtsschutzfalles erlangt haben.
- 5.4 Erstreckt sich der Rechtsschutzfall über einen Zeitraum, ist dessen Beginn maßgeblich. Wenn Sie Ihre rechtlichen Interessen wahrnehmen und hierfür mehrere Rechtsschutzfälle ursächlich sind, ist der erste Rechtsschutzfall entscheidend. Hierzu gilt: Jeder Rechtsschutzfall, der länger als ein Jahr vor Beginn des Versicherungsschutzes für den betroffenen Gegenstand der Versicherung eingetreten ist, bleibt außer Betracht. Soweit sich der Rechtsschutzfall über einen Zeitraum erstreckt, bleibt er außer Betracht, wenn er länger als ein Jahr vor Beginn des Versicherungsschutzes für den betroffenen Gegenstand der Versicherung beendet ist.
- 5.5 Sie haben keinen Rechtsschutz, wenn
- 5.5.1 eine Willenserklärung oder Rechtshandlung vor Beginn des Versicherungsschutzes den Verstoß nach Ziffer 5.1.2 ausgelöst hat;
- 5.5.2 Sie Ihren Anspruch auf Rechtsschutz erstmals später als drei Jahre nach Beendigung des Versicherungsschutzes für den betroffenen Gegenstand der Versicherung geltend machen.
- 5.6 Sie haben keinen Steuer-Rechtsschutz (Ziffer 3.3), wenn die Voraussetzungen für die Festsetzung Ihrer Steuern oder Abgaben vor Versicherungsbeginn liegen.
- 5.7 Abweichend von Ziffern 5.5 und 5.6 haben Sie Anspruch auf Rechtsschutz, wenn
- 5.7.1 eine Willenserklärung oder Rechtshandlung vor Beginn des Versicherungsschutzes in die Vertragslaufzeit Ihres Vorversicherers fällt. Der Verstoß gemäß Ziffer 5.1.2 darf erst während der Laufzeit unseres Versicherungsvertrages eintreten. Ihr Anspruch auf Rechtsschutz besteht allerdings nur dann, wenn bezüglich des betroffenen Risikos ohne zeitliche Unterbrechung Versicherungsschutz besteht;
- 5.7.2 der Versicherungsfall in die Vertragslaufzeit Ihres Vorversicherers fällt. Voraussetzung ist, dass Sie Ihren Anspruch auf Rechtsschutz später als drei Jahre nach Ende der Vertragslaufzeit Ihres Vorversicherers uns gegenüber geltend machen. Sie haben allerdings nur dann Anspruch auf Rechtsschutz, wenn Sie die Meldung bei Ihrem Vorversicherer nicht vorsätzlich oder grob fahrlässig versäumt haben. Voraussetzung ist zudem, dass bezüglich des betroffenen Risikos ohne zeitliche Unterbrechung Versicherungsschutz besteht;
- 5.7.3 die Voraussetzungen für die Festsetzung Ihrer Steuern oder Abgaben während der Vertragslaufzeit Ihres

Vorversicherers eingetreten sind oder eingetreten sein sollen. Der Verstoß gemäß Ziffer 5.1.2 darf erst während der Laufzeit unseres Versicherungsvertrages eintreten. Sie haben allerdings nur dann Anspruch auf Rechtsschutz, wenn bezüglich des betroffenen Risikos ohne zeitliche Unterbrechung Versicherungsschutz besteht.

5.8 Rechtsschutz nach Ziffer 5.7 besteht in dem Umfang, der zum Zeitpunkt des Eintrittes des Rechtsschutzfalles bestanden hat. Dieser Rechtsschutz besteht höchstens jedoch im Umfang unserer Vereinbarungen.

6. Welche Rechtsstellung haben mitversicherte Personen?

6.1 Versicherungsschutz besteht im jeweils bestimmten Umfang auch für die in Ziffer 2 oder im Versicherungsschein genannten sonstigen Personen. Versicherungsschutz besteht außerdem für Ansprüche, die natürlichen Personen kraft Gesetzes dann zustehen, wenn Sie oder eine mitversicherte Person verletzt oder getötet werden.

6.2 Für mitversicherte Personen gelten die Sie betreffenden Bestimmungen sinngemäß. Sie können jedoch widersprechen, wenn eine andere mitversicherte Person als Ihr ehelicher bzw. eingetragener Lebenspartner Rechtsschutz verlangt.

7. Was ist vom Versicherungsschutz ausgeschlossen?

7.1 Rechtsschutz besteht nicht, wenn Sie Ihre rechtlichen Interessen wahrnehmen

7.1.1 um Schadensersatzansprüche abzuwehren. Der Ausschluss gilt nicht, wenn die Ansprüche auf einer Vertragsverletzung beruhen;

7.1.2 in Ordnungswidrigkeiten- und Verwaltungsverfahren wegen eines Halt- oder Parkverstoßes;

7.1.3 aus dem Rechtsschutzversicherungsvertrag gegen uns oder das für uns tätige Schadenabwicklungsunternehmen;

7.1.4 in Verfahren vor Verfassungsgerichten;

7.1.5 in Verfahren vor internationalen oder supranationalen Gerichtshöfen;

7.1.6 in ursächlichem Zusammenhang mit einem Insolvenzverfahren, das über Ihr Vermögen eröffnet wurde oder eröffnet werden soll;

7.1.7 in ursächlichem Zusammenhang mit Krieg, feindseligen oder terroristischen Handlungen, Aufruhr, inneren Unruhen, Streik, Aussperrung oder Erdbeben.

7.2 Rechtsschutz besteht nicht um rechtliche Interessen wahrzunehmen

7.2.1 mehrerer Versicherungsnehmer desselben Rechtsschutzversicherungsvertrages untereinander. Rechtsschutz besteht zudem nicht, wenn mitversicherte Personen untereinander und mitversicherte Personen gegen Sie ihre rechtlichen Interessen wahrnehmen;

7.2.2 nichtehelicher bzw. nichteingetragener Lebenspartner untereinander in ursächlichem Zusammenhang mit der Partnerschaft. Dies gilt auch nach Beendigung der Partnerschaft;

7.2.3 aus Ansprüchen oder Verbindlichkeiten, die nach Eintritt des Rechtsschutzfalles auf Sie übertragen worden oder übergegangen sind;

7.2.4 aus von Ihnen in eigenem Namen geltend gemachten Ansprüchen anderer Personen oder aus einer Haftung für Verbindlichkeiten anderer Personen;

7.2.5 soweit in den Fällen der Ziffern 3.1 bis 3.5 ein ursächlicher Zusammenhang mit einer von Ihnen vorsätzlich begangenen Straftat besteht. Stellt sich ein solcher Zusammenhang im Nachhinein heraus, müssen Sie uns die Leistungen zurückzahlen, die wir für Sie erbracht haben.

8. Was gilt, wenn der Rechtsschutz wegen mangelnder Erfolgsaussichten oder wegen Mutwilligkeit abgelehnt wird?

8.1 Wir können den Rechtsschutz ablehnen, wenn Sie unserer Auffassung nach Ihre rechtlichen Interessen ohne hinreichende Aussicht auf Erfolg wahrnehmen. Dies gilt in einem Fall der Ziffern 3.1 bis 3.5.

8.2 Wir können den Rechtsschutz auch ablehnen, wenn Sie Ihre rechtlichen Interessen mutwillig wahrnehmen. Mutwilligkeit liegt vor, wenn der voraussichtliche Kostenaufwand in einem groben Missverhältnis zum angestrebten Erfolg steht. Die berechtigten Belange der Versichertengemeinschaft sind hierbei zu berücksichtigen.

8.3 Wir teilen Ihnen die Ablehnung unverzüglich unter Angabe der Gründe schriftlich mit.

8.4 Wenn wir unsere Leistungspflicht gemäß Ziffer 8.1 oder 8.2 verneinen und Sie unserer Auffassung nicht zustimmen, gilt: Sie können den für Sie tätigen oder noch zu beauftragenden Rechtsanwalt auf unsere Kosten veranlassen, uns gegenüber eine Stellungnahme abzugeben. Darin ist zu begründen, ob Sie Ihre rechtlichen Interessen in einem angemessenen Verhältnis zum angestrebten Erfolg wahrnehmen und dies hinreichende Aussicht auf Erfolg verspricht. Die Entscheidung ist für beide Teile bindend. Dies gilt nicht, wenn sie offenbar von der wirklichen Sach- und Rechtslage erheblich abweicht.

8.5 Wir können Ihnen eine Frist von mindestens einem Monat setzen. Binnen dieser Frist müssen Sie den Rechtsanwalt vollständig und wahrheitsgemäß über die Sachlage unterrichten und die Beweismittel angeben, damit dieser die Stellungnahme gemäß Ziffer 8.4 abgeben kann. Wenn Sie dieser Verpflichtung nicht innerhalb der von uns gesetzten Frist nachkommen, entfällt Ihr Versicherungsschutz. Wir werden Sie ausdrücklich auf diese Rechtsfolge hinweisen.

9. Welche Obliegenheiten (Mitwirkungspflichten) habe ich und welche Folgen hat ihre Verletzung?

- 9.1 Obliegenheiten (Mitwirkungspflichten) bei Eintritt des Versicherungsfalles
Der Fahrer muss bei Eintritt des Rechtsschutzfalles die vorgeschriebene Fahrerlaubnis haben. Er muss zum Fahren des Fahrzeuges berechtigt sein. Das Fahrzeug muss zugelassen oder mit einem Versicherungskennzeichen versehen sein. Bei Verstoß gegen diese Obliegenheiten (Mitwirkungspflichten) gilt: Es besteht Rechtsschutz nur für diejenigen versicherten Personen, die von diesem Verstoß ohne Verschulden oder leicht fahrlässig keine Kenntnis hatten. Bei grob fahrlässiger Unkenntnis des Verstoßes gegen diese Obliegenheiten (Mitwirkungspflichten) gilt: Wir können unsere Leistung kürzen. Maßstab ist die Schwere des Verschuldens der versicherten Person. Weist die versicherte Person nach, dass ihre Unkenntnis nicht grob fahrlässig war, bleibt der Versicherungsschutz bestehen. Dies gilt auch, wenn die versicherte Person oder der Fahrer nachweist, dass die Obliegenheitsverletzung nicht ursächlich war für
- Eintritt oder Feststellung des Versicherungsfalles;
 - Feststellung oder Umfang unserer Leistungspflicht.
- 9.2 Obliegenheiten (Mitwirkungspflichten) nach Eintritt des Versicherungsfalles
- 9.2.1 Wenn der Rechtsschutzfall eintritt und Sie Versicherungsschutz benötigen, gilt:
- 9.2.1.1 Sie müssen uns den Rechtsschutzfall unverzüglich anzeigen, gegebenenfalls auch telefonisch.
- 9.2.1.2 Sie müssen uns vollständig und wahrheitsgemäß über sämtliche Umstände des Rechtsschutzfalles unterrichten. Sie müssen uns die Beweismittel angeben und Unterlagen auf Verlangen zur Verfügung stellen.
- 9.2.1.3 Sie müssen Kosten auslösende Maßnahmen mit uns abstimmen, soweit dies für Sie zumutbar ist (z. B. wenn Sie einen Rechtsanwalt beauftragen wollen; Klage erheben wollen; sich gegen eine Klage verteidigen wollen; Rechtsmittel einlegen wollen).
- 9.2.1.4 Sie müssen den Schaden abwenden oder mindern, soweit Ihnen dies möglich ist. Dies gilt entsprechend § 82 Versicherungsvertragsgesetz (VVG). § 82 Absatz 1 VVG bestimmt: „Der Versicherungsnehmer hat bei Eintritt des Versicherungsfalles nach Möglichkeit für die Abwendung und Minderung des Schadens zu sorgen.“. Sie müssen also die Kosten für die Rechtsverfolgung (z. B. Rechtsanwalts-, Gerichtskosten, Kosten der Gegenseite) so gering wie möglich halten. Hierzu sollten Sie uns oder Ihren Rechtsanwalt fragen. Sie müssen Weisungen von uns befolgen, soweit das für Sie zumutbar ist. Außerdem müssen Sie Weisungen von uns einholen, wenn die Umstände dies gestatten.
- 9.2.2 Wir bestätigen den Umfang des für den Rechtsschutzfall bestehenden Versicherungsschutzes. Wenn Sie bereits vorher Maßnahmen ergreifen, um Ihre rechtlichen Interessen wahrzunehmen und dadurch Kosten entstehen, gilt: Wir tragen nur die Kosten, die wir bei einer

Rechtsschutzbestätigung vor Einleitung dieser Maßnahmen zu tragen hätten.

- 9.2.3 Sie können den Rechtsanwalt auswählen. Wir wählen den Rechtsanwalt aus,
- wenn Sie dies wünschen;
 - wenn Sie keinen Rechtsanwalt benennen und es uns notwendig erscheint, alsbaldig einen Rechtsanwalt zu beauftragen.
- Wenn wir den Rechtsanwalt auswählen, beauftragen wir ihn in Ihrem Namen. Für die Tätigkeit des Rechtsanwaltes sind wir nicht verantwortlich.
- 9.2.4 Sie müssen Ihren Rechtsanwalt vollständig und wahrheitsgemäß unterrichten. Sie müssen ihm die Beweismittel angeben und die möglichen Auskünfte erteilen. Sie müssen Ihrem Rechtsanwalt auch die notwendigen Unterlagen beschaffen. Sie müssen uns auf Verlangen Auskunft über den Stand der Angelegenheit geben.
- 9.2.5 Wenn Sie eine der in den Ziffern 9.2.1 oder 9.2.4 genannten Obliegenheiten (Mitwirkungspflichten) vorsätzlich verletzen, verlieren Sie Ihren Versicherungsschutz. Wenn Sie sie grob fahrlässig verletzen, gilt: Wir können unsere Leistung kürzen. Maßstab ist die Schwere Ihres Verschuldens. Wenn Sie Ihre Auskunft- oder Aufklärungsobliegenheit verletzen, gilt zudem: Wir müssen Sie durch gesonderte Mitteilung in Textform auf diese Rechtsfolge hingewiesen haben. Ansonsten bleibt Ihr Versicherungsschutz erhalten. Wenn Sie nachweisen, dass Sie die Obliegenheit (Mitwirkungspflicht) nicht grob fahrlässig verletzt haben, bleibt Ihr Versicherungsschutz bestehen. Ihr Versicherungsschutz bleibt auch bestehen, wenn Sie nachweisen, dass die Obliegenheitsverletzung nicht ursächlich war für
- Eintritt oder Feststellung des Versicherungsfalles;
 - Feststellung oder Umfang unserer Leistungspflicht.
- Ihr Versicherungsschutz bleibt aber nicht bestehen, wenn Sie die Obliegenheit (Mitwirkungspflicht) arglistig verletzt haben.
- 9.2.6 Sie müssen sich bei der Erfüllung Ihrer Obliegenheiten (Mitwirkungspflichten) die Kenntnis und das Verhalten des von Ihnen beauftragten Rechtsanwaltes zurechnen lassen. Voraussetzung ist, dass Ihr Rechtsanwalt die Abwicklung des Rechtsschutzfalles uns gegenüber übernimmt.
- 9.2.7 Ansprüche auf Rechtsschutzleistungen können nur mit unserem schriftlichen Einverständnis abgetreten werden.
- 9.2.8 Ihre Ansprüche gegen andere auf Erstattung von Kosten, die wir getragen haben, gehen mit ihrer Entstehung auf uns über. Sie müssen uns die notwendigen Unterlagen aushändigen, damit wir die Ansprüche geltend machen können. Zudem müssen Sie bei unseren Maßnahmen gegen die anderen mitwirken, wenn wir dies verlangen. Sie müssen uns bereits erstattete Kosten zurückzahlen. Wenn Sie diese Obliegenheit (Mitwirkungspflicht) vorsätzlich verletzen, gilt: Wir sind zur Leistung insoweit nicht verpflichtet, als wir infolge-

dessen keinen Ersatz von dem Dritten erlangen können. Im Fall einer grob fahrlässigen Verletzung der Obliegenheit (Mitwirkungspflicht) können wir unsere Leistung kürzen. Maßstab ist die Schwere Ihres Verschuldens. Sie müssen beweisen, dass Sie nicht grob fahrlässig gehandelt haben.

10. In welchen Ländern bin ich versichert?

- 10.1 Sie sind in Europa, den Anliegerstaaten des Mittelmeeres, auf den Kanarischen Inseln, auf Madeira und den Azoren versichert. Voraussetzung ist, dass Sie dort Ihre rechtlichen Interessen wahrnehmen. Voraussetzung ist zudem, dass dort ein Gericht oder eine Behörde gesetzlich zuständig ist oder wäre.
- 10.2 Außerhalb des Geltungsbereiches nach Ziffer 10.1 tragen wir die Kosten nach Ziffer 4.1 bis zu einem Höchstbetrag von 100.000 Euro. Voraussetzung ist, dass
- der Rechtsschutzfall während eines maximal ein Jahr dauernden Aufenthaltes eintritt;
 - oder
 - Sie Ihre rechtlichen Interessen aus Verträgen wahrnehmen, die Sie über das Internet abgeschlossen haben.

11. Wann beginnt mein Versicherungsschutz?

Ihr Versicherungsschutz beginnt zu dem im Versicherungsschein angegebenen Zeitpunkt. Voraussetzung ist, dass Sie den ersten oder einmaligen Beitrag rechtzeitig im Sinne von Ziffer 15.2.1 zahlen. Eine vereinbarte Wartezeit bleibt unberührt.

12. Wie lange läuft mein Vertrag?

- 12.1 Der Vertrag ist für die im Versicherungsschein angegebene Zeit abgeschlossen.
- 12.2 Bei einer Vertragsdauer von mindestens einem Jahr verlängert sich der Vertrag um jeweils ein Jahr. Er verlängert sich nicht, wenn dem Vertragspartner spätestens drei Monate vor Ablauf des jeweiligen Versicherungsjahres eine Kündigung zugegangen ist.
- 12.3 Bei einer Vertragsdauer von weniger als einem Jahr endet der Vertrag, ohne dass es einer Kündigung bedarf, zum vorgesehenen Zeitpunkt.
- 12.4 Bei einer Vertragsdauer von mehr als drei Jahren können Sie den Vertrag zum Ablauf des dritten Jahres oder jedes darauf folgenden Jahres kündigen. Die Kündigung muss uns spätestens drei Monate vor Ablauf des jeweiligen Versicherungsjahres zugegangen sein.

13. Kann der Vertrag nach einem Rechtsschutzfall gekündigt werden?

- 13.1 Sie können den Vertrag vorzeitig kündigen, wenn wir den Rechtsschutz ablehnen, obwohl wir zur Leistung verpflichtet sind. Ihre Kündigung muss uns in Textform spätestens einen Monat nach Zugang der Ablehnung des Rechtsschutzes bei Ihnen zugegangen sein. Ihre Kündigung wird sofort nach ihrem Zugang bei uns

wirksam. Sie können jedoch bestimmen, dass sie zu einem späteren Zeitpunkt wirksam wird, spätestens jedoch zum Ende des laufenden Versicherungsjahres.

- 13.2 Wenn wir unsere Leistungspflicht für mindestens zwei Rechtsschutzfälle, die innerhalb von zwölf Monaten eingetreten sind, bejahen, gilt: Nach Anerkennung der Leistungspflicht für den zweiten oder jeden weiteren Rechtsschutzfall sind Sie ebenso wie wir berechtigt, den Vertrag vorzeitig zu kündigen. Die Kündigung muss dem Vertragspartner in Textform spätestens einen Monat nach Zugang der Anerkennung der Leistungspflicht zugegangen sein. Ihre Kündigung wird sofort nach ihrem Zugang bei uns wirksam. Sie können jedoch bestimmen, dass sie zu einem späteren Zeitpunkt wirksam wird, spätestens jedoch zum Ende des laufenden Versicherungsjahres. Unsere Kündigung wird einen Monat nach Zugang bei Ihnen wirksam.

14. Was geschieht, wenn das versicherte Interesse wegfällt?

- 14.1 Der Vertrag endet zu dem Zeitpunkt, an dem wir davon Kenntnis erhalten, dass das versicherte Interesse nach dem Beginn der Versicherung weggefallen ist. In diesem Fall steht uns der Beitrag zu, den wir hätten erheben können, wenn Sie die Versicherung nur bis zum Zeitpunkt unserer Kenntnisnahme beantragt hätten.
- 14.2 Im Falle Ihres Todes besteht der Versicherungsschutz bis zum Ende der laufenden Beitragsperiode fort. Dies gilt, soweit der Beitrag am Todestag gezahlt war. Voraussetzung ist aber, dass das versicherte Interesse nicht aus sonstigen Gründen wegfiel. Wird der nach dem Todestag nächstfällige Beitrag bezahlt, gilt: Der Versicherungsschutz bleibt in dem am Todestag bestehenden Umfang aufrechterhalten. Derjenige, der den Beitrag gezahlt hat oder für den gezahlt wurde, wird an Ihrer Stelle Versicherungsnehmer. Wir können diesem Versicherungsnehmer das Versicherungsverhältnis unter Einhaltung einer Frist von einem Monat kündigen. Unser Kündigungsrecht erlischt, wenn wir es nicht innerhalb eines Monats ausüben. Diese Frist beginnt mit dem Zeitpunkt, an dem wir von dem Versicherungsnehmer Kenntnis erlangen. Der Versicherungsnehmer kann innerhalb eines Jahres nach Ihrem Todestag rückwirkend zum Todestag die Aufhebung des Versicherungsvertrages verlangen.

15. Was muss ich bei der Beitragszahlung beachten?

- 15.1 **Beitrag und Versicherungssteuer**
Der in Rechnung gestellte Beitrag enthält die Versicherungssteuer, die Sie in der jeweils vom Gesetz bestimmten Höhe zu entrichten haben.
- 15.2 **Zahlung und Folgen verspäteter Zahlung/erster oder einmaliger Beitrag**
- 15.2.1 **Fälligkeit und Rechtzeitigkeit der Zahlung**
Sie müssen einen einmaligen Beitrag oder, wenn laufende Beiträge vereinbart sind, den ersten Beitrag

- unverzüglich nach Ablauf von zwei Wochen nach Zugang des Versicherungsscheines zahlen.
- 15.2.2 Späterer Beginn des Versicherungsschutzes
Wenn Sie den ersten oder einmaligen Beitrag nicht rechtzeitig, sondern zu einem späteren Zeitpunkt zahlen, beginnt der Versicherungsschutz erst ab diesem Zeitpunkt. Das gilt nicht, wenn Sie nachweisen, dass Sie die verspätete Zahlung nicht verschuldet haben.
- 15.2.3 Rücktritt
Wenn Sie den ersten oder einmaligen Beitrag nicht rechtzeitig zahlen, können wir vom Vertrag zurücktreten, solange der Beitrag nicht gezahlt ist. Wir können nicht zurücktreten, wenn Sie nachweisen, dass Sie die Nichtzahlung nicht zu vertreten haben.
- 15.3 Zahlung und Folgen verspäteter Zahlung/Folgebeitrag**
- 15.3.1 Fälligkeit und Rechtzeitigkeit der Zahlung
Die Folgebeiträge sind, soweit nicht etwas anderes bestimmt ist, am Monatsersten des vereinbarten Beitragszeitraumes fällig. Die Zahlung gilt als rechtzeitig, wenn sie zu dem im Versicherungsschein oder in der Beitragsrechnung angegebenen Zeitpunkt erfolgt.
- 15.3.2 Verzug
Wird der Folgebeitrag nicht rechtzeitig gezahlt, geraten Sie ohne Mahnung in Verzug. Dies gilt nicht, wenn Sie die verspätete Zahlung nicht verschuldet haben. Wir werden Sie in Textform zur Zahlung auffordern und Ihnen eine Zahlungsfrist von mindestens zwei Wochen setzen. Wir sind berechtigt, Ersatz des uns durch den Verzug entstandenen Schadens zu verlangen.
- 15.3.3 Kein Versicherungsschutz
Sind Sie nach Ablauf dieser Zahlungsfrist noch mit der Zahlung in Verzug, besteht ab diesem Zeitpunkt bis zur Zahlung kein Versicherungsschutz. Voraussetzung ist, dass wir Sie mit unserer Zahlungsaufforderung nach Ziffer 15.3.2 darauf hingewiesen haben.
- 15.3.4 Kündigung
Wenn Sie nach Ablauf dieser Zahlungsfrist noch mit der Zahlung in Verzug sind, können wir den Vertrag ohne Einhaltung einer Frist kündigen. Voraussetzung ist, dass wir Sie mit unserer Zahlungsaufforderung nach Ziffer 15.3.2 darauf hingewiesen haben. Wenn wir gekündigt haben und Sie danach innerhalb eines Monats den angemahnten Betrag bezahlen, besteht der Vertrag fort. Für Versicherungsfälle, die zwischen dem Ablauf der Zahlungsfrist und der Zahlung eingetreten sind, besteht jedoch kein Versicherungsschutz.
- 15.4 Rechtzeitigkeit der Zahlung beim Lastschriftverfahren**
Wenn wir die Abbuchung des Beitrages von einem Konto vereinbart haben, gilt die Zahlung als rechtzeitig, wenn der Beitrag zu dem Fälligkeitstag abgebucht werden kann. Voraussetzung ist zudem, dass Sie einer berechtigten Abbuchung nicht widersprechen. Konnte der fällige Beitrag ohne Ihr Verschulden nicht abgebucht werden, gilt: Die Zahlung ist auch dann noch rechtzeitig, wenn sie unverzüglich nach einer von uns
- in Textform abgegebenen Zahlungsaufforderung erfolgt.
- Wenn wir den fälligen Beitrag nicht abbuchen können, weil Sie das Lastschriftmandat widerrufen haben, gilt: Wir können künftig Zahlung außerhalb des Lastschriftverfahrens verlangen. Dies gilt auch, wenn Sie aus anderen Gründen zu vertreten haben, dass wir den Beitrag nicht abbuchen können. Sie müssen den Beitrag allerdings erst bezahlen, wenn wir Sie in Textform hierzu aufgefordert haben.
- 15.5 Teilzahlung und Folgen bei verspäteter Zahlung**
Wenn wir die Zahlung des Jahresbeitrages in Raten vereinbart haben, gilt: Wenn Sie mit der Zahlung einer Rate im Verzug sind, sind die noch ausstehenden Raten sofort fällig. Wir können für die Zukunft jährliche Beitragszahlung verlangen.
- 15.6 Beitrag bei vorzeitiger Vertragsbeendigung**
Bei vorzeitiger Beendigung des Vertrages gilt, soweit nicht etwas anderes bestimmt ist: Wir können nur den Teil des Beitrages beanspruchen, der der abgelaufenen Vertragszeit entspricht.
- 16. Warum können sich die Bedingungen, der Beitrag und die Selbstbeteiligung ändern?**
- 16.1 Bedingungsanpassung**
- 16.1.1 Wir sind berechtigt, betroffene Bedingungen zu ändern, zu ergänzen oder zu ersetzen (Anpassung). Dies gilt bei
- Änderung bestehender oder Inkrafttreten neuer Rechtsvorschriften, die sich unmittelbar auf einzelne Bestimmungen des Versicherungsvertrages auswirken;
 - den Versicherungsvertrag betreffender Änderung der höchstrichterlichen Rechtsprechung;
 - rechtskräftiger Feststellung der Unwirksamkeit einzelner Bedingungen durch ein Gericht;
 - Beanstandung einzelner Bedingungen als mit geltendem Recht nicht vereinbar durch die Versicherungsaufsichtsbehörde oder Kartellbehörde im Wege eines bestandskräftigen Verwaltungsaktes;
 - Verstoß einzelner Bedingungen gegen Leitlinien oder Rundschreiben der Versicherungsaufsichtsbehörde oder Kartellbehörde.
- 16.1.2 Unsere Anpassungsbefugnis besteht für Bedingungen über
- Gegenstand, Umfang und Ausschlüsse der Versicherung;
 - Ihre Obliegenheiten (Mitwirkungspflichten) nach Vertragsschluss;
 - Beitragsanpassung;
 - Vertragsdauer und Kündigung.
- 16.1.3 Für unsere Anpassungsbefugnis gilt: Ein Änderungsanlass (Ziffer 16.1.1) muss das Verhältnis zwischen Leistung und Gegenleistung erheblich stören. Maßgeblich ist das Verhältnis, das bei Vertragsschluss zugrunde gelegt wurde. Bei Unwirksamkeit oder Beanstandung einzelner Bedingungen gilt darüber hinaus: Die Anpassung ist nur zulässig, wenn keine gesetzliche Regelung

an die Stelle der unwirksamen oder beanstandeten Bedingungen treten kann.

- 16.1.4 Die Anpassung darf bei ihrer Gesamtbetrachtung das Verhältnis zwischen Leistung und Gegenleistung nicht zu Ihrem Nachteil ändern. Maßgeblich ist das Verhältnis, das bei Vertragsschluss zugrunde gelegt wurde (Verschlechterungsverbot). Die Anpassung muss nach den Grundsätzen einer ergänzenden Vertragsauslegung unter Wahrung der beiderseitigen Interessen erfolgen.
- 16.1.5 Wenn sich die gerichtlichen und behördlichen Entscheidungen gegen Bedingungen anderer Versicherer richten, gilt: Unsere Anpassungsbefugnis besteht unter den oben genannten Voraussetzungen für im Wesentlichen inhaltsgleiche Bedingungen.
- 16.1.6 Die Zulässigkeit und Angemessenheit der Anpassung muss von einem unabhängigen Treuhänder überprüft und bestätigt werden. Die Bestimmungen des Versicherungsaufsichtsgesetzes für die Bestellung eines Treuhänders gelten entsprechend.
- 16.1.7 Wir werden Ihnen die angepassten Bedingungen schriftlich mitteilen und erläutern. Sie gelten als genehmigt, wenn Sie nicht innerhalb von sechs Wochen nach der Mitteilung widersprechen. Hierauf werden wir Sie in der Mitteilung ausdrücklich hinweisen.
- 16.1.8 Bei fristgemäßem Widerspruch tritt die Anpassung nicht in Kraft. Wir können den Versicherungsvertrag dann aber kündigen. Voraussetzung ist, dass uns das Festhalten an dem Vertrag ohne die Anpassung unzumutbar ist. Unsere Kündigung muss Ihnen innerhalb von vier Wochen nach Zugang Ihres Widerspruchs zugehen. Sie muss mit einer Frist von acht Wochen zum jeweiligen Monatsende erfolgen.
- 16.2 Änderung der für die Beitragsberechnung wesentlichen Umstände**
- 16.2.1 Wenn nach Vertragsabschluss ein Umstand eintritt, der nach unserem Tarif einen höheren als den vereinbarten Beitrag rechtfertigt, gilt: Wir können vom Eintritt dieses Umstandes an für die hierdurch entstandene höhere Gefahr den höheren Beitrag verlangen. Wir können die Absicherung der höheren Gefahr ausschließen, wenn wir diese nach unserem Tarif auch gegen einen höheren Beitrag nicht übernehmen. Wenn sich der Beitrag wegen der Gefahrerhöhung um mehr als zehn Prozent erhöht, gilt: Sie können den Vertrag innerhalb eines Monats nach Zugang unserer Mitteilung ohne Einhaltung einer Frist kündigen. Dies gilt auch, wenn wir die Absicherung der höheren Gefahr ausschließen. In unserer Mitteilung müssen wir Sie auf Ihr Kündigungsrecht hinweisen. Wir können unsere Rechte nur innerhalb eines Monats nach Kenntnis ausüben.
- 16.2.2 Wenn nach Vertragsabschluss ein Umstand eintritt, der nach unserem Tarif einen geringeren als den vereinbarten Beitrag rechtfertigt, gilt: Wir können vom Eintritt dieses Umstandes an nur noch den geringeren Beitrag verlangen. Wenn Sie diesen Umstand später als

zwei Monate nach Eintritt anzeigen, wird der Beitrag erst ab Anzeige herabgesetzt.

- 16.2.3 Sie müssen uns innerhalb eines Monats nach Zugang einer Aufforderung die zur Beitragsberechnung erforderlichen Angaben machen. Wenn Sie diese Pflicht verletzen, gilt: Wir können den Vertrag unter Einhaltung einer Frist von einem Monat kündigen. Voraussetzung ist aber, dass Sie die Angabeverpflichtung vorsätzlich oder grob fahrlässig verletzt haben. Sie müssen beweisen, dass Sie nicht grob fahrlässig gehandelt haben. Wenn der Versicherungsfall später als einen Monat nach dem Zeitpunkt eintritt, an dem uns Ihre Angaben hätten zugehen müssen, gilt
- bei Vorsatz: Sie haben keinen Versicherungsschutz;
 - bei grober Fahrlässigkeit: Wir können Ihren Versicherungsschutz kürzen. Maßstab ist die Schwere Ihres Verschuldens. Sie müssen beweisen, dass Sie nicht grob fahrlässig gehandelt haben.
- Trotz Vorsatzes bzw. grober Fahrlässigkeit haben Sie Versicherungsschutz, wenn
- zum Zeitpunkt des Versicherungsfalles die Frist für unsere Kündigung abgelaufen war und wir nicht gekündigt haben;
 - Sie nachweisen, dass die Änderung des für die Beitragsberechnung wesentlichen Umstandes weder für den Eintritt des Versicherungsfalles noch den Umfang unserer Leistung ursächlich war;
 - uns die zur Beitragsberechnung erforderlichen Angaben bereits bekannt waren.
- 16.2.4 Die vorstehenden Regelungen finden keine Anwendung, wenn sich die Gefahr nur unerheblich erhöht hat. Gleiches gilt, wenn nach den Umständen als vereinbart anzusehen ist, dass die Gefahrerhöhung mitversichert sein soll.
- 16.3 Beitragsanpassung**
- 16.3.1 Warum nehmen wir eine Beitragsanpassung vor? Die Beiträge sind Ihre Gegenleistung für unser Leistungsversprechen. Wir benötigen die Beiträge, damit wir unsere Leistungsverpflichtungen in allen versicherten Schadensfällen erfüllen können. Wir prüfen deshalb jährlich, ob der Beitrag wegen einer Veränderung des Schadensbedarfes anzupassen ist. Die Ermittlung des Veränderungswertes (Ziffer 16.3.2) kann dazu führen, dass der Beitrag erhöht oder gesenkt wird oder in der bisherigen Höhe bestehen bleibt.
- 16.3.2 Ermittlung des Veränderungswertes als Grundlage der Beitragsanpassung
Der ermittelte Veränderungswert ist maßgeblich für die Frage, ob der Beitrag in der bisherigen Höhe bestehen bleibt.
- 16.3.2.1 Statistische Ermittlung durch einen unabhängigen Treuhänder
Ein unabhängiger Treuhänder ermittelt bis zum 1. Juli eines jeden Jahres einen Veränderungswert für die Beitragsanpassung. Der Treuhänder legt bei seiner Ermittlung die Daten einer möglichst großen Zahl von Unternehmen, die die Rechtsschutzversicherung an-

bieten, zugrunde, so dass der von ihm ermittelte Wert den gesamten Markt der Rechtsschutzversicherung bestmöglich widerspiegelt.

Der Ermittlung des Veränderungswertes liegt folgende Fragestellung (Berechnungsmethode) zugrunde:

Um wie viel Prozent hat sich im letzten Kalenderjahr der Bedarf für Zahlungen (das heißt: das Produkt von Schadenhäufigkeit und Durchschnitt der Schadenzahlungen) gegenüber dem vorletzten Kalenderjahr (Bezugsjahre) erhöht oder vermindert?

(Als Schadenhäufigkeit eines Kalenderjahres gilt die Anzahl der in diesem Jahr gemeldeten Versicherungsfälle, geteilt durch die Anzahl der im Jahresmittel versicherten Risiken. Die Schadenhäufigkeit gibt an, für wie viel Prozent der versicherten Verträge ein Schaden gemeldet worden ist. Um den Durchschnitt der Schadenzahlungen eines Kalenderjahres zu berechnen, werden alle in diesem Jahr erledigten Versicherungsfälle betrachtet. Die Summe der insgesamt geleisteten Zahlungen für diese Versicherungsfälle wird durch deren Anzahl geteilt.)

Veränderungen, die aus Leistungsverbesserungen (zum Beispiel: Einschluss einer neuen Leistungart) herrühren, berücksichtigt der Treuhänder nur, wenn die Leistungsverbesserungen in beiden Vergleichsjahren zum Leistungsinhalt gehörten.

Der Treuhänder ermittelt den Veränderungswert getrennt für folgende Vertragsgruppen:

- Verkehrs-, Fahrzeug- und Fahrer-Rechtsschutz,
- Privat- und Berufs-Rechtsschutz, Rechtsschutz für Selbstständige oder Firmen, Vereins-, sowie Immobilien-Rechtsschutz,
- Privat-, Berufs- und Verkehrs-Rechtsschutz sowie Rechtsschutz für Landwirte,
- Rechtsschutz für Selbstständige oder Firmen mit Privat-, Berufs-, Verkehrs- sowie Immobilien-Rechtsschutz.

Innerhalb jeder Vertragsgruppe wird der Veränderungswert getrennt für Verträge mit und ohne Selbstbeteiligung ermittelt. Die so ermittelten Veränderungswerte gelten jeweils einheitlich für alle in der Gruppe zusammengefassten Verträge mit bzw. ohne Selbstbeteiligung.

Der Treuhänder rundet einen nicht durch 2,5 teilbaren Veränderungswert auf die nächst geringere positive durch 2,5 teilbare Zahl ab (Beispielsweise wird 8,4 % auf 7,5 % abgerundet.) bzw. auf die nächst größere negative durch 2,5 teilbare Zahl auf (Beispielsweise wird -8,4 % auf -7,5 % aufgerundet.). Veränderungswerte im Bereich von -5 % bis +5 % werden nicht gerundet.

- 16.3.2.2 Ermittlung aufgrund unternehmenseigener Zahlen
Auf der Grundlage unserer unternehmenseigenen Zahlen ermitteln wir bis zum 1. Juli eines jeden Jahres den für unser Unternehmen individuellen Veränderungswert. Dabei wenden wir die für die Ermittlung durch den unabhängigen Treuhänder geltenden Regeln (Ziffer 16.3.2.1) entsprechend an.

- 16.3.3 Welches ist der für die Anpassung des Beitrages maßgebliche Veränderungswert?

Grundsatz: Für die Beitragsanpassung (Erhöhung oder Senkung) ist grundsätzlich der Veränderungswert maßgeblich, den der unabhängige Treuhänder ermittelt hat (Ziffer 16.3.2.1).

Ausnahme: Wir vergleichen unseren unternehmensindividuellen Veränderungswert mit dem vom Treuhänder nach Ziffer 16.3.2.1 ermittelten Wert. Unser unternehmensindividueller Wert ist dann für die Beitragsanpassung maßgeblich, wenn dieser Vergleich ergibt,

- dass unser Wert unter dem vom Treuhänder ermittelten Wert liegt und
- dies auch in den zwei letzten Kalenderjahren der Fall ist, in denen eine Beitragsanpassung zulässig war.

Die zu betrachtenden Kalenderjahre müssen nicht notwendig unmittelbar aufeinander folgen.

- 16.3.4 Unterbleiben einer Beitragsanpassung
Eine Beitragsanpassung unterbleibt, wenn der vom unabhängigen Treuhänder ermittelte Veränderungswert (Ziffer 16.3.2.1) geringer +5 % und größer -5 % ist. Dieser Veränderungswert wird bei der Ermittlung der Voraussetzungen für die nächste Beitragsanpassung mit berücksichtigt (Dies geschieht, indem das Bezugsjahr solange beibehalten wird, bis die 5 %-Grenze erreicht wird. Es wird immer der Bedarf für Zahlungen aus dem jeweiligen Vorjahr mit dem Bedarf für Zahlungen aus dem „festgehaltenen“ Bezugsjahr verglichen.) Unabhängig von der Höhe des Veränderungswerts unterbleibt eine Beitragsanpassung bei Verträgen, bei denen seit dem Versicherungsbeginn noch nicht 12 Monate abgelaufen sind.

- 16.3.5 Erhöhung oder Senkung des Beitrags
Wenn der maßgebliche Veränderungswert +5 % oder mehr beträgt, sind wir berechtigt, den Beitrag entsprechend zu erhöhen. Der angepasste Beitrag darf nicht höher sein als der für Neuverträge geltende Tarifbeitrag.
Wenn der maßgebliche Veränderungswert -5 % oder weniger beträgt, sind wir verpflichtet, den Beitrag entsprechend zu senken.

- 16.3.6 Wann wird die Beitragsanpassung wirksam?
Die Beitragsanpassung wird zu Beginn des zweiten Monats wirksam, der auf unsere Mitteilung über die Beitragsanpassung folgt. Sie gilt für alle Beiträge, die nach unserer Mitteilung ab einschließlich 1. Oktober fällig werden.
In der Mitteilung weisen wir Sie auf Ihr außerordentliches Kündigungsrecht hin (Ziffer 16.3.7).

- 16.3.7 Ihr außerordentliches Kündigungsrecht
Wenn sich der Beitrag erhöht (Ziffer 16.3.5), können Sie den Versicherungsvertrag mit sofortiger Wirkung kündigen. Sie können frühestens jedoch zu dem Zeitpunkt kündigen, an dem die Beitragserhöhung wirksam wird. Ihre Kündigung muss uns innerhalb eines Monats zugehen, nachdem Ihnen unsere Mitteilung über die Beitragsanpassung zugegangen ist.

Wenn sich der Beitrag ausschließlich wegen einer Erhöhung der Versicherungssteuer erhöht, steht Ihnen das Recht zur außerordentlichen Kündigung nicht zu.

16.4 Anpassung der Selbstbeteiligung

Wenn wir berechtigt sind, den Folgejahresbeitrag zu erhöhen (Ziffer 16.3) gilt: Wir können auch eine vereinbarte Selbstbeteiligung erhöhen. Dann mindert sich die Anpassung des Folgejahresbeitrages (Ziffer 16.3) entsprechend. Grundlage sind die Feststellungen des unabhängigen Treuhänders (Ziffer 16.3). Die Erhöhung erfolgt unter Wahrung versicherungsmathematischer Grundsätze. Sie gilt für Versicherungsfälle, die eintreten, nachdem der Folgejahresbeitrag fällig wurde (Ziffer 16.3.6). Ihr Kündigungsrecht gemäß Ziffer 16.3.7 gilt auch im Falle dieser Anpassung der Selbstbeteiligung.

17. Wann verjähren Ansprüche aus meiner Versicherung?

17.1 Die Ansprüche verjähren in drei Jahren. Die Fristberechnung richtet sich nach den allgemeinen Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB).

17.2 Ist ein Anspruch aus dem Versicherungsvertrag bei uns angemeldet worden, gilt: Die Verjährung ist von der Anmeldung bis zu dem Zeitpunkt gehemmt, zu dem Ihnen unsere Entscheidung in Textform zugeht.

18. Zuständiges Gericht, anzuwendendes Recht

18.1 Für diesen Versicherungsvertrag gilt deutsches Recht.

18.2 Klagen gegen das Versicherungsunternehmen
Wenn Sie uns verklagen wollen, können Sie die Klage an folgenden Orten einreichen:
– An unserem Sitz oder am Sitz unserer für Ihren Vertrag zuständigen Niederlassung;

– Wenn Sie eine natürliche Person sind, auch am Gericht Ihres Wohnsitzes. Haben Sie keinen Wohnsitz, können Sie die Klage am Gericht Ihres gewöhnlichen Aufenthaltes einreichen.

18.3 Klagen gegen das Schadensabwicklungsunternehmen (kurz: Unternehmen)

Wenn Sie Ihren Anspruch auf Rechtsschutz gerichtlich geltend machen wollen, gilt: Sie müssen Ihre Klage gegen das Unternehmen richten, das wir mit der Leistungsbearbeitung beauftragt haben, vgl. § 126 Versicherungsvertragsgesetz (VVG).

Es ist für Sie im Versicherungsschein bezeichnet.

Sie können Ihre Klage an folgenden Orten einreichen:

- Am Sitz des Unternehmens,
- Am Gericht Ihres Wohnsitzes. Wenn Sie keinen Wohnsitz haben, können Sie die Klage am Gericht Ihres gewöhnlichen Aufenthaltes einreichen.

18.4 Klagen gegen den Versicherungsnehmer

Wenn wir Sie verklagen müssen, können wir die Klage an folgenden Orten einreichen:

- Wenn Sie eine natürliche Person sind, am Gericht Ihres Wohnsitzes. Haben Sie keinen Wohnsitz, können wir die Klage am Gericht Ihres gewöhnlichen Aufenthaltes einreichen.
- Wenn Ihr Wohnsitz oder Ihr gewöhnlicher Aufenthalt zum Zeitpunkt der Klageerhebung nicht bekannt ist, an unserem Sitz oder am Sitz unserer für Ihren Vertrag zuständigen Niederlassung.
- Wenn Sie eine juristische Person sind oder eine Offene Handelsgesellschaft, Kommanditgesellschaft, Gesellschaft bürgerlichen Rechts oder eine eingetragene Partnerschaftsgesellschaft, ist das Gericht an Ihrem Sitz oder Ihrer Niederlassung zuständig.

Versicherungsbedingungen 2016

D.A.S. Rechtsschutz Spezial



RECHT AN IHRER SEITE

Mit dem Versprechen der ERGO
„Versichern heißt verstehen.“

Ein Produkt der ERGO Versicherung AG

D.A.S. Rechtsschutz Spezial

Ein Produkt der ERGO Versicherung AG

Versicherungsbedingungen (KT 2016 RS SP)

Inhaltsverzeichnis

1. Was leistet mein D.A.S. Rechtsschutz?	2
2. Was ist im Immobilien-Rechtsschutz versichert?	2
2.1 Immobilien-Rechtsschutz Eigentümer, Mieter, Pächter und Nutzungsberechtigte	2
2.2 Immobilien-Rechtsschutz Vermieter und Verpächter	2
3. Was ist im Kfz-Gewerbe- bzw. Fahrschul-Rechtsschutz versichert? (gegenstandslos)	2
4. Was ist im Firmen-Vertrags-Rechtsschutz versichert? (gegenstandslos)	2
5. Was ist im Vereins-Rechtsschutz versichert? (gegenstandslos)	2
6. Welche Leistungen bietet mein Versicherungsschutz?	2
6.1 Immobilien-Rechtsschutz	2
6.2 Kfz-Gewerbe- bzw. Fahrschul-Rechtsschutz (gegenstandslos)	2
6.3 Vereins-Rechtsschutz (gegenstandslos)	2
7. Welchen Umfang haben die Leistungen?	2
8. Was sind die Voraussetzungen für meinen Anspruch auf Rechtsschutz?	5
9. Welche Rechtsstellung haben mitversicherte Personen? Wer ist mitversichert?	6
10. Was ist vom Versicherungsschutz ausgeschlossen?	6
11. Was gilt, wenn der Rechtsschutz wegen mangelnder Erfolgsaussichten oder wegen Mutwilligkeit abgelehnt wird?	7
12. Welche Obliegenheiten (Mitwirkungspflichten) habe ich und welche Folgen hat ihre Verletzung?	7
13. In welchen Ländern bin ich versichert?	8
14. Wann beginnt mein Versicherungsschutz?	8
15. Wie lange läuft mein Vertrag?	8
16. Kann der Vertrag nach einem Rechtsschutzfall gekündigt werden?	8
17. Was geschieht, wenn das versicherte Interesse wegfällt?	9
18. Was muss ich bei der Beitragszahlung beachten?	9
18.1 Beitrag und Versicherungssteuer	9
18.2 Zahlung und Folgen verspäteter Zahlung/erster oder einmaliger Beitrag	9
18.3 Zahlung und Folgen verspäteter Zahlung/Folgebeitrag	9
18.4 Rechtzeitigkeit der Zahlung beim Lastschriftverfahren	10
18.5 Teilzahlung und Folgen bei verspäteter Zahlung	10
18.6 Beitrag bei vorzeitiger Vertragsbeendigung	10
19. Warum können sich die Bedingungen, der Beitrag und die Selbstbeteiligung ändern?	10
19.1 Bedingungsanpassung	10
19.2 Änderung der für die Beitragsberechnung wesentlichen Umstände	11
19.3 Beitragsanpassung	11
19.4 Anpassung der Selbstbeteiligung	12
20. Wann verjähren Ansprüche aus meiner Versicherung?	12
21. Zuständiges Gericht, anzuwendendes Recht	12

1. Was leistet mein D.A.S. Rechtsschutz?

Sie möchten Ihre rechtlichen Interessen wahrnehmen. Wir erbringen die dafür erforderlichen Leistungen. Ihr Umfang ist in diesen Bedingungen beschrieben.

2. Was ist im Immobilien-Rechtsschutz versichert?

Je nach Vereinbarung besteht der Immobilien-Rechtsschutz für Sie als Eigentümer, Mieter, Pächter oder Nutzungsberechtigter. Er kann auch für Sie als Vermieter oder Verpächter bestehen. Ihr Rechtsschutz umfasst zudem die telefonische Rechtserstberatung. Im Rechtsschutzfall empfehlen wir Ihnen auf Wunsch einen geeigneten Rechtsanwalt.

2.1 Immobilien-Rechtsschutz Eigentümer, Mieter, Pächter und Nutzungsberechtigte

2.1.1 Versicherungsschutz besteht für Sie in Ihrer im Versicherungsschein bezeichneten Eigenschaft. Sie sind also als Eigentümer, Mieter, Pächter oder Nutzungsberechtigter versichert. Ihre Immobilie (Grundstück, Gebäude oder Gebäudeteil) muss im Versicherungsschein bezeichnet sein. Sie müssen sie zudem selbst nutzen. Soweit es sich um eine Wohneinheit handelt, gilt: Der Versicherungsschutz erstreckt sich auch auf Garagen oder Kraftfahrzeug-Abstellplätze. Sie müssen aber der Wohneinheit zuzurechnen sein.

2.1.2 Ihr Versicherungsschutz umfasst die Leistungen der Ziffer 6.1.

2.2 Immobilien-Rechtsschutz Vermieter und Verpächter

2.2.1 Versicherungsschutz besteht für Sie in Ihrer im Versicherungsschein bezeichneten Eigenschaft. Sie sind also als Vermieter oder Verpächter versichert. Die Immobilie (Grundstück, Gebäude oder Gebäudeteil) muss im Versicherungsschein bezeichnet sein. Sie sind auch als Eigentümer dieser Immobilie versichert. Soweit es sich um eine Wohneinheit handelt, gilt: Der Versicherungsschutz erstreckt sich auch auf Garagen oder Kraftfahrzeug-Abstellplätze. Sie müssen aber der Wohneinheit zuzurechnen sein.

2.2.2 Ihr Versicherungsschutz umfasst die Leistungen der Ziffer 6.1.

3. Was ist im Kfz-Gewerbe- bzw. Fahrschul-Rechtsschutz versichert? (gegenstandslos)

4. Was ist im Firmen-Vertrags-Rechtsschutz versichert? (gegenstandslos)

5. Was ist im Vereins-Rechtsschutz versichert? (gegenstandslos)

6. Welche Leistungen bietet mein Versicherungsschutz?

6.1 Immobilien-Rechtsschutz

Für Sie bestehen, je nach Vereinbarung gemäß Ziffer 2, die im Folgenden bezeichneten Leistungen.

6.1.1 Wohnungs- und Grundstücks-Rechtsschutz um rechtliche Interessen aus Miet- und Pachtverhältnissen, sonstigen Nutzungsverhältnissen und dinglichen Rechten (ein gegen jedermann wirkendes Recht, z. B. das Eigentum) wahrzunehmen. Voraussetzung ist, dass sie Grundstücke, Gebäude oder Gebäudeteile zum Gegenstand haben. Im Immobilien-Rechtsschutz Vermieter und Verpächter umfasst der Rechtsschutz zudem das Vermieterinkasso (Ziffer 7.1.10) und die Bonitätsprüfung (Ziffer 7.5.3);

6.1.2 Steuer-Rechtsschutz um rechtliche Interessen in steuer- und abgaberechtlichen Angelegenheiten gerichtlich wahrzunehmen. Im Immobilien-Rechtsschutz gemäß Ziffer 2.1 besteht der Rechtsschutz auch im Zusammenhang mit Erschließungs- und sonstigen Anliegerabgaben für versicherte selbst bewohnte Einheiten. Der Steuer-Rechtsschutz besteht vor deutschen Finanz- und Verwaltungsgerichten.

6.1.3 Erweiterte Telefonberatung Die erweiterte Telefonberatung beinhaltet die vorsorgliche telefonische Erstberatung. Diese Leistung können Sie also ohne Eintritt eines Rechtsschutzfalles (Ziffer 8.1) in Anspruch nehmen. Die Ausschlüsse vom Versicherungsschutz (Ziffer 10) gelten nicht. Wir vermitteln die Anwaltskanzlei, die Sie telefonisch berät. Diese Leistung besteht bereits, sobald Ihnen der Versicherungsschein zugegangen ist. Voraussetzung hierfür ist aber, dass unser Vertrag für das betroffene Risiko ohne zeitliche Unterbrechung an den Vertrag eines Vorversicherers anschließt. Ziffer 16.2 gilt nicht;

6.1.4 Mediations-Rechtsschutz Mediation eröffnet Ihnen die Möglichkeit der freiwilligen, außergerichtlichen Streitbeilegung. Mit Hilfe der Moderation einer neutralen Person (Mediator), die wir vermitteln, erarbeiten die Parteien eigenverantwortlich eine Problemlösung. Wir übernehmen gemäß Ziffer 7.1.3 die Vergütung des von uns vermittelten Mediators. Voraussetzung ist, dass das Mediationsverfahren in Deutschland durchgeführt wird. Der Mediations-Rechtsschutz erweitert die Leistungen der Ziffer 6.1 entsprechend. Die Ausschlüsse vom Versicherungsschutz (Ziffer 10) gelten nicht.

6.2 **Kfz-Gewerbe- bzw. Fahrschul-Rechtsschutz** (gegenstandslos)

6.3 **Vereins-Rechtsschutz** (gegenstandslos)

7. Welchen Umfang haben die Leistungen?

7.1 Wir übernehmen

7.1.1 bei Eintritt des Rechtsschutzfalles im Inland die Vergütung eines für Sie tätigen Rechtsanwaltes. Wir tragen diese Vergütung bis zur Höhe der gesetzlichen Vergütung eines am Ort des zuständigen Gerichtes ansässigen Rechtsanwaltes. Wir tragen zudem die Fahrtkosten Ihres Rechtsanwaltes zu Ihnen bis zu einer Entfernung von 50 km (Mobiler Anwalt). Voraussetzung ist, dass Sie Ihren Rechtsanwalt wegen Erkrankung oder Unfall nicht aufsuchen können. Diese Fahrtkosten tra-

- gen wir einschließlich Tage- und Abwesenheitsgeld bis zur Höhe der Sätze, die für Geschäftsreisen deutscher Rechtsanwälte gelten. Wohnen Sie mehr als 100 km Luftlinie vom zuständigen Gericht entfernt und nehmen Sie vor diesem Gericht Ihre Interessen wahr, gilt: Wir tragen entweder weitere Kosten für einen in Ihrem Landgerichtsbezirk ansässigen Rechtsanwalt oder Reisekosten Ihres Anwaltes zum Ort des zuständigen Gerichtes. Diese weiteren Kosten tragen wir bis zur Höhe der gesetzlichen Vergütung eines Rechtsanwaltes, der nur den Schriftverkehr mit Ihrem Anwalt am Ort des zuständigen Gerichtes führt. Im Disziplinar- und Standes-Rechtsschutz tragen wir diese weiteren Kosten nicht. Im Straf- und Ordnungswidrigkeiten-Rechtsschutz sowie im Rechtsschutz für Opfer von Gewaltstraftaten tragen wir diese weiteren Kosten ebenfalls nicht.
- Wenn Ihr Rechtsanwalt eine Gebühr für eine Beratung berechnet, tragen wir die gesetzliche Vergütung bis zu einer Höhe von 250 Euro. Die gesetzlichen Bestimmungen über die Anrechnung der Gebühr bleiben unberührt;
- 7.1.2 bei Eintritt eines Rechtsschutzfalles im Ausland die Vergütung eines für Sie tätigen Rechtsanwaltes. Voraussetzung ist, dass dieser Rechtsanwalt am Ort des zuständigen Gerichtes ansässig oder im Inland zugelassen ist. Wenn er im Inland zugelassen ist, gilt: Wir tragen die Vergütung bis zur Höhe der gesetzlichen Vergütung, die entstanden wäre, wenn das Gericht, an dessen Ort Ihr Rechtsanwalt ansässig ist, zuständig wäre. Wir tragen zudem die Fahrtkosten Ihres Rechtsanwaltes zu Ihnen bis zu einer Entfernung von 50 km (Mobiler Anwalt). Voraussetzung ist, dass Sie Ihren Rechtsanwalt wegen Erkrankung oder Unfall nicht aufsuchen können. Diese Fahrtkosten tragen wir einschließlich Tage- und Abwesenheitsgeld bis zur Höhe der Sätze, die für Geschäftsreisen deutscher Rechtsanwälte gelten. Wohnen Sie mehr als 100 km Luftlinie vom zuständigen Gericht entfernt und ist ein ausländischer Rechtsanwalt für Sie tätig, gilt: Wir tragen weitere Kosten für einen in Ihrem Landgerichtsbezirk ansässigen Rechtsanwalt. Wir tragen diese weiteren Kosten bis zur Höhe der gesetzlichen Vergütung eines Rechtsanwaltes, der lediglich den Verkehr mit dem ausländischen Rechtsanwalt führt. Ist der Rechtsschutzfall durch einen Kraftfahrzeugunfall im europäischen Ausland eingetreten, gilt: Wir tragen auch eine entstandene Geschäftsgebühr des inländischen Rechtsanwaltes. Voraussetzung ist, dass eine Rechtsverfolgung im Ausland notwendig wurde. Eine Regulierung vor dem Regulierungsbeauftragten bzw. vor der Einigungsstelle im Inland muss also ergebnislos geblieben sein;
- 7.1.3 Ihren Anteil der Vergütung des von uns vermittelten Mediators bis zu einer Höhe von 2.000 Euro je Mediationsverfahren. Wir übernehmen jedoch nicht mehr als 4.000 Euro für alle in einem Kalenderjahr eingeleiteten Mediationsverfahren;
- 7.1.4 die Gerichtskosten. Dies gilt einschließlich der Entschädigung für Zeugen und Sachverständige, die vom Gericht herangezogen werden. Wir übernehmen zudem die Kosten des Gerichtsvollziehers;
- 7.1.5 die Gebühren eines Schieds- oder Schlichtungsverfahrens. Wir übernehmen diese Gebühren bis zur Höhe der Gebühren, die im Falle der Anrufung eines zuständigen staatlichen Gerichtes erster Instanz entstehen;
- 7.1.6 die Kosten in Verfahren vor Verwaltungsbehörden. Dies gilt einschließlich der Entschädigung für Zeugen und Sachverständige, die von der Verwaltungsbehörde herangezogen werden. Wir übernehmen zudem die Kosten der Vollstreckung im Verwaltungswege;
- 7.1.7 die übliche Vergütung
- 7.1.7.1 eines Sachverständigen. Dieser Sachverständige muss über die erforderliche technische Sachkunde verfügen. Als technisch sachkundig gelten Sachverständige, die von einer staatlichen oder staatlich anerkannten Stelle bestellt oder von einer nach den jeweils gültigen DIN/ISO-Normen akkreditierten Stelle zertifiziert worden sind. Dies gilt, wenn Sie
- sich in verkehrsrechtlichen Straf- und Ordnungswidrigkeitenverfahren verteidigen;
 - Ihre rechtlichen Interessen aus Kauf- und Reparaturverträgen über Motorfahrzeuge zu Lande und Anhänger wahrnehmen;
- 7.1.7.2 eines im Ausland ansässigen Sachverständigen. Dies gilt, wenn Sie Ersatzansprüche wegen der im Ausland eingetretenen Beschädigung eines Motorfahrzeuges zu Lande oder Anhängers geltend machen;
- 7.1.8 die Kosten Ihrer Reisen zu einem ausländischen Gericht. Voraussetzung ist, dass Ihr Erscheinen als Beschuldigter oder Partei vorgeschrieben ist. Ihr Erscheinen muss zur Vermeidung von Rechtsnachteilen erforderlich sein. Wir übernehmen diese Kosten bis zur Höhe der Sätze, die für Geschäftsreisen deutscher Rechtsanwälte gelten;
- 7.1.9 die Kosten, die Ihrem Gegner entstanden sind, um seine rechtlichen Interessen wahrzunehmen. Voraussetzung ist, dass Sie diese erstatten müssen;
- 7.1.10 im Immobilien-Rechtsschutz Vermieter und Verpächter (Ziffer 2.2) die Inkassokosten. Sie müssen eine Forderung gegenüber Ihrem Mieter oder Pächter an ein Inkassounternehmen abgegeben haben. Wir müssen Ihnen dieses Inkassounternehmen benannt haben. Die Forderung muss bei Abgabe an das Inkassounternehmen auf Zahlung gerichtet, fällig und unbestritten gewesen sein. Die Bemühungen des Inkassounternehmens müssen erfolglos geblieben sein, da die Forderung wirtschaftlich uneinbringbar war. Wir übernehmen dann das Leistungsentgelt, das das Inkassounternehmen für seine Tätigkeit beansprucht. Wir übernehmen diese Kosten aber nicht, sofern Sie bereits einen Rechtsanwalt beauftragt haben, Ihre Forderung geltend zu machen.

- 7.2 Sie können die Übernahme der von uns zu tragenden Kosten verlangen, sobald Sie nachweisen, dass Sie zu deren Zahlung verpflichtet sind. Gleiches gilt, sobald Sie nachweisen, dass Sie diese Verpflichtung bereits erfüllt haben.
Kosten, die Sie in fremder Währung aufgewandt haben, erstatten wir in Euro. Grundlage ist der Wechselkurs des Tages, an dem Sie diese Kosten gezahlt haben.
- 7.3 Wir übernehmen nicht
- 7.3.1 Kosten, die Sie ohne Rechtspflicht übernommen haben;
- 7.3.2 Kosten, die im Zusammenhang mit einer gütlichen Einigung (Vergleich) entstanden sind. Wir übernehmen diese Kosten aber, wenn sie dem Verhältnis zwischen dem von Ihnen angestrebten Ergebnis und dem tatsächlich erreichten Ergebnis entsprechen. Dabei ist ausschließlich das wirtschaftliche Ergebnis maßgeblich; andere Überlegungen, wie z. B. die Vermeidung einer Beweisaufnahme oder das Prozesskostenrisiko, sind nicht zu berücksichtigen. Wenn eine hiervon abweichende Kostenverteilung gesetzlich vorgeschrieben ist, tragen wir auch diese Kosten;
- 7.3.3 Ihre im Versicherungsschein vereinbarte Selbstbeteiligung je Rechtsschutzfall.
Wir übernehmen Ihre Selbstbeteiligung aber, wenn der Rechtsschutzfall mit einer Erstberatung erledigt ist oder ein Fall der erweiterten Telefonberatung vorliegt. Wir übernehmen Ihre Selbstbeteiligung auch, soweit Sie den Mediations-Rechtsschutz in Anspruch nehmen. Ihre Selbstbeteiligung kann ganz oder teilweise entfallen. Voraussetzung ist, dass die Höhe der Selbstbeteiligung nicht prozentual vereinbart ist und 1.000 Euro je Rechtsschutzfall nicht übersteigt. Dann gilt: Die Selbstbeteiligung entfällt, sobald der Vertrag fünf Jahre schadenfrei ist. Sie fällt lediglich hälftig an, sobald der Vertrag drei Jahre schadenfrei ist.
Bei der Berechnung dieses Zeitraums berücksichtigen wir zu Ihren Gunsten
- die Schadenfreiheit eines Vorvertrages, den Sie bei uns hatten;
 - die leistungsfreien Jahre aus einem unmittelbar vorangehenden Vorvertrag bei einem anderen Versicherer außerhalb der ERGO. Für die Anrechnung des leistungsfreien Zeitraums gilt: Bestand der Vorvertrag mindestens drei Jahre und haben Sie in den letzten drei Jahren dort keine Leistungen in Anspruch genommen, berücksichtigen wir ab Beginn Ihres Vertrages bei uns drei leistungsfreie Jahre. Bestand der Vorvertrag mindestens fünf Jahre und haben Sie in den letzten fünf Jahren dort keine Leistungen in Anspruch genommen, berücksichtigen wir ab Beginn Ihres Vertrages bei uns fünf leistungsfreie Jahre.
Für den Beginn des leistungsfreien Zeitraums beim Vorvertrag ist der Zeitpunkt der Inanspruchnahme der letzten Leistung maßgeblich.
- Die Schadenfreiheit beginnt frühestens mit dem Beginn-Datum der Rechtsschutzversicherung beim Vorversicherer bzw. ab Inanspruchnahme der letzten Leistung beim Vorversicherer.
Dies gilt aber nur für den schadenfreien bzw. leistungsfreien Zeitraum des Vorvertrages, der diesem Vertrag unmittelbar vorausgeht.
Der Vertrag bei uns ist schadenfrei, bis Sie Rechtsschutz beanspruchen, den wir bestätigen. Die Schadenfreiheit endet auch, wenn wir zu Ihren Gunsten Kosten, Gebühren oder Auslagen tragen. Die Schadenfreiheit bleibt jedoch bestehen, wenn Sie ausschließlich die telefonische Erstberatung in Anspruch nehmen. Sie bleibt auch bestehen, wenn Sie einen von uns empfohlenen Rechtsanwalt beauftragen. Die Schadenfreiheit bleibt zudem bestehen, wenn ein Fall der erweiterten Telefonberatung oder des Mediations-Rechtsschutzes vorliegt. Ziffer 16.2 bleibt unberührt.
In dem Rechtsschutzfall, der die Schadenfreiheit beendet, tragen Sie keine bzw. lediglich die hälftige Selbstbeteiligung. Für weitere Rechtsschutzfälle fällt die Selbstbeteiligung aber unvermindert an, es sei denn, es ist im Anschluss an den Schadenfall, der die Schadenfreiheit beendete, ein neuer schadenfreier Zeitraum von drei oder fünf Jahren unter den genannten Bedingungen entstanden.
- 7.3.4 Kosten, die aufgrund der vierten oder jeder weiteren Zwangsvollstreckungsmaßnahme je Vollstreckungstitel (z. B. Urteil, Vollstreckungsbescheid) entstehen;
- 7.3.5 Kosten aufgrund von Zwangsvollstreckungsmaßnahmen, die später als fünf Jahre nach Rechtskraft des Vollstreckungstitels (z. B. Urteil, Vollstreckungsbescheid) eingeleitet werden;
- 7.3.6 Kosten für Strafvollstreckungsverfahren jeder Art nach Rechtskraft einer Geldstrafe oder -buße unter 250 Euro;
- 7.3.7 Kosten, zu deren Übernahme ein anderer verpflichtet wäre, wenn unser Rechtsschutzversicherungsvertrag nicht bestünde;
- 7.3.8 Kosten, die im Rahmen von Zwangsvollstreckungsmaßnahmen bei gewerblich genutzten Grundstücken, Gebäuden oder Gebäudeteilen entstehen. Dies gilt für Kosten, die für eine erforderliche umweltbedingte Beseitigung und Entsorgung von Schadstoffen und Abfällen entstehen;
- 7.3.9 Kosten, die bei Teileintrittspflicht auf den nicht gedeckten Teil entfallen. Treffen Ansprüche zusammen, für die teils Versicherungsschutz besteht, teils nicht, gilt: Wir tragen nur den Teil der angefallenen Kosten, der dem Verhältnis des Wertes des gedeckten Teiles zum Gesamtstreitwert (Quote) entspricht. Im Straf- und Ordnungswidrigkeiten-Rechtsschutz richtet sich unser Kostenanteil nach Gewichtung und Bedeutung der einzelnen Vorwürfe im Gesamtzusammenhang. Dies gilt auch im Disziplinar- und Standes-Rechtsschutz.
- 7.4 Wir zahlen in jedem Rechtsschutzfall höchstens die jeweils vereinbarte Versicherungssumme. Zahlungen

- für Sie und mitversicherte Personen aufgrund desselben Rechtsschutzfalles werden hierbei zusammengerechnet. Dies gilt auch für Zahlungen aufgrund mehrerer Rechtsschutzfälle, die zeitlich und ursächlich zusammenhängen.
- 7.5 Wir sorgen für
- 7.5.1 die Übersetzung der schriftlichen Unterlagen, die Sie benötigen, um im Ausland Ihre rechtlichen Interessen wahrzunehmen. Wir tragen auch die Kosten der Übersetzung;
- 7.5.2 die Zahlung eines zinslosen Darlehens für eine Kautions. Voraussetzung ist, dass diese Kautions notwendig ist, um Sie einstweilen von Strafverfolgungsmaßnahmen zu verschonen. Wir zahlen dieses Darlehen bis zu der in unserem Vertrag vereinbarten Höhe;
- 7.5.3 Bonitätsprüfungen möglicher zukünftiger Mieter/Pächter. Sie können diese Prüfungen einholen, wenn Sie ein Miet- oder Pachtverhältnis anbahnen. Voraussetzung ist, dass der Immobilien-Rechtsschutz Vermieter und Verpächter (Ziffer 2.2) vereinbart ist. Ziffer 16.2 gilt nicht;
- 7.5.4 Ihre schriftlichen Eigenauskünfte als Miet- oder Pachtinteressent bei einer geeigneten Auskunft. Voraussetzung ist, dass der Immobilien-Rechtsschutz (Ziffer 2) vereinbart ist. Ziffer 16.2 gilt nicht.
- 7.6 Alle Bestimmungen, die den Rechtsanwalt betreffen, gelten entsprechend
- 7.6.1 in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit für Notare;
- 7.6.2 im Steuer-Rechtsschutz für Angehörige der steuerberatenden Berufe;
- 7.6.3 für im Ausland ansässige rechts- und sachkundige Bevollmächtigte, wenn Sie dort Ihre rechtlichen Interessen wahrnehmen.
- 8. Was sind die Voraussetzungen für meinen Anspruch auf Rechtsschutz?**
- 8.1 Anspruch auf Rechtsschutz besteht für Sie nach Eintritt eines Rechtsschutzfalles. Der Rechtsschutzfall ist
- 8.1.1 im Schadensersatz-Rechtsschutz das Schadenereignis, das dem Anspruch zugrunde liegt;
- 8.1.2 in allen anderen Fällen der (behauptete) Verstoß gegen Rechtspflichten oder Rechtsvorschriften.
- 8.2 Der Rechtsschutzfall muss nach Beginn Ihres Versicherungsschutzes gemäß Ziffer 14 und vor dessen Beendigung eingetreten sein. Für bestimmte Leistungen besteht Versicherungsschutz erst nach einer Wartezeit. Diese Wartezeit läuft drei Monate nach Versicherungsbeginn ab. Sie besteht für folgende Leistungen: Firmen-Vertrags-Rechtsschutz; Rechtsschutz im Vertrags- und Sachenrecht; Arbeits-, Verwaltungs- sowie Wohnungs- und Grundstücks-Rechtsschutz. Diese Wartezeit besteht aber nicht, soweit Sie Ihre rechtlichen Interessen aufgrund eines Kauf- oder Leasingvertrages über ein fabrikneues Kraftfahrzeug wahrnehmen.
- 8.3 Ist ein Rechtsschutzfall vor Beginn des Versicherungsschutzes gemäß Ziffer 14 oder während der Wartezeit (Ziffer 8.2) eingetreten, gilt: Es besteht dennoch Rechtsschutz, wenn das betroffene Risiko seit mindestens fünf Jahren ununterbrochen bei uns versichert ist. Maßgebend für diese Frist ist der Zeitpunkt, an dem Sie Kenntnis vom Eintritt des Rechtsschutzfalles erlangt haben. Ihr Versicherungsschutz richtet sich nach dem Rechtsschutzvertrag, der zu dem Zeitpunkt gültig war, an dem Sie Kenntnis vom Eintritt des Rechtsschutzfalles erlangt haben.
- 8.4 Erstreckt sich der Rechtsschutzfall über einen Zeitraum, ist dessen Beginn maßgeblich. Wenn Sie Ihre rechtlichen Interessen wahrnehmen und hierfür mehrere Rechtsschutzfälle ursächlich sind, ist der erste Rechtsschutzfall entscheidend. Hierzu gilt: Jeder Rechtsschutzfall, der länger als ein Jahr vor Beginn des Versicherungsschutzes für den betroffenen Gegenstand der Versicherung eingetreten ist, bleibt außer Betracht. Soweit sich der Rechtsschutzfall über einen Zeitraum erstreckt, bleibt er außer Betracht, wenn er länger als ein Jahr vor Beginn des Versicherungsschutzes für den betroffenen Gegenstand der Versicherung beendet ist.
- 8.5 Sie haben keinen Rechtsschutz, wenn
- 8.5.1 eine Willenserklärung oder Rechtshandlung vor Beginn des Versicherungsschutzes den Verstoß nach Ziffer 8.1.2 ausgelöst hat;
- 8.5.2 Sie Ihren Anspruch auf Rechtsschutz erstmals später als drei Jahre nach Beendigung des Versicherungsschutzes für den betroffenen Gegenstand der Versicherung geltend machen.
- 8.6 Sie haben keinen Steuer-Rechtsschutz, wenn die Voraussetzungen für die Festsetzung Ihrer Steuern oder Abgaben vor Versicherungsbeginn liegen.
- 8.7 Abweichend von Ziffern 8.5 und 8.6 haben Sie Anspruch auf Rechtsschutz, wenn
- 8.7.1 eine Willenserklärung oder Rechtshandlung vor Beginn des Versicherungsschutzes in die Vertragslaufzeit Ihres Vorversicherers fällt. Der Verstoß gemäß Ziffer 8.1.2 darf erst während der Laufzeit unseres Versicherungsvertrages eintreten. Ihr Anspruch auf Rechtsschutz besteht allerdings nur dann, wenn bezüglich des betroffenen Risikos ohne zeitliche Unterbrechung Versicherungsschutz besteht;
- 8.7.2 der Versicherungsfall in die Vertragslaufzeit Ihres Vorversicherers fällt. Voraussetzung ist, dass Sie Ihren Anspruch auf Rechtsschutz später als drei Jahre nach Ende der Vertragslaufzeit Ihres Vorversicherers uns gegenüber geltend machen. Sie haben allerdings nur dann Anspruch auf Rechtsschutz, wenn Sie die Meldung bei Ihrem Vorversicherer nicht vorsätzlich oder grob fahrlässig versäumt haben. Voraussetzung ist zudem, dass bezüglich des betroffenen Risikos ohne zeitliche Unterbrechung Versicherungsschutz besteht;
- 8.7.3 die Voraussetzungen für die Festsetzung Ihrer Steuern oder Abgaben während der Vertragslaufzeit Ihres Vor-

versicherers eingetreten sind oder eingetreten sein sollen. Der Verstoß gemäß Ziffer 8.1.2 darf erst während der Laufzeit unseres Versicherungsvertrages eintreten. Sie haben allerdings nur dann Anspruch auf Rechtsschutz, wenn bezüglich des betroffenen Risikos ohne zeitliche Unterbrechung Versicherungsschutz besteht.

8.8 Rechtsschutz nach Ziffer 8.7 besteht in dem Umfang, der zum Zeitpunkt des Eintrittes des Rechtsschutzfalles bestanden hat. Dieser Rechtsschutz besteht höchstens jedoch im Umfang unserer Vereinbarungen.

9. Welche Rechtsstellung haben mitversicherte Personen? Wer ist mitversichert?

9.1 Für mitversicherte Personen gelten die Sie betreffenden Bestimmungen sinngemäß. Sie können jedoch widersprechen, wenn eine mitversicherte Person Rechtsschutz verlangt.

9.2 (gegenstandslos)

9.3 (gegenstandslos)

9.4 (gegenstandslos)

10. Was ist vom Versicherungsschutz ausgeschlossen?

10.1 Rechtsschutz besteht nicht, wenn Sie Ihre rechtlichen Interessen wahrnehmen in ursächlichem Zusammenhang mit

10.1.1 Krieg, feindseligen oder terroristischen Handlungen; Aufruhr oder inneren Unruhen; Streik oder Aussperrung; Erdbeben;

10.1.2 Nuklear- und genetischen Schäden, soweit diese nicht auf eine medizinische Behandlung zurückzuführen sind;

10.1.3 Bergbauschäden an Grundstücken und Gebäuden.

10.2 Rechtsschutz besteht nicht, wenn Sie Ihre rechtlichen Interessen wahrnehmen in ursächlichem Zusammenhang mit

- dem Kauf oder Verkauf eines
 - Grundstückes, das bebaut werden soll;
 - Gebäudes oder Gebäudeteiles, das nicht von Ihnen oder einer mitversicherten Person bewohnt wird oder bewohnt werden soll;
- der Planung oder Errichtung eines Gebäudes oder Gebäudeteiles, das sich in Ihrem Eigentum oder Besitz befindet oder das Sie erwerben oder in Besitz nehmen möchten;
- der anzeige- bzw. genehmigungspflichtigen baulichen Veränderung eines Grundstückes, Gebäudes oder Gebäudeteiles. Dieses Grundstück, Gebäude oder Gebäudeteil befindet sich in Ihrem Eigentum oder Besitz oder Sie möchten es erwerben oder in Besitz nehmen;
- der Finanzierung eines der in Ziffer 10.2 genannten Vorhaben.

10.3 Rechtsschutz besteht nicht, wenn Sie rechtliche Interessen wahrnehmen

10.3.1 um Schadensersatzansprüche abzuwehren. Der Ausschluss gilt nicht, wenn die Ansprüche auf einer Vertragsverletzung beruhen;

10.3.2 aus kollektivem Arbeits- oder Dienstrecht;

10.3.3 in ursächlichem Zusammenhang mit Patent-, Urheber-, Marken-, Geschmacksmuster-, Gebrauchsmusterrechten oder sonstigen Rechten aus geistigem Eigentum;

10.3.4 in ursächlichem Zusammenhang mit

10.3.4.1 Spiel- oder Wettverträgen (einschließlich Schenkkreisen und ähnlichen Schneeballsystemen), Gewinnzusagen sowie Termin- oder vergleichbaren Spekulationsgeschäften;

10.3.4.2 dem Erwerb einschließlich Finanzierung, der Verwaltung oder der Veräußerung von

– Wertpapieren im Sinne des § 2 Absatz 1 Wertpapierhandelsgesetz, z. B. Aktien, Rentenwerte, Fondsanteile;

– Staatsanleihen;

– Beteiligungen, z. B. an Kapitalanlagemodellen, stillen Gesellschaften, Genossenschaften.

Der Ausschluss gilt nicht für die Anlage von vermögenswirksamen Leistungen und steuerlich geförderte Altersvorsorgeprodukte. Der Ausschluss gilt im Wohnungs- und Grundstücks-Rechtsschutz nicht für die Anschaffung und Veräußerung von Genossenschaftsanteilen. Anschaffung und Veräußerung müssen aber mit der selbst bewohnten Genossenschaftswohnung in Zusammenhang stehen;

10.3.4.3 Teilzeitnutzungsrechten (Time-Sharing) an Grundstücken, Gebäuden oder Gebäudeteilen;

10.3.5 aus dem Bereich des Familien-, Lebenspartnerschafts- und Erbrechtes;

10.3.6 aus dem Rechtsschutzversicherungsvertrag gegen uns oder das für uns tätige Schadenabwicklungsunternehmen;

10.3.7 wegen der steuerlichen Bewertung von Grundstücken, Gebäuden oder Gebäudeteilen. Rechtsschutz besteht auch nicht, wenn Sie wegen Erschließungs- und sonstiger Anliegerabgaben rechtliche Interessen wahrnehmen. Der Ausschluss gilt aber nicht, wenn es sich bei diesen Abgaben um laufend erhobene Gebühren für die Grundstücksversorgung handelt;

10.3.8 aus dem Bereich des Asyl- und Ausländerrechtes;

10.3.9 aus dem Recht der Handelsgesellschaften, der Gesellschaft bürgerlichen Rechts, der stillen Gesellschaft oder aus Anstellungsverhältnissen gesetzlicher Vertreter juristischer Personen;

10.3.10 aus dem Kartell- oder sonstigen Wettbewerbsrecht.

10.4 Rechtsschutz besteht nicht um rechtliche Interessen wahrzunehmen

10.4.1 in Verfahren vor Verfassungsgerichten;

- 10.4.2 in Verfahren vor internationalen oder supranationalen Gerichtshöfen. Der Ausschluss gilt nicht, soweit Be- dienstete internationaler oder supranationaler Organi- sationen rechtliche Interessen aus Arbeitsverhältnissen oder öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnissen wahr- nehmen;
- 10.4.3 in ursächlichem Zusammenhang mit einem Insolvenz- verfahren, das über Ihr Vermögen eröffnet wurde oder eröffnet werden soll;
- 10.4.4 in Enteignungs-, Planfeststellungs-, Flurbereinigungs- und im Baugesetzbuch geregelten Angelegenheiten;
- 10.4.5 in Ordnungswidrigkeiten- und Verwaltungsverfahren wegen eines Halt- oder Parkverstoßes;
- 10.4.6 mehrerer Versicherungsnehmer desselben Rechts- schutzversicherungsvertrages untereinander. Rechts- schutz besteht zudem nicht, wenn mitversicherte Personen untereinander und mitversicherte Personen gegen Sie ihre rechtlichen Interessen wahrnehmen;
- 10.4.7 aus Ansprüchen oder Verbindlichkeiten, die nach Ein- tritt des Rechtsschutzfalles auf Sie übertragen worden oder übergegangen sind;
- 10.4.8 aus von Ihnen in eigenem Namen geltend gemachten Ansprüchen anderer Personen oder aus einer Haftung für Verbindlichkeiten anderer Personen;
- 10.4.9 soweit in den Fällen des Schadensersatz-, Arbeits-, Wohnungs- und Grundstücks-, Steuer-, Sozial-, Ver- waltungs-, Disziplinar- und Standes-Rechtsschutzes, Rechtsschutzes im Vertrags- und Sachenrecht und Fir- men-Vertrags-Rechtsschutzes ein ursächlicher Zusam- menhang mit einer von Ihnen vorsätzlich begangenen Straftat besteht. Stellt sich ein solcher Zusammenhang im Nachhinein heraus, müssen Sie uns die Leistungen zurückzahlen, die wir für Sie erbracht haben.

11. Was gilt, wenn der Rechtsschutz wegen mangelnder Erfolgsaussichten oder wegen Mutwilligkeit abgelehnt wird?

- 11.1 Wir können den Rechtsschutz ablehnen, wenn Sie unserer Auffassung nach Ihre rechtlichen Interessen ohne hinreichende Aussicht auf Erfolg wahrnehmen. Dies gilt im Schadensersatz-, Arbeits-, Wohnungs- und Grundstücks-, Steuer-, Sozial-, Verwaltungs-Rechts- schutz, Rechtsschutz im Vertrags- und Sachenrecht und Firmen-Vertrags-Rechtsschutz.
- 11.2 Wir können den Rechtsschutz auch ablehnen, wenn Sie Ihre rechtlichen Interessen mutwillig wahrnehmen. Mutwilligkeit liegt vor, wenn der voraussichtliche Kostenaufwand in einem groben Missverhältnis zum angestrebten Erfolg steht. Die berechtigten Belange der Versichertengemeinschaft sind hierbei zu berücksichtigen.
- 11.3 Wir teilen Ihnen die Ablehnung unverzüglich unter Angabe der Gründe schriftlich mit.
- 11.4 Wenn wir unsere Leistungspflicht gemäß Ziffer 11.1 oder 11.2 verneinen und Sie unserer Auffassung nicht

zustimmen, gilt: Sie können den für Sie tätigen oder noch zu beauftragenden Rechtsanwalt auf unsere Kos- ten veranlassen, uns gegenüber eine Stellungnahme abzugeben. Darin ist zu begründen, ob Sie Ihre rechtli- chen Interessen in einem angemessenen Verhältnis zum angestrebten Erfolg wahrnehmen und dies hin- reichende Aussicht auf Erfolg verspricht. Die Entschei- dung ist für beide Teile bindend. Dies gilt nicht, wenn sie offenbar von der wirklichen Sach- und Rechtslage erheblich abweicht.

- 11.5 Wir können Ihnen eine Frist von mindestens einem Monat setzen. Binnen dieser Frist müssen Sie den Rechtsanwalt vollständig und wahrheitsgemäß über die Sachlage unterrichten und die Beweismittel ange- ben, damit dieser die Stellungnahme gemäß Ziffer 11.4 abgeben kann. Wenn Sie dieser Verpflichtung nicht innerhalb der von uns gesetzten Frist nachkommen, entfällt Ihr Versicherungsschutz. Wir werden Sie aus- drücklich auf diese Rechtsfolge hinweisen.

12. Welche Obliegenheiten (Mitwirkungspflichten) habe ich und welche Folgen hat ihre Verletzung?

- 12.1 Obliegenheiten (Mitwirkungspflichten) nach Eintritt des Versicherungsfalles
 - 12.1.1 Wenn der Rechtsschutzfall eintritt und Sie Versiche- rungsschutz benötigen, gilt:
 - 12.1.1.1 Sie müssen uns den Rechtsschutzfall unverzüglich anzeigen, gegebenenfalls auch telefonisch.
 - 12.1.1.2 Sie müssen uns vollständig und wahrheitsgemäß über sämtliche Umstände des Rechtsschutzfalles unterrich- ten. Sie müssen uns die Beweismittel angeben und Unterlagen auf Verlangen zur Verfügung stellen.
 - 12.1.1.3 Sie müssen Kosten auslösende Maßnahmen mit uns abstimmen, soweit dies für Sie zumutbar ist (z. B. wenn Sie einen Rechtsanwalt beauftragen wollen; Klage erheben wollen; sich gegen eine Klage verteidigen wollen; Rechtsmittel einlegen wollen).
 - 12.1.1.4 Sie müssen den Schaden abwenden oder mindern, soweit Ihnen dies möglich ist. Dies gilt entsprechend § 82 Versicherungsvertragsgesetz (VVG). § 82 Absatz 1 VVG bestimmt: „Der Versicherungsnehmer hat bei Ein- tritt des Versicherungsfalles nach Möglichkeit für die Abwendung und Minderung des Schadens zu sorgen.“. Sie müssen also die Kosten für die Rechtsverfolgung (z. B. Rechtsanwalts-, Gerichtskosten, Kosten der Ge- genseite) so gering wie möglich halten. Hierzu sollten Sie uns oder Ihren Rechtsanwalt fragen. Sie müssen Weisungen von uns befolgen, soweit das für Sie zu- mutbar ist. Außerdem müssen Sie Weisungen von uns einholen, wenn die Umstände dies gestatten.
 - 12.1.2 Wir bestätigen den Umfang des für den Rechtsschutz- fall bestehenden Versicherungsschutzes. Wenn Sie be- reits vorher Maßnahmen ergreifen, um Ihre rechtlichen Interessen wahrzunehmen und dadurch Kosten ent- stehen, gilt: Wir tragen nur die Kosten, die wir bei einer Rechtsschutzbestätigung vor Einleitung dieser Maß- nahmen zu tragen hätten.

- 12.1.3 Sie können den Rechtsanwalt auswählen. Wir wählen den Rechtsanwalt aus,
- wenn Sie dies wünschen;
 - wenn Sie keinen Rechtsanwalt benennen und es uns notwendig erscheint, alsbaldig einen Rechtsanwalt zu beauftragen.
- Wenn wir den Rechtsanwalt auswählen, beauftragen wir ihn in Ihrem Namen. Für die Tätigkeit des Rechtsanwaltes sind wir nicht verantwortlich.
- 12.1.4 Sie müssen Ihren Rechtsanwalt vollständig und wahrheitsgemäß unterrichten. Sie müssen ihm die Beweismittel angeben und die möglichen Auskünfte erteilen. Sie müssen Ihrem Rechtsanwalt auch die notwendigen Unterlagen beschaffen. Sie müssen uns auf Verlangen Auskunft über den Stand der Angelegenheit geben.
- 12.1.5 Wenn Sie eine der in den Ziffern 12.1.1 oder 12.1.4 genannten Obliegenheiten (Mitwirkungspflichten) vorsätzlich verletzen, verlieren Sie Ihren Versicherungsschutz. Wenn Sie sie grob fahrlässig verletzen, gilt: Wir können unsere Leistung kürzen. Maßstab ist die Schwere Ihres Verschuldens. Wenn Sie Ihre Auskunft- oder Aufklärungsobliegenheit verletzen, gilt zudem: Wir müssen Sie durch gesonderte Mitteilung in Textform auf diese Rechtsfolge hingewiesen haben. Ansonsten bleibt Ihr Versicherungsschutz erhalten. Wenn Sie nachweisen, dass Sie die Obliegenheit (Mitwirkungspflicht) nicht grob fahrlässig verletzt haben, bleibt Ihr Versicherungsschutz bestehen. Ihr Versicherungsschutz bleibt auch bestehen, wenn Sie nachweisen, dass die Obliegenheitsverletzung nicht ursächlich war für
- Eintritt oder Feststellung des Versicherungsfalles;
 - Feststellung oder Umfang unserer Leistungspflicht.
- Ihr Versicherungsschutz bleibt aber nicht bestehen, wenn Sie die Obliegenheit (Mitwirkungspflicht) arglistig verletzt haben.
- 12.1.6 Sie müssen sich bei der Erfüllung Ihrer Obliegenheiten (Mitwirkungspflichten) die Kenntnis und das Verhalten des von Ihnen beauftragten Rechtsanwaltes zurechnen lassen. Voraussetzung ist, dass Ihr Rechtsanwalt die Abwicklung des Rechtsschutzfalles uns gegenüber übernimmt.
- 12.1.7 Ansprüche auf Rechtsschutzleistungen können nur mit unserem schriftlichen Einverständnis abgetreten werden.
- 12.1.8 Ihre Ansprüche gegen andere auf Erstattung von Kosten, die wir getragen haben, gehen mit ihrer Entstehung auf uns über. Sie müssen uns die notwendigen Unterlagen aushändigen, damit wir die Ansprüche geltend machen können. Zudem müssen Sie bei unseren Maßnahmen gegen die anderen mitwirken, wenn wir dies verlangen. Sie müssen uns bereits erstattete Kosten zurückzahlen. Wenn Sie diese Obliegenheit (Mitwirkungspflicht) vorsätzlich verletzen, gilt: Wir sind zur Leistung insoweit nicht verpflichtet, als wir infolgedessen keinen Ersatz von dem Dritten erlangen können. Im Fall einer grob fahrlässigen Verletzung der Obliegenheit (Mitwirkungspflicht) können wir unsere Leis-

tung kürzen. Maßstab ist die Schwere Ihres Verschuldens. Sie müssen beweisen, dass Sie nicht grob fahrlässig gehandelt haben.

13. In welchen Ländern bin ich versichert?

- 13.1 Sie sind in Europa, den Anliegerstaaten des Mittelmeeres, auf den Kanarischen Inseln, auf Madeira und den Azoren versichert. Voraussetzung ist, dass Sie dort Ihre rechtlichen Interessen wahrnehmen. Voraussetzung ist zudem, dass dort ein Gericht oder eine Behörde gesetzlich zuständig ist oder wäre.
- 13.2 Außerhalb des Geltungsbereiches nach Ziffer 13.1 tragen wir die Kosten nach Ziffer 7.1 bis zu einem Höchstbetrag von 100.000 Euro. Voraussetzung ist, dass
- der Rechtsschutzfall während eines maximal ein Jahr dauernden Aufenthaltes eintritt;
 - oder
 - Sie Ihre rechtlichen Interessen aus Verträgen wahrnehmen, die Sie über das Internet abgeschlossen haben.
- Es besteht kein Rechtsschutz, wenn Sie Ihre rechtlichen Interessen im Zusammenhang mit dem Erwerb (einschließlich Finanzierung) oder der Veräußerung von Grundstücken, Gebäuden oder Gebäudeteilen wahrnehmen.

14. Wann beginnt mein Versicherungsschutz?

Ihr Versicherungsschutz beginnt zu dem im Versicherungsschein angegebenen Zeitpunkt. Voraussetzung ist, dass Sie den ersten oder einmaligen Beitrag rechtzeitig im Sinne von Ziffer 18.2.1 zahlen. Eine vereinbarte Wartezeit bleibt unberührt.

15. Wie lange läuft mein Vertrag?

- 15.1 Der Vertrag ist für die im Versicherungsschein angegebene Zeit abgeschlossen.
- 15.2 Bei einer Vertragsdauer von mindestens einem Jahr verlängert sich der Vertrag um jeweils ein Jahr. Er verlängert sich nicht, wenn dem Vertragspartner spätestens drei Monate vor Ablauf des jeweiligen Versicherungsjahres eine Kündigung zugegangen ist.
- 15.3 Bei einer Vertragsdauer von weniger als einem Jahr endet der Vertrag, ohne dass es einer Kündigung bedarf, zum vorgesehenen Zeitpunkt.
- 15.4 Bei einer Vertragsdauer von mehr als drei Jahren können Sie den Vertrag zum Ablauf des dritten Jahres oder jedes darauf folgenden Jahres kündigen. Die Kündigung muss uns spätestens drei Monate vor Ablauf des jeweiligen Versicherungsjahres zugegangen sein.

16. Kann der Vertrag nach einem Rechtsschutzfall gekündigt werden?

- 16.1 Sie können den Vertrag vorzeitig kündigen, wenn wir den Rechtsschutz ablehnen, obwohl wir zur Leistung verpflichtet sind. Ihre Kündigung muss uns in Textform spätestens einen Monat nach Zugang der Ablehnung

des Rechtsschutzes bei Ihnen zugegangen sein. Ihre Kündigung wird sofort nach ihrem Zugang bei uns wirksam. Sie können jedoch bestimmen, dass sie zu einem späteren Zeitpunkt wirksam wird, spätestens jedoch zum Ende des laufenden Versicherungsjahres.

- 16.2 Wenn wir unsere Leistungspflicht für mindestens zwei Rechtsschutzfälle, die innerhalb von zwölf Monaten eingetreten sind, bejahen, gilt: Nach Anerkennung der Leistungspflicht für den zweiten oder jeden weiteren Rechtsschutzfall sind Sie ebenso wie wir berechtigt, den Vertrag vorzeitig zu kündigen. Die Kündigung muss dem Vertragspartner in Textform spätestens einen Monat nach Zugang der Anerkennung der Leistungspflicht zugegangen sein. Ihre Kündigung wird sofort nach ihrem Zugang bei uns wirksam. Sie können jedoch bestimmen, dass sie zu einem späteren Zeitpunkt wirksam wird, spätestens jedoch zum Ende des laufenden Versicherungsjahres. Unsere Kündigung wird einen Monat nach Zugang bei Ihnen wirksam.

17. Was geschieht, wenn das versicherte Interesse wegfällt?

- 17.1 Der Vertrag endet zu dem Zeitpunkt, an dem wir davon Kenntnis erhalten, dass das versicherte Interesse nach dem Beginn der Versicherung weggefallen ist. In diesem Fall steht uns der Beitrag zu, den wir hätten erheben können, wenn Sie die Versicherung nur bis zum Zeitpunkt unserer Kenntnisnahme beantragt hätten. Für den Kfz-Gewerbe- bzw. Fahrschul-Rechtsschutz (Ziffer 3) und den Firmen-Vertrags-Rechtsschutz (Ziffer 4) gilt: Wenn Sie Ihre versicherte Tätigkeit endgültig aufgeben, besteht für Sie trotz Ende des Vertrages noch Versicherungsschutz. Dies gilt auch im Falle Ihres Todes. Der Versicherungsschutz erstreckt sich dann auf Ihre Erben. Er besteht für Rechtsschutzfälle, die innerhalb eines Jahres nach Ende des Vertrages eintreten. Sie müssen aber mit Ihrer versicherten Tätigkeit vor Ende des Vertrages unmittelbar und sachlich zusammenhängen.
- 17.2 Für den Immobilien-Rechtsschutz nach Ziffer 2.1.1 gilt:
- 17.2.1 Wenn Sie Ihre im Versicherungsschein bezeichnete selbst bewohnte Einheit wechseln, geht Ihr Versicherungsschutz auf Ihr neues Objekt über. Für Ihr bisheriges Objekt gilt: Ihr Versicherungsschutz erstreckt sich auch auf Rechtsschutzfälle, die erst nach Ihrem Auszug eintreten. Sie müssen aber mit der Eigennutzung im Zusammenhang stehen. Für Ihr neues Objekt gilt: Ihr Versicherungsschutz besteht bereits für Rechtsschutzfälle, die vor dem geplanten oder tatsächlichen Bezug eintreten.
- 17.2.2 Wenn Sie ein Objekt wechseln, das Sie für Ihre selbstständige Tätigkeit selbst nutzen, gilt Ziffer 17.2.1 entsprechend. Voraussetzung ist aber, dass wir für das neue Objekt nach unserem Tarif keinen höheren als den vereinbarten Beitrag beanspruchen können.
- 17.3 Im Falle Ihres Todes besteht der Versicherungsschutz bis zum Ende der laufenden Beitragsperiode fort.

Dies gilt, soweit der Beitrag am Todestag gezahlt war. Voraussetzung ist aber, dass das versicherte Interesse nicht aus sonstigen Gründen wegfiel. Wird der nach dem Todestag nächstfällige Beitrag bezahlt, gilt: Der Versicherungsschutz bleibt in dem am Todestag bestehenden Umfang aufrechterhalten. Derjenige, der den Beitrag gezahlt hat oder für den gezahlt wurde, wird an Ihrer Stelle Versicherungsnehmer. Wir können diesem Versicherungsnehmer das Versicherungsverhältnis unter Einhaltung einer Frist von einem Monat kündigen. Unser Kündigungsrecht erlischt, wenn wir es nicht innerhalb eines Monats ausüben. Diese Frist beginnt mit dem Zeitpunkt, an dem wir von dem Versicherungsnehmer Kenntnis erlangen. Der Versicherungsnehmer kann innerhalb eines Jahres nach Ihrem Todestag rückwirkend zum Todestag die Aufhebung des Versicherungsvertrages verlangen.

18. Was muss ich bei der Beitragszahlung beachten?

18.1 Beitrag und Versicherungssteuer

Der in Rechnung gestellte Beitrag enthält die Versicherungssteuer, die Sie in der jeweils vom Gesetz bestimmten Höhe zu entrichten haben.

18.2 Zahlung und Folgen verspäteter Zahlung/erster oder einmaliger Beitrag

18.2.1 Fälligkeit und Rechtzeitigkeit der Zahlung

Sie müssen einen einmaligen Beitrag oder, wenn laufende Beiträge vereinbart sind, den ersten Beitrag unverzüglich nach Ablauf von zwei Wochen nach Zugang des Versicherungsscheines zahlen.

18.2.2 Späterer Beginn des Versicherungsschutzes

Wenn Sie den ersten oder einmaligen Beitrag nicht rechtzeitig, sondern zu einem späteren Zeitpunkt zahlen, beginnt der Versicherungsschutz erst ab diesem Zeitpunkt. Das gilt nicht, wenn Sie nachweisen, dass Sie die verspätete Zahlung nicht verschuldet haben.

18.2.3 Rücktritt

Wenn Sie den ersten oder einmaligen Beitrag nicht rechtzeitig zahlen, können wir vom Vertrag zurücktreten, solange der Beitrag nicht gezahlt ist. Wir können nicht zurücktreten, wenn Sie nachweisen, dass Sie die Nichtzahlung nicht zu vertreten haben.

18.3 Zahlung und Folgen verspäteter Zahlung/Folgebeitrag

18.3.1 Fälligkeit und Rechtzeitigkeit der Zahlung

Die Folgebeiträge sind, soweit nicht etwas anderes bestimmt ist, am Monatsersten des vereinbarten Beitragszeitraumes fällig. Die Zahlung gilt als rechtzeitig, wenn sie zu dem im Versicherungsschein oder in der Beitragsrechnung angegebenen Zeitpunkt erfolgt.

18.3.2 Verzug

Wird der Folgebeitrag nicht rechtzeitig gezahlt, geraten Sie ohne Mahnung in Verzug. Dies gilt nicht, wenn Sie die verspätete Zahlung nicht verschuldet haben. Wir werden Sie in Textform zur Zahlung auffordern und

Ihnen eine Zahlungsfrist von mindestens zwei Wochen setzen. Wir sind berechtigt, Ersatz des uns durch den Verzug entstandenen Schadens zu verlangen.

18.3.3 Kein Versicherungsschutz

Sind Sie nach Ablauf dieser Zahlungsfrist noch mit der Zahlung in Verzug, besteht ab diesem Zeitpunkt bis zur Zahlung kein Versicherungsschutz. Voraussetzung ist, dass wir Sie mit unserer Zahlungsaufforderung nach Ziffer 18.3.2 darauf hingewiesen haben.

18.3.4 Kündigung

Wenn Sie nach Ablauf dieser Zahlungsfrist noch mit der Zahlung in Verzug sind, können wir den Vertrag ohne Einhaltung einer Frist kündigen. Voraussetzung ist, dass wir Sie mit unserer Zahlungsaufforderung nach Ziffer 18.3.2 darauf hingewiesen haben. Wenn wir gekündigt haben und Sie danach innerhalb eines Monats den angemahnten Betrag bezahlen, besteht der Vertrag fort. Für Versicherungsfälle, die zwischen dem Ablauf der Zahlungsfrist und der Zahlung eingetreten sind, besteht jedoch kein Versicherungsschutz.

18.4 Rechtzeitigkeit der Zahlung beim Lastschriftverfahren

Wenn wir die Abbuchung des Beitrages von einem Konto vereinbart haben, gilt die Zahlung als rechtzeitig, wenn der Beitrag zu dem Fälligkeitstag abgebucht werden kann. Voraussetzung ist zudem, dass Sie einer berechtigten Abbuchung nicht widersprechen. Konnte der fällige Beitrag ohne Ihr Verschulden nicht abgebucht werden, gilt: Die Zahlung ist auch dann noch rechtzeitig, wenn sie unverzüglich nach einer von uns in Textform abgegebenen Zahlungsaufforderung erfolgt.

Wenn wir den fälligen Beitrag nicht abbuchen können, weil Sie das Lastschriftmandat widerrufen haben, gilt: Wir können künftig Zahlung außerhalb des Lastschriftverfahrens verlangen. Dies gilt auch, wenn Sie aus anderen Gründen zu vertreten haben, dass wir den Beitrag nicht abbuchen können. Sie müssen den Beitrag allerdings erst bezahlen, wenn wir Sie in Textform hierzu aufgefordert haben.

18.5 Teilzahlung und Folgen bei verspäteter Zahlung

Wenn wir die Zahlung des Jahresbeitrages in Raten vereinbart haben, gilt: Wenn Sie mit der Zahlung einer Rate im Verzug sind, sind die noch ausstehenden Raten sofort fällig. Wir können für die Zukunft jährliche Beitragszahlung verlangen.

18.6 Beitrag bei vorzeitiger Vertragsbeendigung

Bei vorzeitiger Beendigung des Vertrages gilt, soweit nicht etwas anderes bestimmt ist: Wir können nur den Teil des Beitrages beanspruchen, der der abgelaufenen Vertragszeit entspricht.

19. Warum können sich die Bedingungen, der Beitrag und die Selbstbeteiligung ändern?

19.1 Bedingungsanpassung

19.1.1 Wir sind berechtigt, betroffene Bedingungen zu ändern, zu ergänzen oder zu ersetzen (Anpassung). Dies gilt bei

- Änderung bestehender oder Inkrafttreten neuer Rechtsvorschriften, die sich unmittelbar auf einzelne Bestimmungen des Versicherungsvertrages auswirken;
- den Versicherungsvertrag betreffender Änderung der höchstrichterlichen Rechtsprechung;
- rechtskräftiger Feststellung der Unwirksamkeit einzelner Bedingungen durch ein Gericht;
- Beanstandung einzelner Bedingungen als mit geltendem Recht nicht vereinbar durch die Versicherungsaufsichtsbehörde oder Kartellbehörde im Wege eines bestandskräftigen Verwaltungsaktes;
- Verstoß einzelner Bedingungen gegen Leitlinien oder Rundschreiben der Versicherungsaufsichtsbehörde oder Kartellbehörde.

19.1.2 Unsere Anpassungsbefugnis besteht für Bedingungen über

- Gegenstand, Umfang und Ausschlüsse der Versicherung;
- Ihre Obliegenheiten (Mitwirkungspflichten) nach Vertragsschluss;
- Beitragsanpassung;
- Vertragsdauer und Kündigung.

19.1.3 Für unsere Anpassungsbefugnis gilt: Ein Änderungsanlass (Ziffer 19.1.1) muss das Verhältnis zwischen Leistung und Gegenleistung erheblich stören. Maßgeblich ist das Verhältnis, das bei Vertragsschluss zugrunde gelegt wurde. Bei Unwirksamkeit oder Beanstandung einzelner Bedingungen gilt darüber hinaus: Die Anpassung ist nur zulässig, wenn keine gesetzliche Regelung an die Stelle der unwirksamen oder beanstandeten Bedingungen treten kann.

19.1.4 Die Anpassung darf bei ihrer Gesamtbetrachtung das Verhältnis zwischen Leistung und Gegenleistung nicht zu Ihrem Nachteil ändern. Maßgeblich ist das Verhältnis, das bei Vertragsschluss zugrunde gelegt wurde (Verschlechterungsverbot). Die Anpassung muss nach den Grundsätzen einer ergänzenden Vertragsauslegung unter Wahrung der beiderseitigen Interessen erfolgen.

19.1.5 Wenn sich die gerichtlichen und behördlichen Entscheidungen gegen Bedingungen anderer Versicherer richten, gilt: Unsere Anpassungsbefugnis besteht unter den oben genannten Voraussetzungen für im Wesentlichen inhaltsgleiche Bedingungen.

19.1.6 Die Zulässigkeit und Angemessenheit der Anpassung muss von einem unabhängigen Treuhänder überprüft und bestätigt werden. Die Bestimmungen des Versicherungsaufsichtsgesetzes für die Bestellung eines Treuhänders gelten entsprechend.

19.1.7 Wir werden Ihnen die angepassten Bedingungen schriftlich mitteilen und erläutern. Sie gelten als genehmigt, wenn Sie nicht innerhalb von sechs Wochen nach der Mitteilung widersprechen. Hierauf werden wir Sie in der Mitteilung ausdrücklich hinweisen.

19.1.8 Bei fristgemäßem Widerspruch tritt die Anpassung nicht in Kraft. Wir können den Versicherungsvertrag dann aber kündigen. Voraussetzung ist, dass uns das

Festhalten an dem Vertrag ohne die Anpassung unzumutbar ist. Unsere Kündigung muss Ihnen innerhalb von vier Wochen nach Zugang Ihres Widerspruchs zu-gehen. Sie muss mit einer Frist von acht Wochen zum jeweiligen Monatsende erfolgen.

19.2 Änderung der für die Beitragsberechnung wesentlichen Umstände

19.2.1 Wenn nach Vertragsabschluss ein Umstand eintritt, der nach unserem Tarif einen höheren als den vereinbarten Beitrag rechtfertigt, gilt: Wir können vom Eintritt dieses Umstandes an für die hierdurch entstandene höhere Gefahr den höheren Beitrag verlangen. Wir können die Absicherung der höheren Gefahr ausschließen, wenn wir diese nach unserem Tarif auch gegen einen höheren Beitrag nicht übernehmen. Wenn sich der Beitrag wegen der Gefahrerhöhung um mehr als zehn Prozent erhöht, gilt: Sie können den Vertrag innerhalb eines Monats nach Zugang unserer Mitteilung ohne Einhaltung einer Frist kündigen. Dies gilt auch, wenn wir die Absicherung der höheren Gefahr ausschließen. In unserer Mitteilung müssen wir Sie auf Ihr Kündigungsrecht hinweisen. Wir können unsere Rechte nur innerhalb eines Monats nach Kenntnis ausüben.

19.2.2 Wenn nach Vertragsabschluss ein Umstand eintritt, der nach unserem Tarif einen geringeren als den vereinbarten Beitrag rechtfertigt, gilt: Wir können vom Eintritt dieses Umstandes an nur noch den geringeren Beitrag verlangen. Wenn Sie diesen Umstand später als zwei Monate nach Eintritt anzeigen, wird der Beitrag erst ab Anzeige herabgesetzt.

19.2.3 Sie müssen uns innerhalb eines Monats nach Zugang einer Aufforderung die zur Beitragsberechnung erforderlichen Angaben machen. Wenn Sie diese Pflicht verletzen, gilt: Wir können den Vertrag unter Einhaltung einer Frist von einem Monat kündigen. Voraussetzung ist aber, dass Sie die Angabeverpflichtung vorsätzlich oder grob fahrlässig verletzt haben. Sie müssen beweisen, dass Sie nicht grob fahrlässig gehandelt haben. Wenn der Versicherungsfall später als einen Monat nach dem Zeitpunkt eintritt, an dem uns Ihre Angaben hätten zugehen müssen, gilt

- bei Vorsatz: Sie haben keinen Versicherungsschutz;
- bei grober Fahrlässigkeit: Wir können Ihren Versicherungsschutz kürzen. Maßstab ist die Schwere Ihres Verschuldens. Sie müssen beweisen, dass Sie nicht grob fahrlässig gehandelt haben.

Trotz Vorsatzes bzw. grober Fahrlässigkeit haben Sie Versicherungsschutz, wenn

- zum Zeitpunkt des Versicherungsfalles die Frist für unsere Kündigung abgelaufen war und wir nicht gekündigt haben;
- Sie nachweisen, dass die Änderung des für die Beitragsberechnung wesentlichen Umstandes weder für den Eintritt des Versicherungsfalles noch den Umfang unserer Leistung ursächlich war;
- uns die zur Beitragsberechnung erforderlichen Angaben bereits bekannt waren.

19.2.4 Die vorstehenden Regelungen finden keine Anwendung, wenn sich die Gefahr nur unerheblich erhöht hat. Gleiches gilt, wenn nach den Umständen als vereinbart anzusehen ist, dass die Gefahrerhöhung mitversichert sein soll.

19.3 Beitragsanpassung

19.3.1 Warum nehmen wir eine Beitragsanpassung vor?
Die Beiträge sind Ihre Gegenleistung für unser Leistungsversprechen. Wir benötigen die Beiträge, damit wir unsere Leistungsverpflichtungen in allen versicherten Schadensfällen erfüllen können. Wir prüfen deshalb jährlich, ob der Beitrag wegen einer Veränderung des Schadensbedarfes anzupassen ist.

Die Ermittlung des Veränderungswertes (Ziffer 19.3.2) kann dazu führen, dass der Beitrag erhöht oder gesenkt wird oder in der bisherigen Höhe bestehen bleibt.

19.3.2 Ermittlung des Veränderungswertes als Grundlage der Beitragsanpassung
Der ermittelte Veränderungswert ist maßgeblich für die Frage, ob der Beitrag in der bisherigen Höhe bestehen bleibt.

19.3.2.1 Statistische Ermittlung durch einen unabhängigen Treuhänder

Ein unabhängiger Treuhänder ermittelt bis zum 1. Juli eines jeden Jahres einen Veränderungswert für die Beitragsanpassung. Der Treuhänder legt bei seiner Ermittlung die Daten einer möglichst großen Zahl von Unternehmen, die die Rechtsschutzversicherung anbieten, zugrunde, so dass der von ihm ermittelte Wert den gesamten Markt der Rechtsschutzversicherung bestmöglich widerspiegelt.

Der Ermittlung des Veränderungswertes liegt folgende Fragestellung (Berechnungsmethode) zugrunde:
Um wie viel Prozent hat sich im letzten Kalenderjahr der Bedarf für Zahlungen (das heißt: das Produkt von Schadenhäufigkeit und Durchschnitt der Schadenzahlungen) gegenüber dem vorletzten Kalenderjahr (Bezugsjahre) erhöht oder vermindert?

(Als Schadenhäufigkeit eines Kalenderjahres gilt die Anzahl der in diesem Jahr gemeldeten Versicherungsfälle, geteilt durch die Anzahl der im Jahresmittel versicherten Risiken. Die Schadenhäufigkeit gibt an, für wie viel Prozent der versicherten Verträge ein Schaden gemeldet worden ist. Um den Durchschnitt der Schadenzahlungen eines Kalenderjahres zu berechnen, werden alle in diesem Jahr erledigten Versicherungsfälle betrachtet. Die Summe der insgesamt geleisteten Zahlungen für diese Versicherungsfälle wird durch deren Anzahl geteilt.)

Veränderungen, die aus Leistungsverbesserungen (zum Beispiel: Einschluss einer neuen Leistungsart) herrühren, berücksichtigt der Treuhänder nur, wenn die Leistungsverbesserungen in beiden Vergleichsjahren zum Leistungsinhalt gehörten.

Der Treuhänder ermittelt den Veränderungswert getrennt für folgende Vertragsgruppen:

- Verkehrs-, Fahrzeug- und Fahrer-Rechtsschutz,

- Privat- und Berufs-Rechtsschutz, Rechtsschutz für Selbstständige oder Firmen, Vereins-, sowie Immobilien-Rechtsschutz,
- Privat-, Berufs- und Verkehrs-Rechtsschutz sowie Rechtsschutz für Landwirte,
- Rechtsschutz für Selbstständige oder Firmen mit Privat-, Berufs-, Verkehrs- sowie Immobilien-Rechtsschutz.

Innerhalb jeder Vertragsgruppe wird der Veränderungswert getrennt für Verträge mit und ohne Selbstbeteiligung ermittelt. Die so ermittelten Veränderungswerte gelten jeweils einheitlich für alle in der Gruppe zusammengefassten Verträge mit bzw. ohne Selbstbeteiligung.

Der Treuhänder rundet einen nicht durch 2,5 teilbaren Veränderungswert auf die nächst geringere positive durch 2,5 teilbare Zahl ab (Beispielsweise wird 8,4 % auf 7,5 % abgerundet.) bzw. auf die nächst größere negative durch 2,5 teilbare Zahl auf (Beispielsweise wird -8,4 % auf -7,5 % aufgerundet.). Veränderungswerte im Bereich von -5 % bis +5 % werden nicht gerundet.

- 19.3.2.2 Ermittlung aufgrund unternehmenseigener Zahlen
Auf der Grundlage unserer unternehmenseigenen Zahlen ermitteln wir bis zum 1. Juli eines jeden Jahres den für unser Unternehmen individuellen Veränderungswert. Dabei wenden wir die für die Ermittlung durch den unabhängigen Treuhänder geltenden Regeln (Ziffer 19.3.2.1) entsprechend an.
- 19.3.3 Welches ist der für die Anpassung des Beitrages maßgebliche Veränderungswert?
Grundsatz: Für die Beitragsanpassung (Erhöhung oder Senkung) ist grundsätzlich der Veränderungswert maßgeblich, den der unabhängige Treuhänder ermittelt hat (Ziffer 19.3.2.1).
Ausnahme: Wir vergleichen unseren unternehmensindividuellen Veränderungswert mit dem vom Treuhänder nach Ziffer 19.3.2.1 ermittelten Wert. Unser unternehmensindividueller Wert ist dann für die Beitragsanpassung maßgeblich, wenn dieser Vergleich ergibt,
- dass unser Wert unter dem vom Treuhänder ermittelten Wert liegt und
- dies auch in den zwei letzten Kalenderjahren der Fall ist, in denen eine Beitragsanpassung zulässig war.
Die zu betrachtenden Kalenderjahre müssen nicht notwendig unmittelbar aufeinander folgen.
- 19.3.4 Unterbleiben einer Beitragsanpassung
Eine Beitragsanpassung unterbleibt, wenn der vom unabhängigen Treuhänder ermittelte Veränderungswert (Ziffer 19.3.2.1) geringer +5 % und größer -5 % ist. Dieser Veränderungswert wird bei der Ermittlung der Voraussetzungen für die nächste Beitragsanpassung mit berücksichtigt (Dies geschieht, indem das Bezugsjahr solange beibehalten wird, bis die 5 %-Grenze erreicht wird. Es wird immer der Bedarf für Zahlungen aus dem jeweiligen Vorjahr mit dem Bedarf für Zahlungen aus dem „festgehaltenen“ Bezugsjahr verglichen.) Unabhängig von der Höhe des Veränderungswerts unterbleibt eine Beitragsanpassung bei Verträgen,

bei denen seit dem Versicherungsbeginn noch nicht 12 Monate abgelaufen sind.

- 19.3.5 Erhöhung oder Senkung des Beitrags
Wenn der maßgebliche Veränderungswert +5 % oder mehr beträgt, sind wir berechtigt, den Beitrag entsprechend zu erhöhen. Der angepasste Beitrag darf nicht höher sein als der für Neuverträge geltende Tarifbeitrag.
Wenn der maßgebliche Veränderungswert -5 % oder weniger beträgt, sind wir verpflichtet, den Beitrag entsprechend zu senken.
- 19.3.6 Wann wird die Beitragsanpassung wirksam?
Die Beitragsanpassung wird zu Beginn des zweiten Monats wirksam, der auf unsere Mitteilung über die Beitragsanpassung folgt. Sie gilt für alle Beiträge, die nach unserer Mitteilung ab einschließlich 1. Oktober fällig werden.
In der Mitteilung weisen wir Sie auf Ihr außerordentliches Kündigungsrecht hin (Ziffer 19.3.7).
- 19.3.7 Ihr außerordentliches Kündigungsrecht
Wenn sich der Beitrag erhöht (Ziffer 19.3.5), können Sie den Versicherungsvertrag mit sofortiger Wirkung kündigen. Sie können frühestens jedoch zu dem Zeitpunkt kündigen, an dem die Beitragserhöhung wirksam wird. Ihre Kündigung muss uns innerhalb eines Monats zugehen, nachdem Ihnen unsere Mitteilung über die Beitragsanpassung zugegangen ist.
Wenn sich der Beitrag ausschließlich wegen einer Erhöhung der Versicherungssteuer erhöht, steht Ihnen das Recht zur außerordentlichen Kündigung nicht zu.

19.4 Anpassung der Selbstbeteiligung

Wenn wir berechtigt sind, den Folgejahresbeitrag zu erhöhen (Ziffer 19.3) gilt: Wir können auch eine vereinbarte Selbstbeteiligung erhöhen. Dann mindert sich die Anpassung des Folgejahresbeitrages (Ziffer 19.3) entsprechend. Grundlage sind die Feststellungen des unabhängigen Treuhänders (Ziffer 19.3). Die Erhöhung erfolgt unter Wahrung versicherungsmathematischer Grundsätze. Sie gilt für Versicherungsfälle, die eintreten, nachdem der Folgejahresbeitrag fällig wurde (Ziffer 19.3.6). Ihr Kündigungsrecht gemäß Ziffer 19.3.7 gilt auch im Falle dieser Anpassung der Selbstbeteiligung.

20. Wann verjähren Ansprüche aus meiner Versicherung?

- 20.1 Die Ansprüche verjähren in drei Jahren. Die Fristberechnung richtet sich nach den allgemeinen Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB).
- 20.2 Ist ein Anspruch aus dem Versicherungsvertrag bei uns angemeldet worden, gilt: Die Verjährung ist von der Anmeldung bis zu dem Zeitpunkt gehemmt, zu dem Ihnen unsere Entscheidung in Textform zugeht.

21. Zuständiges Gericht, anzuwendendes Recht

- 21.1 Für diesen Versicherungsvertrag gilt deutsches Recht.

- 21.2 Klagen gegen das Versicherungsunternehmen
Wenn Sie uns verklagen wollen, können Sie die Klage an folgenden Orten einreichen:
- An unserem Sitz oder am Sitz unserer für Ihren Vertrag zuständigen Niederlassung;
 - Wenn Sie eine natürliche Person sind, auch am Gericht Ihres Wohnsitzes. Haben Sie keinen Wohnsitz, können Sie die Klage am Gericht Ihres gewöhnlichen Aufenthaltes einreichen.

- 21.3 Klagen gegen das Schadensabwicklungsunternehmen (kurz: Unternehmen)
Wenn Sie Ihren Anspruch auf Rechtsschutz gerichtlich geltend machen wollen, gilt: Sie müssen Ihre Klage gegen das Unternehmen richten, das wir mit der Leistungsbearbeitung beauftragt haben, vgl. § 126 Versicherungsvertragsgesetz (VVG).
Es ist für Sie im Versicherungsschein bezeichnet.
Sie können Ihre Klage an folgenden Orten einreichen:
- Am Sitz des Unternehmens,

- Am Gericht Ihres Wohnsitzes. Wenn Sie keinen Wohnsitz haben, können Sie die Klage am Gericht Ihres gewöhnlichen Aufenthaltes einreichen.

- 21.4 Klagen gegen den Versicherungsnehmer
Wenn wir Sie verklagen müssen, können wir die Klage an folgenden Orten einreichen:
- Wenn Sie eine natürliche Person sind, am Gericht Ihres Wohnsitzes. Haben Sie keinen Wohnsitz, können wir die Klage am Gericht Ihres gewöhnlichen Aufenthaltes einreichen.
 - Wenn Ihr Wohnsitz oder Ihr gewöhnlicher Aufenthalt zum Zeitpunkt der Klageerhebung nicht bekannt ist, an unserem Sitz oder am Sitz unserer für Ihren Vertrag zuständigen Niederlassung.
 - Wenn Sie eine juristische Person sind oder eine Offene Handelsgesellschaft, Kommanditgesellschaft, Gesellschaft bürgerlichen Rechts oder eine eingetragene Partnerschaftsgesellschaft, ist das Gericht an Ihrem Sitz oder Ihrer Niederlassung zuständig.

Zusatzvereinbarungen Siemens 2016

D.A.S. Rechtsschutz



RECHT AN IHRER SEITE

Mit dem Versprechen der ERGO
„Versichern heißt verstehen.“

Ein Produkt der ERGO Versicherung AG

Zusatzvereinbarungen für Kunden der SIEMENS Private Finance Versicherungsvermittlungsgesellschaft mbH

I. Verkehrs-Rechtsschutz

- Abweichend von Ziffer 3.4 KT 2016 RS V ist der Sozial-Rechtsschutz auch für das vorgeschaltete Widerspruchsverfahren mitversichert.
- Abweichend von Ziffer 10.2 KT 2016 RS V gilt eine Versicherungssumme von 300.000 Euro bei einem Auslandsaufenthalt von bis zu zwei Jahren.

II. Dokumenten-Check

- Abweichend von Ziffer 5.1.17 KT 2016 RS N kann der Dokumenten-Check auch mehrmals während der Vertragslaufzeit in Anspruch genommen werden.

III. Erweiterte Telefonberatung

- Abweichend von Ziffer 5.1.15 KT 2016 RS N, Ziffer 3.8 KT 2016 RS V und Ziffer 6.1.3 KT 2016 RS SP kann die erweiterte Telefonberatung auch für nicht versicherte Risiken in Anspruch genommen werden.

IV. Weltweiter Versicherungsschutz

- Abweichend von Ziffer 12.2 KT 2016 RS N, Ziffer 10.2 KT 2016 RS V und Ziffer 13.2 KT 2016 RS SP wird die Wahrnehmung Ihrer rechtlichen Interessen außerhalb des Geltungsbereiches nach Ziffer 12.1 KT 2016 RS N, Ziffer 10.1 KT 2016 RS V und Ziffer 13.1 KT 2016 RS SP bei Entsendung auf drei Jahre ausgedehnt.

V. Aufhebungsvereinbarungen

- Abweichend von Ziffer 5.1.2.3 KT 2016 RS N übernehmen wir die Kosten bis insgesamt 2.500 Euro je Versicherungsfall und je Versicherungsjahr.

VI. Wartezeitverzicht für hinzukommende Risiken

- Abweichend von Ziffer 7.2 KT 2016 RS N, Ziffer 5.2 KT 2016 RS V und Ziffer 8.2 KT 2016 RS SP entfällt bei einem bestehenden Vertrag die Wartezeit für alle neu hinzukommenden Rechtsschutzrisiken.

VII. Rechtsschutz für Singles

- Abweichend von Ziffer 2.3 und 8.4 KT 2016 RS N sind unverheiratete, volljährige Kinder ohne Altersgrenze, letztere jedoch längstens bis zu dem Zeitpunkt, zu dem sie erstmalig eine auf Dauer angelegte berufliche Tätigkeit ausüben und hierfür ein leistungsbezogenes Entgelt erhalten (häusliche Gemeinschaft ist nicht erforderlich) und der in häuslicher Gemeinschaft mit dem Versicherungsnehmer lebende alleinstehende Elternteil des Versicherungsnehmers mitversichert. Bei Wartezeiten für Studiengänge, Zeiten zwischen zwei Ausbildungsstufen, Grundwehrdienst, freiwilligem Wehrdienst, Zivildienst und freiwilligem sozialen Jahr ist das Kind mitversichert.

VIII. Immobilien-Rechtsschutz

- Abweichend von Ziffer 13.2 KT 2016 RS SP gilt eine Versicherungssumme von 300.000 Euro bei einem -Auslandsaufenthalt von bis zu zwei Jahren.
- Ziffer 2.1.1.1 KT 2016 RS N erstreckt sich auch auf selbst genutzte Immobilien mitversicherter Kinder in Ausbildung und im Studium.

IX. Web Aktiv

Web Aktiv ist automatisch in allen Produkten nach Ziffer 2.1 und 2.3 KT 2016 RS N enthalten.

Versicherungssummen:

Weltweit	100.000 Euro
Mediation	Max. 1.500 Euro je Mediation Max. 3.000 Euro je Kalenderjahr
Beratungs-Rechtsschutz bei privaten Urheberrechtsverstößen im Internet	Max. 1.000 Euro je Kalenderjahr
Zusätzliche Leistung zur Unterstützung bei der Löschung von reputationsschädigenden Inhalten (zum Beispiel Recherche von Verantwortlichen)	100 Euro je Versicherungsfall 1.000 Euro je Kalenderjahr
Aktiver Straf-Rechtsschutz bei Verletzung der e-Reputation	1.000 Euro je Kalenderjahr

Es gelten die Zusatzbedingungen Web Aktiv für Kunden der SIEMENS Private Finance Versicherungsvermittlungsgesellschaft mbH.

Versicherungsbedingungen 2016

D.A.S. Rechtsschutz Web Aktiv



RECHT AN IHRER SEITE

Mit dem Versprechen der ERGO
„Versichern heißt verstehen.“

Ein Produkt der ERGO Versicherung AG

Zusatzbedingungen Web Aktiv für Kunden der SIEMENS Private Finance Versicherungsvermittlungsgesellschaft mbH

1. Welchen Rechtsschutz haben Sie?

Sie haben Versicherungsschutz für die speziellen Risiken und Gefahren im Zusammenhang mit der privaten Internetnutzung.

Sie haben hier keinen Versicherungsschutz, wenn Sie rechtliche Interessen im Zusammenhang mit einer der folgenden geplanten oder ausgeübten Tätigkeiten wahrnehmen:

- eine gewerbliche Tätigkeit,
- eine freiberufliche Tätigkeit,
- eine sonstige selbstständige Tätigkeit.

Wann liegt eine sonstige selbstständige Tätigkeit vor?

Wenn Einkünfte im steuerrechtlichen Sinne erzielt werden oder werden sollen, die keine Einkünfte aus nicht selbstständiger Tätigkeit (zum Beispiel Löhne oder Gehälter) oder Einkünfte aus Rente sind.

2. Was ist versichert?

a) Schadenersatz-Rechtsschutz

für die Durchsetzung Ihrer Schadenersatzansprüche einschließlich Unterlassungsansprüche

aa) wegen Schädigung Ihrer „e-Reputation“:

Als Schädigung Ihrer „e-Reputation“ gilt die Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts, zum Beispiel durch Beleidigung, üble Nachrede und Verleumdung mit Hilfe von Fotografien, Texten, Videos oder öffentlichen Erklärungen, die über einen Blog, ein Diskussionsforum, ein soziales Netzwerk oder eine Website verbreitet werden.

bb) wegen Identitätsmissbrauchs:

Als „Identitätsmissbrauch“ bezeichnet wird die ungenehmigte Verwendung Ihrer Identifizierungs- (zum Beispiel: Postadresse, Telefonnummer, Personalausweis, Reisepass, Führerschein, Kfz-Schein, Bankverbindungsdaten) oder Identitätsauthentifizierungselemente (zum Beispiel: Benutzername, Login-Daten, Passwörter, IP-Adressen, E-Mail-Adressen, Kreditkarten-Daten, digitaler Fingerabdruck) durch einen Dritten mit dem Ziel, eine Sie schädigende Betrugshandlung zu begehen, zum Beispiel Erlangung von Kredit unter falschem Namen.

cc) wegen Missbrauchs von Zahlungsmitteln: zum Beispiel Kreditkarten, „elektronisches Geld“, zum Beispiel PayPal; zum Beispiel Nutzung von Kreditkarten-Daten durch Dritte im Internet für Onlineeinkäufe.

b) Rechtsschutz im Vertrags- und Sachenrecht

für die Wahrnehmung Ihrer rechtlichen Interessen aus Verträgen, die Sie

- über das Internet online im eigenen Namen und Interesse abschließen,

- mit Providern über Ihren Zugang zum Internet abschließen, in diesem Fall auch dann, wenn der Vertragsschluss nicht online erfolgt.

c) Aktiver Straf-Rechtsschutz

für die anwaltliche Tätigkeit, wenn Sie eine Strafanzeige wegen Schädigung Ihrer „e-Reputation“ (siehe 2. a) aa)) oder Identitätsmissbrauchs (siehe 2. a) bb)) erstatten wollen; die Versicherungssumme ist auf insgesamt 1.000 Euro je Kalenderjahr begrenzt.

d) Beratungs-Rechtsschutz bei privaten Urheberrechtsverstößen

für ein erstes anwaltliches Beratungsgespräch zu einer Abmahnung, die Sie als Privatperson wegen eines angeblichen Urheberrechtsverstößes im Internet erhalten haben. Wir übernehmen die Kosten für ein anwaltliches Beratungsgespräch (eine Beratung p.a.) sowie die Kosten für darüber hinausgehende Tätigkeiten des Rechtsanwaltes bis 1.000 Euro.

e) Straf-Rechtsschutz

für die Verteidigung, wenn Ihnen ein strafrechtliches Vergehen vorgeworfen wird, bei dessen Begehung das Internet als Medium genutzt wird (zum Beispiel Beleidigung, unerlaubte Verwertung urheberrechtlich geschützter Werke).

Ausnahme: Ein Gericht stellt rechtskräftig fest, dass Sie das Vergehen vorsätzlich begangen haben. In diesem Fall sind Sie verpflichtet, uns die entstandenen Kosten zu erstatten.

Sie haben keinen Versicherungsschutz, wenn Ihnen ein Verbrechen vorgeworfen wird. (Ein Verbrechen ist eine Straftat, die im Mindestmaß mit einer Freiheitsstrafe von einem Jahr bedroht ist.)

3. Wer ist versichert?

Versichert sind der Versicherungsnehmer und alle Personen gemäß Ziffer 8.2 KT 2016 RS N (Familie) bzw. Ziffer 8.4 KT 2016 RS N (Single).

4. Leistungsumfang

Der Leistungsumfang richtet sich nach Ziffer 6. KT 2016 RS N.

Darüber hinaus übernehmen wir die Kosten eines spezialisierten Dienstleisters für sachdienliche Maßnahmen zur Löschung von reputationsschädigenden Internetinhalten (siehe Punkt 2. a) aa)) bis zu 100 Euro je Versicherungsfall, insgesamt bis zu 1.000 Euro je Kalenderjahr (zum Beispiel: für Recherche/Hilfe bei der Identifizierung von Verantwortlichen/Ansprechpartnern).

5. Was ist nicht versichert?

- a) Jegliche Interessenwahrnehmung im Zusammenhang mit einer geplanten oder ausgeübten gewerblichen,

freiberuflichen oder sonstigen selbstständigen Tätigkeit.

- b) Die Interessenwahrnehmung im Zusammenhang mit einer politischen oder gewerkschaftlichen Tätigkeit.
- c) Die Interessenwahrnehmung im Zusammenhang mit der Ausübung eines religiösen Amtes durch Sie selbst, unabhängig von der jeweiligen Religion oder Konfession.
- d) Die Interessenwahrnehmung im Zusammenhang mit Ihrer Mitgliedschaft in einem Verein oder Verband, soweit es sich hierbei nicht um eine ehrenamtliche oder Freizeitbeschäftigung handelt.
- e) Die Interessenwahrnehmung im Zusammenhang mit einer Schädigung Ihrer „e-Reputation“ in der Onlinepresse.
- f) Jede Interessenwahrnehmung im ursächlichen Zusammenhang mit
 - dem Kauf oder Verkauf eines Grundstücks, das bebaut werden soll;
 - dem Kauf oder Verkauf eines Gebäudes oder Gebäudeteils, das Sie oder mitversicherte Personen nicht selbst zu Wohnzwecken nutzen.;
 - der Planung oder Errichtung eines Gebäudes oder Gebäudeteils, das sich in Ihrem Eigentum oder Besitz befindet oder das Sie erwerben oder in Besitz nehmen möchten.;
 - der genehmigungs-/anzeigepflichtigen baulichen Veränderung eines Grundstücks, Gebäudes oder Gebäudeteils. Dieses Grundstück, Gebäude oder Gebäudeteil befindet sich in Ihrem Eigentum oder Besitz oder Sie möchten es erwerben oder in Besitz nehmen.Auch bei der Finanzierung eines der unter f) genannten Vorhaben haben Sie keinen Rechtsschutz.
- g) Sie wollen Interessen wahrnehmen im Zusammenhang mit dem Erwerb oder der Veräußerung von dinglichen Rechten oder Teilnutzungsrechten (Time-sharing) an
 - Grundstücken,
 - Gebäuden,
 - Gebäudeteilen.
- h) Sie wollen Schadenersatzansprüche abwehren. (Beispiel: Sie sollen die „e-Reputation“ eines anderen verletzt haben, und dieser will Schadenersatz von Ihnen. Dies ist nicht versichert.)
Ausnahme: Der Schadenersatzanspruch beruht auf einer Vertragsverletzung. (Beispiel: Der Onlinekäufer verlangt Schadenersatz wegen verspäteter Lieferung. Dies ist aufgrund des Kaufvertrags über den Vertragsrechtsschutz versichert.)
- i) Streitigkeiten im ursächlichen Zusammenhang mit Patent-, Urheber-, Marken-, Domain-, Geschmacksmuster-/Gebrauchsmusterrechten oder sonstigen Rechten aus geistigem Eigentum. Dieser Risikoausschluss bezieht sich auf den Schadenersatz-Rechtsschutz nach

2. a) und den Rechtsschutz im Vertrags- und Sachenrecht nach 2. b).

- j) Streitigkeiten im ursächlichem Zusammenhang mit
 - Spiel- oder Wettverträgen,
 - Gewinnzusagen,
 - dem Erwerb, der Veräußerung, der Verwaltung und der Finanzierung von Kapitalanlagen aller Art. Ausgenommen hiervon sind Gütern zum eigenen Ge- oder Verbrauch.
- k) Sie wollen gegen uns oder unser Schadenabwicklungsunternehmen vorgehen.
- l) Sie nehmen Ihre rechtlichen Interessen vor Verfassungsgerichten oder vor internationalen oder supranationalen Gerichtshöfen (zum Beispiel: Europäischer Gerichtshof) wahr.
- m) Es bestehen Streitigkeiten
 - zwischen Ihnen und weiteren Versicherungsnehmern desselben Versicherungsvertrags,
 - von Mitversicherten gegen Sie,
 - von Mitversicherten untereinander.
- n) Streitigkeiten sonstiger Lebenspartner (nicht eheliche und nicht eingetragene Lebenspartner gleich welchen Geschlechts) untereinander, wenn diese Streitigkeiten im ursächlichen Zusammenhang mit der Partnerschaft stehen. Dies gilt auch, wenn die Partnerschaft beendet ist.
- o) Ansprüche oder Verbindlichkeiten werden auf Sie übertragen oder sind auf Sie übergegangen, nachdem ein Versicherungsfall bereits eingetreten ist. (Beispiel: Ihr Arbeitskollege wurde in seiner Reputation geschädigt und überträgt seine Schadenersatzansprüche auf Sie. Diese wollen Sie gegenüber dem Gegner geltend machen. Dies ist nicht versichert.)
- p) Sie wollen die Ansprüche eines anderen geltend machen oder Sie sollen für Verbindlichkeiten eines anderen einstehen.
- q) Sie haben in den Leistungsarten 2. a) bis 2. d) den Versicherungsfall vorsätzlich und rechtswidrig herbeigeführt.
Wird dies erst später bekannt, sind Sie verpflichtet, die von uns erbrachten Leistungen zurückzuzahlen.
- r) Die Interessenwahrnehmung im Zusammenhang mit rassistischen, extremistischen, pornographischen oder sonst sittenwidrigen Angeboten, Äußerungen oder Darstellungen. Dieser Risikoausschluss bezieht sich nicht auf den Schadenersatz-Rechtsschutz nach 2. a).

6. In welchen Ländern sind Sie versichert?

Hier gilt Ihr Versicherungsschutz:

- (1) Ihr Versicherungsschutz gilt, wenn ein Gericht oder eine Behörde in folgenden Gebieten gesetzlich zuständig ist oder wäre und Sie Ihre Rechtsinteressen dort verfolgen:
 - in Europa
 - in den Anliegerstaaten des Mittelmeers

- auf den Kanarischen Inseln
- auf Madeira
- auf den Azoren

(2) Für die Wahrnehmung Ihrer rechtlichen Interessen außerhalb des Geltungsbereichs nach Absatz 1 bei Streit aus einem privaten Vertrag, der über das Internet abgeschlossen wurde. Die Versicherungssumme beträgt 100.000 Euro.

Ausnahme: Es besteht kein Versicherungsschutz für die Wahrnehmung rechtlicher Interessen in ursächlichem Zusammenhang mit dem Erwerb oder der Veräußerung von dinglichen Rechten oder Teilzeitnutzungsrechten (Timesharing) an Grundstücken, Gebäuden oder Gebäudeteilen.

Wir sind immer für Sie da!

Wer sein Leben selbst gestalten will, braucht jemanden an seiner Seite, der dafür genügend Sicherheit bietet. Wir helfen Ihnen dabei, Ihren Weg in sichere Bahnen zu lenken. Wenn Sie Fragen zum D.A.S. Rechtsschutz haben – kein Problem.

Ihr Partner für Versicherungsfragen:

Sollte Ihr Partner für Versicherungsfragen einmal nicht erreichbar sein, nutzen Sie gern unseren Kundenservice. Wir sind rund um die Uhr – auch an Sonn- und Feiertagen – für Sie erreichbar.

Gebührenfreie Rufnummer:

0800 3746-555

Sie möchten mehr darüber erfahren, was wir für Sie tun können?

Besuchen Sie uns auf:

www.das.de

Versicherungen und ihre Leistungen klar beschreiben – das ist unser Anspruch. Ist uns das gelungen? Wir freuen uns auf Ihre Meinung unter:

www.das.de/feedback



RECHT AN IHRER SEITE

Ein Produkt der **ERGO** Versicherung AG